
SIE HABEN ES UNS GESAGT ABER WIR HABEN NICHT ZUGEHÖRT

~ . ~ . ~ . ~ . ~

Eine politische und wirtschaftliche Rückblende **2013 bis 2014.**

Aufsätze und Kolumnen
von Dieter Georg a.d.F. J ü r g e n s

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
17.09.2013 Schon vergessen? Diebstahl am Volk	3
18.08.2013 Gefühlte Inflation - der wirkliche Kaufkraftverlust	8
19.09.2013 Armutsgefahr - Verlust von Kapital und Altersvorsorge	11
19.09.2013 Der Ökostromwahnsinn - die wirklichen Kosten	16
20.09.2013 Hat Deutschland vom Euro profitiert – Fakten	19
22.09.2013 EURO und ESM	28
25.09.2013 So hat Deutschland wirklich gewählt	40
26.09.2013 Opposition – nein danke!	43
27.09.2013 Darauf können Sie verzichten	44
14.10.2013 Geld regiert die Welt – aber wer regiert das Geld?	47
25.11.2013 Zwangsabgabe	55
08.12.2013 Geld und Sandburgen	58
15.12.2013 Gelogen, betrogen, manipuliert	62
28.12.2013 Sie selbst entscheiden	68
02.01.2014 Gold und Silber	74
27.07.2014 Träumen Sie noch?	81
16.10.2014 Und raus bist Du	91
15.12.2014 Biedermann und die Brandstifter	101

VORWORT

Du hast mit Politik nichts am Hut? Politik interessiert Dich nicht?
Aber ob Du es willst oder nicht: Politik beeinflusst Dein tägliches
Leben. Und das äußerst nachhaltig. Politik nimmt ständig Einfluss
auf unsere Lebensumstände und unsere Lebensqualität.

Du willst wissen, wie die Politik in den nächsten Jahren aussieht?
Dann schau in den Spiegel, denn Du bist dafür verantwortlich.
Denn nicht die Politiker sind Deutschland, sondern DU.

SAPERE AUDE!

Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.



Dieses Werk ist unter einer Creative Commons-Lizenz (Namensnennung * Nicht kommerziell * Keine Bearbeitungen 4.0 international) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.

Zum Verfasser: Dieter Georg a.d.F. J ü r g e n s, Jahrgang 1950. Studium der Wirtschaftswissenschaften. Nachfolgend u.a. DBV-Schulungsbeauftragter für den Öffentlichen Dienst, Personaltrainer und Coach für die Assekuranz und den Finanzsektor. Heute freier Journalist und Publizist.

SCHON VERGESSEN?

Diebstahl am Volk



CHRONIK DER LEISTUNGSKÜRZUNGEN

zu Lasten der Rentnerinnen und
Rentner sowie aller Versicherten
seit 2000.



In Deutschland leben rund 20 Millionen Rentner.
Das entspricht einem Viertel der Bevölkerung.

Wie sehr die Generation „*Rentner*“,
aber auch zukünftige Generationen, aufgrund der
Verschuldungspolitik und der Wahnidee einer
ruinösen europäischen Gemeinschafts-währung
durch unsere verantwortungslosen Polit-Darsteller
ausgeblutet werden, zeigt die folgende Chronik.



**SIE bestimmen mit Ihrer Wahlstimme die
Politik der nächsten Jahre.
Und Ihre eigene Zukunft.**

2000
5000

Inflationsanpassung der Rente in Höhe von 0,6%.

Ohne diesen Eingriff wären die Renten um 1,7% gestiegen.

Folge: Kürzung der Rentenanpassung in 2000 um 0,9%

Kürzung der Rentenbeiträge für Arbeitslosenhilfebezieher und Wehr- und Zivildienstleistende.

Die Rentenanwartschaften der Betroffenen, insbesondere der Langzeitarbeitslosen werden gekürzt.

Folge: Langzeitarbeitslosigkeit wird zunehmend zum Risiko der Altersarmut.

2001
5001

Anhebung der Altersgrenze für schwerbehinderte Menschen auf 63 Jahre.

Die Altersrente mit 60 Jahren ist in der Regel nur noch gegen Abschläge von bis zu 10,8% möglich.

Folge: Die schlechte Arbeitsmarktlage zwingt viele schwerbehinderte Menschen, gekürzte Renten hinzunehmen.

Abschläge bei Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten.

Mit Abschlägen von bis zu 10,8% wird bestraft, wer

- a) eine Erwerbsminderungsrente vor dem 63. Lebensjahr.
- b) oder eine Witwenrente in Anspruch nehmen muss und der Versicherte vor dem 63. Lebensjahr verstorben ist.

Folge: Bei einer Bruttorente von 1.000 Euro/mtl. können die Abschläge bis zu 108 Euro /mtl. bzw. 1.296 Euro jährlich ausmachen.

2002
5005

“Riesterische“ Rentenreform 2001.

Das größte Rentenkürzungspaket seit der Kohl-Regierung tritt in Kraft:

- a) Absenkung des Rentenniveaus auf 67% bis zum Jahr 2030.
- b) Einführung des Kürzungsfaktors „Altersvorsorgeanteil“ bei den Rentenanpassungen.
- c) Kürzung der Witwenrenten auf nur 55%.
- d) Verschärfung der Einkommensanrechnung bei Witwenrenten.

Folge: Kürzung der Renten und Rentenanwartschaften zur Entlastung der Arbeitgeber.

2003
5003

Ausdehnung der Minijobs.

Mit Inkrafttreten von Hartz I und II werden die sozialversicherungsfreien Minijobs auf 400 Euro ausgedehnt.

Folge: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird massiv abgebaut. Der Rentenversicherung werden signifikante Beitragseinnahmen entzogen.

Kürzung der Rentenanpassung 2003 um 0,6%.

Der mit der „Riesterischen“ Rentenreform beschlossenen Kürzungsfaktor „Altersvorsorgeanteil“ wird bei den Rentenanpassungen erstmals wirksam.

Folge: Die Rentenanpassung 2003 wird um etwa 0,6% gekürzt.

2004

5004

GKV-Modernisierungsgesetz.

Mit Inkrafttreten des GKV-Modernisierungsgesetzes werden die Rentner besonders zur Kasse gebeten.

- a) Voller Krankenkassenbeitrag auf Betriebsrenten.
- b) Praxisgebühr, Erhöhung der Arzneimittelzuzahlung und Abschaffung der vollständigen Befreiung der Zuzahlungspflicht.
- c) Einschränkung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung.

Folge: Vor allem Bedürftige werden finanziell belastet. Die Betriebsrenten werden um durchschnittlich um 7,15% gekürzt.

Voller Pflegeversicherungsbeitrag auf Renten.

Seit dem 01. April 2004 müssen Rentner den Pflegeversicherungsbeitrag in vollem Umfang selbst zahlen.

Folge: Kürzung der Renten um 0,85%.

Verschiebung des Auszahlungstermins der Renten.

Der Auszahlungstermin für Neurentner wird auf das Monatsende verschoben.

Folge: Jeder erhält im Laufe des Lebens eine Monatsrente weniger.

Erste „Nullrunde“.

Die Rentenanpassung 2004 wird schlichtweg gestrichen.

Folge: Für die Rentner bedeutet das weitere Einbußen. Erstmals in der Bundesrepublik sinkt nicht nur die Kaufkraft der Rentner, sondern auch der Zahlbetrag der Rente.

2005

5005

Zusätzlicher Pflegeversicherungsbeitrag für Kinderlose

Kinderlose Rentner ab dem Jahrgang 1940 müssen einen Strafzuschlag zur Pflegeversicherung von 0,25% zahlen. Eltern werden nicht, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, entlastet.

Folge: Mehr als 1 Mio. Renten werden um 0,25% gekürzt.

Renteversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz. Das zweitgrößte Rentenkürzungspaket innerhalb von nur drei Jahren tritt in Kraft:

- a) Absenkung des Rentenniveaus auf 43% bis 2030.
- b) Einführung des neuen Kürzungsfaktors „Nachhaltigkeitsfaktor“ in die Rentenanpassungsformel.
- c) Abschaffung des Rentenzuschlags für Schul- und Hochschulausbildung bis 2009.

Folge: Ein Durchschnittsverdiener mit 45 Versicherungsjahren wird im Jahr 2030 nach heutigen Werten nur noch knapp 800 Euro Rente erhalten. Deutschland steht an der Schwelle einer rasch wachsenden Altersarmut.

Inkrafttreten von Hartz IV.

Die Rentenversicherungsbeiträge für Hartz IV-Bezieher bemessen sich nur noch auf Basis von 400 Euro.

Folge: Mehr als 1 Mio. Renten werden um 0,25% gekürzt.

Zweite „Nullrunde“.

Wegen des RV-Nachhaltigkeitsgesetzes kommt es zur zweiten Nullrunde in Folge.

Folge: Für die Rentner bedeutet das eine zweite Minusrunde in Folge. Die Renten sind niedriger als im Jahr 2002.

Reform der Rentenbesteuerung.

Der Besteuerungsanteil der Renten wird schlagartig von 27% auf 50% heraufgesetzt.

Folge: Vor allem Rentner mit Zusatzeinkünften werden bestraft und müssen für das Jahr 2005 erstmals Steuern zahlen. In wenigen Jahren werden auch Rentner ohne Zusatzeinkünfte Steuern zahlen. Es droht eine verfassungswidrige Doppelbesteuerung.

Zusätzlicher Krankenversicherungsbeitrag von 0,9%.

Auch Rentnern wird der zusätzliche Krankenkassenbeitrag für Zahnersatz und Krankengeld in vollem Umfang von der Rente abgezogen.

Folge: Durch die gleichzeitige Absenkung des allgemeinen Beitragssatzes beläuft sich die Rentenkürzung auf 0,45%.

BEISPIEL Altersrente für 2013

Altersrente	1.000,00 €
./.. abzgl. Beitrag zur Krankenversicherung ¹	- 82,00 €
./.. abzgl. Beitrag zur Pflegeversicherung ²	- 20,50 €
Das bleibt netto übrig: (minus 102,50€ zur Brutto-Rente)	897,50 €

BEISPIEL Altersrente plus Betriebsrente

Altersrente	1.000,00 €
./.. abzgl. Beitrag zur Krankenversicherung	- 82,00 €
./.. abzgl. Beitrag zur Pflegeversicherung	- 20,50 €
Zusätzliche Betriebsrente ^{***}	300,00 €
./.. abzgl. Beitrag zur Krankenversicherung [*]	- 46,50 €
./.. abzgl. Beitrag zur Pflegeversicherung ^{**}	- 7,50 €
Das bleibt netto übrig: (minus 156,50€ zur Brutto-Rente)	1.143,50 €

Zur Erinnerung:

Allein die Rettung folgender Privat-Banken kostete die Steuerzahler der Bundesrepublik Deutschland schon 58 Milliarden Euro.

- ❖ Hypo Real Estate 27 Mrd. €
- ❖ Commerzbank 18 Mrd. €
- ❖ IKB 13 Mrd. €

Für Schuldzinsen zahlten die deutschen Steuerzahler allein 2012 rd. 38 Mrd. €
Für diverse „Rettungsschirme“ wurden bisher weitere hunderte Milliarden ausgegeben.

KEIN WUNDER,
DASS FÜR RENTNERINNEN UND
RENTNER UND JETZIGE VERSICHERTE
ZUKÜNFTIG NOCH WENIGER
ZUM LEBENSUNTERHALT BLEIBT.

1 Krankenversicherungsbeitrag zur Altersrente inkl. zusätzlicher Beitrag f. Zahnersatz u. Krankengeld = 8,20% z.Zt

2 Pflegeversicherung zur Altersrente = 2,05%r

* Krankenversicherungsbeitrag zur Betriebsrente, VBL, ZvK o.ä. = 15,50%

** Pflegeversicherung zur Betriebsrente, VBL, ZvK o.ä. = 2,50%r

*** Betriebsrente, VBL, ZvK o.ä. Versorgungsbezüge

GEFÜHLTE INFLATION

Der wirkliche Kaufkraftverlust



SIND SIE ÜBERRASCHT ?

Für Viele sind die folgenden Zahlen neu. Auffällig ist die große Differenz zwischen der “wahren Inflation” und dem Verbraucherpreisindex.



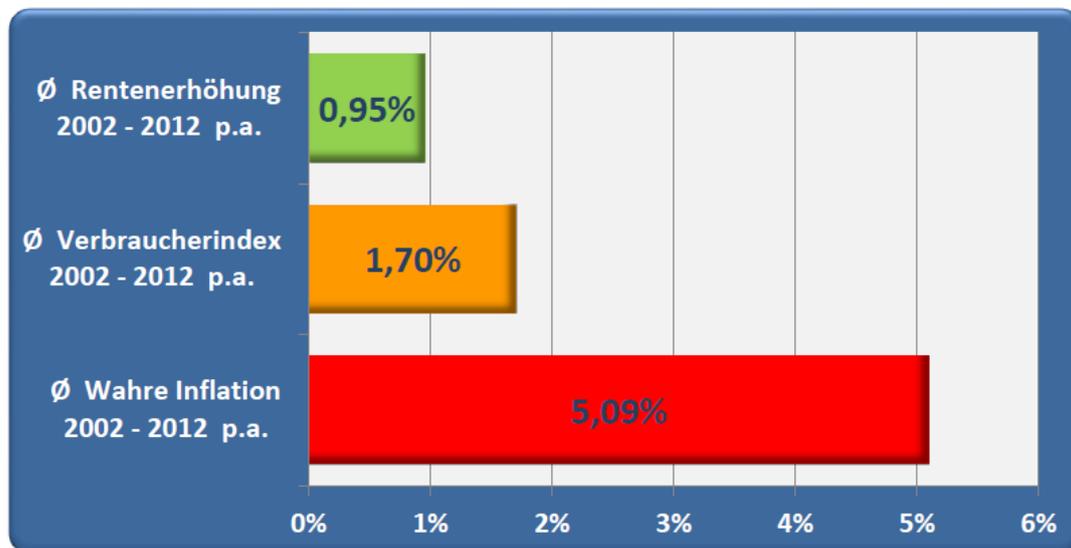
Erinnern Sie sich an das Jahr 2002? Da wurde der EURO eingeführt. Jeder merkte, dass alles plötzlich teurer war. Was taten unsere Politiker? Sie meinten, dass wir uns das alles nur einbilden und verwiesen auf den Verbraucherpreisindex, der ja nur um 1,3% gestiegen war.



Inzwischen hat sich der Begriff “gefühlte Inflation” etabliert. Der drückt aus, was viele Menschen längst vermuten. Nämlich, dass mit dem *Verbraucherpreisindex* irgendetwas nicht stimmt. Denn dessen niedrige Werte widersprechen massiv den eigenen Erfahrungen an der Ladenkasse. So liegt die “gefühlte Inflation” wohl deutlich näher an der “wahren Inflation” als der Verbraucherpreisindex. Die Grafiken auf den folgenden Seiten zeigen das sehr deutlich.



Durchschnittliche Teuerungsraten und Rentenerhöhungen



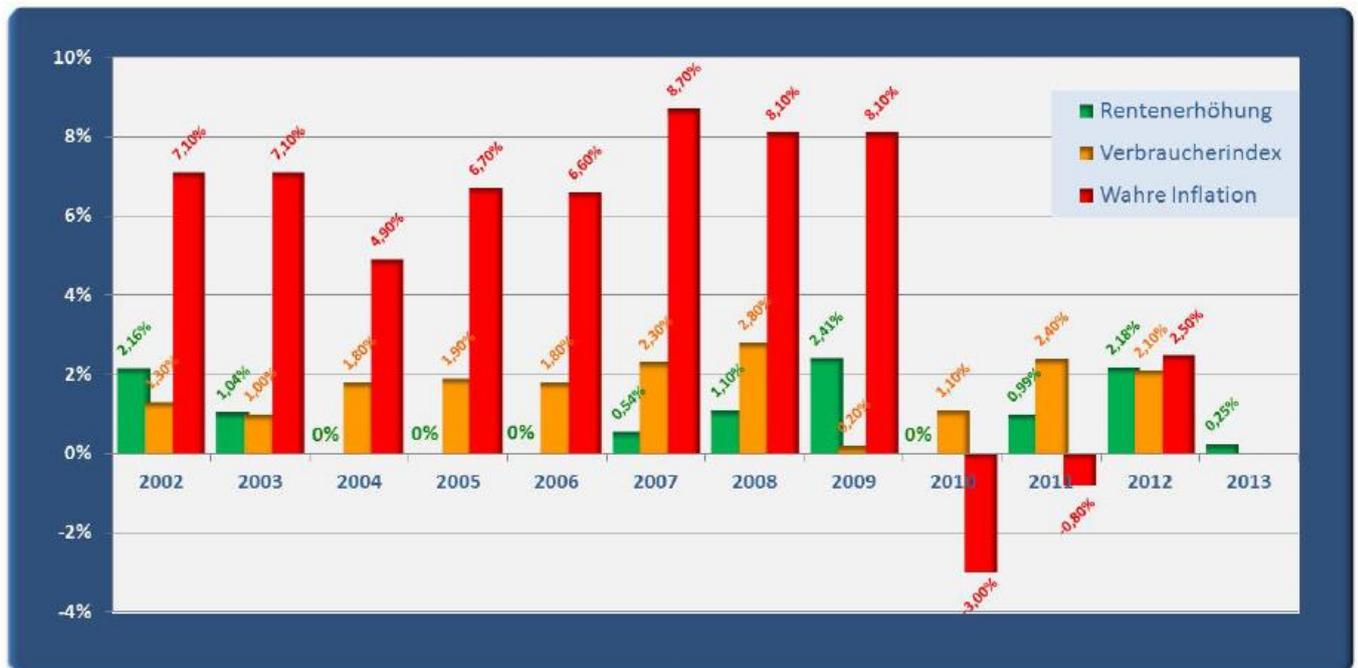
Wahre Inflation = Zuwachs Geldmenge M3 minus Zuwachs BIP

Fragt man 100 Deutsche, wie hoch die Inflationsrate in Deutschland sei, antworten ca. 95: "So zwischen 1,5% und 3% pro Jahr." Fragt man, woher sie diese Zahlen haben, antworten die meisten: "aus den Fernsehnachrichten."

Wenn die Nachrichtensprecher die neuesten Zahlen verlesen, benutzen sie normalerweise nicht das Wort "Inflationsrate", sondern sprechen vom "Verbraucherpreisindex". Gemeint ist der Index, der vom statistischen Bundesamt monatlich veröffentlicht wird (Stichwort: Warenkorb). Der hat aber nichts mit einer echten Inflationsrate zu tun. Dennoch werden Inflationsrate und Verbraucherpreisindex oft verwechselt oder sogar als identisch betrachtet.

Und was bedeutet das jetzt?

- Das bedeutet: die "wahre Inflation" existiert. Sie ist kein Hirngespinnst.
- Die "wahre Inflation" hat nichts mit dem Verbraucherpreisindex des statistischen Bundesamtes zu tun.
- Die "wahre Inflation" ist deutlich höher als viele Menschen vermuten.
- Berücksichtigen Sie diese hohen Inflationsraten bei der Planung langfristiger Geldanlagen. Sonst gibt es ein böses Erwachen.
- Jede "Investition" in Geldwerte, die nach Kosten und Steuern weniger als die wahre Inflationsrate erwirtschaftet, ist keine Geldanlage, sondern eine Geldvernichtung. Investieren Sie lieber in Sachwerte!



Die „Wahre Inflation“ bzw. gefühlte Inflation (inkl. vier „Null-Rentenrunden“ in 2004, 2005, 2006, 2010 und einer minimalen Rentenerhöhung von 0,25% West im laufenden Jahr 2013), zeigt die seit mehr als einem Jahrzehnt fortschreitende **Vermögensvernichtung durch Inflation**.

„Um ein tadelloses Mitglied einer Schafherde sein zu können, muss man vor allem ein Schaf sein.“

Albert Einstein

„Die Inflation ist eine der perfidesten Formen der Enteignung der kleinen Sparer ohne Sachwerte“

Angela Merkel

„Papiergeld kehrt früher oder später zu seinem inneren Wert zurück – Null!“

Voltaire

ARMUTSGEFAHR NIEDRIGZINSEN

Verlust von Kapital und Altersvorsorge

Am 20.06.2013 erschien in FOCUS Money Online ein bemerkenswerter Artikel über Altersarmut und den sozialen Abstieg durch Niedrigzinsen. An dieser Stelle die wichtigsten Auszüge daraus.

„Was sind die größten Ängste der Deutschen? Die Folgen der Euro-Schuldenkrise, die Entwicklung der



Wirtschaftskraft und steigende Lebenshaltungskosten“ sind die Probleme, die die Bundesbürger laut Umfragen fürchten. Und was diskutiert die Politik? Das Drohen Desaster, fehlende Kita-Plätze, die Frauenquote und die Gerechtigkeitslücke zwischen Arm und Reich“.

Was uns wirklich droht, haben weder die Menschen in unserem Land noch die Politiker erkannt: In spätestens 30 Jahren sind wir alle arm!

Sie denken an die Rettungsschirmschulden, die uns überschwemmen? Haftet Deutschland doch mit 695 Milliarden Euro für die Euro-Krisen-

Staaten Griechenland, Italien & Co. Alles möglich! Tatsächlich gibt es aber ein viel wahrscheinlicheres Szenario, das Millionen Deutsche in die Armut treibt: die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank.

Sparer sitzen in der Zinsfalle

Lag der Leitzins 2001 noch bei 4,5 Prozent, senkten ihn die obersten Währungshüter kürzlich auf ein Rekordtief von 0,5 Prozent. Mit dramatischen Folgen für die Sparer: Eine heute 30-Jährige mit einem Einkommen von 3300 Euro pro Monat müsste 37 Jahre lang 570 Euro pro Monat zur Seite legen, um im Alter über die Runden zu kommen. Unmöglich!

Die Politik hat es den Bürgern lange genug eingebläut: Die Jüngeren werden immer weniger werden, die Älteren immer mehr, und deshalb müssen wir sparen. Dass sie trotz Riester-Rente, Rürup-Förderung & Co. nicht über die Runden kommen werden, verschweigen die Parteien dem Volk.

Wenn mit Minizinsen „alternativlos“ der Euro gerettet wird, muss einer die Zeche zahlen: der Sparer. Würde das den Menschen verdeutlicht, so würde es ihnen kalt den Rücken

hinunterlaufen, wenn sie sich über ihre Altersvorsorge oder ihr Vermögen Gedanken machen.

Von den Zinsen des Ersparten leben?

Um im Alter von 67 eine Rente von 1800 Euro (gesetzliche Rente plus private Rente) nach heutiger Kaufkraft beziehen zu können, müsste ein Berufseinsteiger mit 3300 Euro Bruttoeinkommen bis zu seinem Renteneintritt monatlich (!) 570 Euro zur Seite legen. Wie soll das gehen?

Bei vielen Älteren herrscht noch die Vorstellung, im Ruhestand nur von den Erträgen des Ersparten zu leben und so das Kapital an die

Kinder zu vererben. Doch das funktioniert nicht mehr. Eine simple Rechnung macht das deutlich: Sogar wer eine Million Euro auf dem Konto hat, will im anhaltenden



Niedrigzinsumfeld wohl kaum von 15 000 Euro Zinsen im Jahr leben. Bei geringeren Kontoständen sieht es noch düsterer aus:

Vermögen*/	bei 1 %	bei 2 %	bei 3 %	bei 4 %	bei 5 %	bei 6 %	bei 7 %
Zinsen p. a.	Zinsen						
100 000	1 000	2 000	3 000	4 000	5 000	6 000	7 000
200 000	2 000	4 000	6 000	8 000	10 000	12 000	14 000
300 000	3 000	6 000	9 000	12 000	15 000	18 000	21 000
400 000	4 000	8 000	12 000	16 000	20 000	24 000	28 000
500 000	5 000	10 000	15 000	20 000	25 000	30 000	35 000
600 000	6 000	12 000	18 000	24 000	30 000	36 000	42 000
700 000	7 000	14 000	21 000	28 000	35 000	42 000	49 000
800 000	8 000	16 000	24 000	32 000	40 000	48 000	56 000
900 000	9 000	18 000	27 000	36 000	45 000	54 000	63 000
1000 000	10 000	20 000	30 000	40 000	50 000	60 000	70 000

**in Euro/Quelle:
zinsen-
berechnen.de*

Wie die Inflation 500 000 Euro aufzehrt

Selbst wenn die aktuelle Teuerungsrate historisch niedrig ist und die Beispielfälle daher nur mit 1,5 Prozent Inflation berechnet sind, muss das keineswegs so bleiben. Irgendwann wird sich das Leben auch wieder stärker verteuern.

Was aber passieren kann, wenn die Rate anzieht, zeigt untenstehende Tabelle. So sind 500.000 Euro bei 3,5 Prozent Inflation nach 20 Jahren nur noch die Hälfte wert. Nach 45 Jahren sogar nur noch rund ein Fünftel.

Jahre!	bei 1 %	bei 1,5 %	bei 2 %	bei 2,5 %	bei 3 %	bei 3,5 %	bei 4 %
Inflationsrate	Teuerung	Teuerung	Teuerung	Teuerung	Teuerung	Teuerung	Teuerung
nach 5 Jahren	475 733	464 130	452 865	441 927	431 304	420 987	410 964
nach 10 Jahren	452 643	430 834	410 174	390 599	372 047	354 459	337 782
nach 15 Jahren	430 675	399 926	371 507	345 233	320 931	298 445	277 632
nach 20 Jahren	409 772	371 235	336 486	305 135	276 838	251 283	228 193
nach 25 Jahren	389 884	344 603	304 765	269 695	238 803	211 573	187 558
nach 30 Jahren	370 961	319 881	276 035	238 371	205 993	178 139	154 159
nach 35 Jahren	352 957	296 933	250 014	210 686	177 692	149 988	126 708
nach 40 Jahren	335 827	275 631	226 445	186 215	153 278	126 286	104 145
nach 45 Jahren	319 527	255 857	205 098	164 587	132 219	106 330	85 599
<i>Beträge in Euro/Quelle: zinsen- berechnen.de</i>							

Es kommt noch dicker – und keiner protestiert

Geht es nach den Plänen der SPD und wird die Abgeltungsteuer von heute 25 auf künftig 32 Prozent erhöht, bleibt von der Altersvorsorge noch weniger übrig. Der 30-Jährige mit 2000 Euro Nettoeinkommen müsste dann 584 Euro monatlich sparen, oder er bräuchte einen Zins von 6,3 Prozent, um sein Rentenziel zu erreichen.

Nicht zu vergessen, dass die Rechnung nur dann funktioniert, wenn er das Geld auch sukzessive bis zu seinem 92. Lebensjahr verzehren kann. Vererbt wird nichts, mit 92 ist das Vermögen aufgebraucht. Älter darf der Sparer also nicht werden, sonst benötigt er noch mehr Geld und müsste noch mehr zur Seite legen – oder die Kinder zahlen.

Die Niedrigzinsen ruinieren aber nicht nur die Vorsorge der jungen Generation, sie zerstören auch das Vermögen der Alten.

Eine zehnjährige Bundesanleihe warf Anfang der 1990er-Jahre noch mehr als zehn Prozent Rendite ab und sogar zur Euro-Einführung 2002 noch fünf Prozent. Wer heute für ein Jahr in eine Bundesanleihe investieren will, bekommt nur noch Minuszinsen. Selbst wer sein Geld dem Staat zwei Jahre leiht, bekommt am Ende weniger zurück, als er eingezahlt hat.

Bei einer Schuldenlast der öffentlichen Hand von aktuell 2,09 Billionen Euro - mit jeder Sekunde wächst der Schuldenberg um weitere 1500 Euro – bedeutet jeder Prozentpunkt weniger auf der Zinsskala für Schäuble eine Entlastung von jährlich rund 20 Milliarden Euro. Durch den Niedrigzins lösen sich die Staatsschulden nach und nach ganz von allein auf – ohne Sparzwänge oder Einschränkungen, die man dem Bürger nur schwer verkaufen könnte.

Den Bürger kostet die „kalte Enteignung“ (Sparkassenpräsident Georg Fahrenschon) nach Berechnungen der Deka-Bank jährlich rund 14,3 Milliarden Euro. Weltweit entgehen den Sparern sogar mehr als 100 Milliarden pro Jahr. „*Negative Realzinsen*“ heißt das im Fachjargon. Frei nach dem Motto: „Leih mir doch mal 5000 Euro, ich zahl dir in fünf Jahren garantiert weniger zurück.“

Demonstration? Von wegen.

Und niemand protestiert? Über was diskutiert die Republik? „Auslaufmodell Hausfrau“, „Billigkleidung aus Bangladesch“ und „Patientenfalle Krankenhaus“ waren die Themen beim Sonntags-Talk von Günther Jauch. „Allahs Krieger im Westen – wie gefährlich sind radikale Muslime?“, „Abgehoben, unsozial – sind so Deutschlands Eliten?“, hieß es bei Anne Will. Während in Spanien und Portugal Tausende gegen das Spardiktat protestieren, passiert auf Deutschlands Straßen nichts.

„Die gegenwärtige Niedrigzinsphase darf kein Dauerzustand sein“, fordert denn auch Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Doch das

dürfte das Wunschdenken eines Stabilitätspredigers sein, der seit Langem auch im europäischen Zentralbankrat keine Mehrheit mehr findet.

Das hohe Verschuldungsmaß der Euro-Staaten lässt es gar nicht zu, dass die Zinsen steigen. Woher sollen denn die Milliarden in den Krisenländern kommen? Bei einem durchschnittlichen Zins von vier Prozent betrug die Zinslast Italiens 2012 bereits schlappe 80 Milliarden Euro. Jeder Prozentsatz mehr würde mit weiteren 20 Milliarden Euro zu Buche schlagen.

Der Staat kassiert, die Bürger bluten

Aber es gibt ja die Generation der Erben. Da wird schon etwas übrig bleiben, wird sich der ein oder andere vielleicht denken, um so seine Rentenlücke zu schließen. Doch Fehlanzeige.

Trotz Erbschaft von 150 000 Euro und Sparen von monatlich 200 Euro muss ein 35-jähriges Ehepaar mit zwei Kindern in der FOCUS-MONEY-Musterrechnung eine Rentenlücke von 940 Euro schließen. Dafür müsste die Familie im Niedrigzinsniveau satte 512 Euro zusätzlich zurücklegen. Ist das möglich? Mit Familie nehmen die Verpflichtungen zu. Eine größere Wohnung verschlingt höhere Mieten, dazu kommen Kita-Gebühren, Babynahrung sowie Schul- und Ausbildungskosten, die das Budget belasten. Reserven fürs Alter? Schwierig. Eine realistische zusätzliche Sparrate liegt bei 150 Euro. Doch dann wäre ein Zins von sieben Prozent notwendig, um die Rentenlücke zu schließen.



Nehmen, nehmen, nehmen

Keine Rendite und trotzdem verlangt der Staat von seinen Bürgern immer mehr. Wir müssen nicht nur mehr sparen, sondern gleichzeitig

auch mehr Steuern bezahlen. So mag die gesetzliche Rente sicher sein, zum Leben reicht sie später aber sicher nicht. **Immer weniger Beitragszahler müssen immer mehr Leistungsempfänger finanzieren** – das klappt auf Dauer nur, wenn das Rentenniveau abgesenkt wird. Genau das geschieht seit Jahren kontinuierlich.

Konnten Ruheständler 1985 noch fast 60 Prozent des durchschnittlichen Jahresgehalts vor Steuern als Rente beziehen, waren es zehn Jahre später nur noch 54 Prozent. 2010 lag die Rente sogar schon knapp unter 50 Prozent, für das Jahr 2020 sind nur noch 48 Prozent prognostiziert. **Nicht, dass die Rentenkürzung schon genug Last für die Bürger wäre, es kommen noch höhere Steuern dazu.** Waren die Bezüge aus der gesetzlichen Altersrente einstmals weitgehend steuerfrei, wird das System seit 2005 schrittweise umgestellt.

Ab 2040 sollen die gesetzlichen Renten komplett steuerpflichtig sein. Auch für ihre Krankenversicherung müssen Rentner inzwischen selbst aufkommen.

Doch das reicht immer noch nicht, wollen die rot-grünen Politiker doch einen Angriff auf die Einkommenssteuer starten. Die Pläne der SPD:

den Spitzensteuersatz für Single-Einkommen ab 10 000 Euro (Verheiratete: 200 000 Euro) von derzeit 42 Prozent auf 49 Prozent anheben. Die Grünen wollen denselben Spitzensteuersatz sogar bereits bei einem Einkommen von 80 000 Euro beginnen lassen, ab 60 000 Euro Jahreseinkommen soll der Satz auf 45 Prozent steigen. Dann bliebe noch weniger Geld übrig, um es fürs Alter zurückzulegen.

Eine Alleinverdiener-Familie mit zwei Kindern und 70 000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen kosten die Grünen-Pläne



5542 Euro im Jahr oder 460 Euro im Monat. Hinzu kommt noch die geplante Bürgerversicherung, die mit 1056 Euro im Jahr oder 88 Euro im Monat negativ zu Buche schlägt. Nicht zu vergessen die Forderung der SPD, die Abgeltungsteuer auf 32 Prozent zu erhöhen, was zusätzlich Geld junger und älterer Sparer vernichten würde.



„Da tickt eine Zeitbombe und das heißt: Wir haben durch Schulden* der Vergangenheit einen Großteil unserer Zukunft verfrühstückt.“

Hans Eichel

Hans Eichel,
Finanzminister
1999-2005
Quelle: ARD-Sendung
„Panorama“ von 2002
Auch hier zu sehen:
<http://www.youtube.com/watch?v=bd6GJhcTIF0>
*) **Schuldenstand 2002:**
1.22 Billionen €

DER ÖKOSTROM WAHNSINN

Die wirklichen Kosten



Preis steigt um 112 Prozent

IW-Chef Hüther stellt fest, dass sich das Versprechen stetig sinkender Ökostrom-Kosten bislang nicht erfüllt habe. "Das Gegenteil ist der Fall", sagte Hüther: Zahlten die Verbraucher im Jahr 2000 noch im Schnitt 8,5 Cent für eine Kilowattstunde Ökostrom, so sind es heute 18,1 Cent.

Der Preis für erneuerbare Energien ist damit um 112 Prozent gestiegen, so Hüther: "Das liegt vor allem daran, dass die besonders teure Fotovoltaik und die Biomasse erheblich zugelegt haben." Bei einem durchschnittlichen Haushalt mit vier Personen steige die EEG-Rechnung im Jahr 2013 um 100 Euro auf 310 Euro, sagte Hüther: "Und das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange."

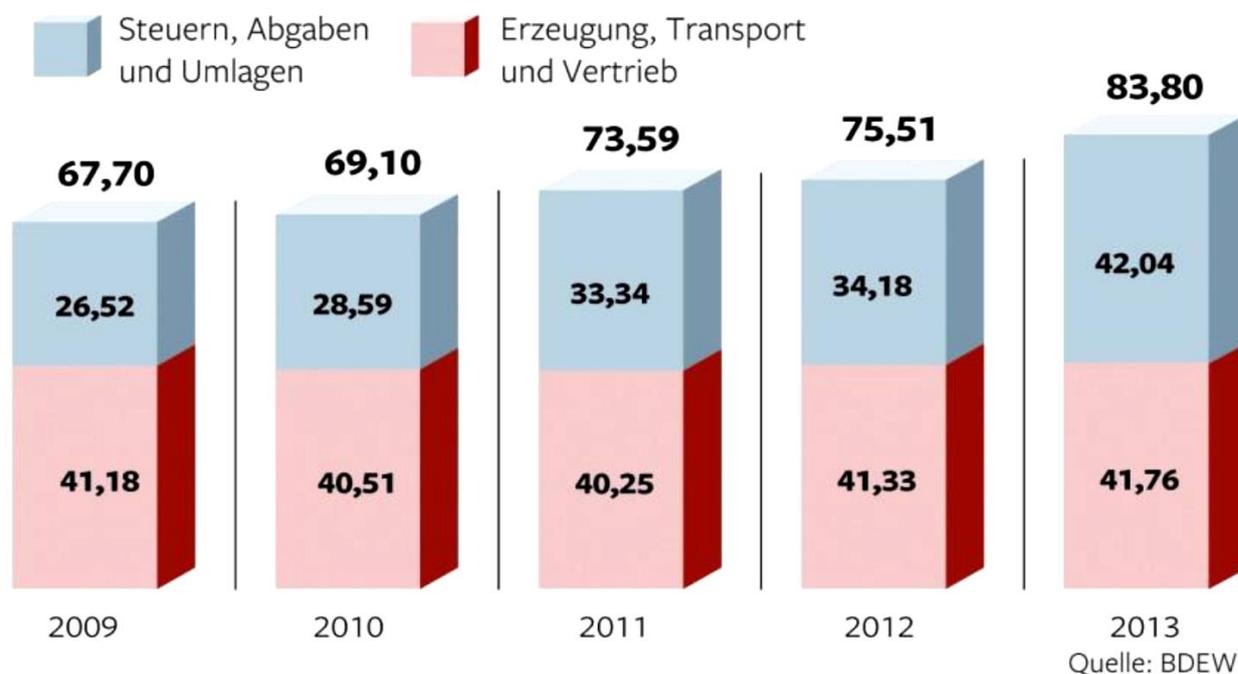
Hilft der sinkende Börsenstrompreis?

Ein klares NEIN. Grund für den weiteren Anstieg der EEG-Umlage ist der sonnenreiche Sommer. Außerdem machen sich die nach wie vor fallenden Börsenstrompreise bemerkbar: Die Umlage wird als Differenz zwischen den garantierten Ökostrom-Abnahmetarifen und dem Börsenstrompreis berechnet.

Fällt der Börsenpreis, steigt die Umlage (der Börsenkurs der Strompreise ist innerhalb von 3 Jahren um -38% gefallen.) Das Förderkonto der Netzbetreiber für die erneuerbaren Energieträger rutschte im August gegenüber Juli weiter ins Minus - das Defizit beträgt jetzt rund 2,3 Milliarden Euro. Es muss so durch eine höhere Umlage im nächsten Jahr ausgeglichen werden.

Stromkosten für eine Familie

Durchschnittliche monatliche Stromrechnung eines
Drei-Personen-Haushaltes in Euro



Mit dem Ausbau durch die Energiewende werden auch die Netzentgelte steigen - bis 2020 um fast 75 Prozent. Das schätzen die Experten des Vergleichsportals Verivox in einer Prognose im Auftrag für t-online.de. Statt heute 255 Euro zahlt ein Durchschnittshaushalt dann 443 Euro jährlich für diesen Posten.

Bundesumweltminister Altmaier: 1 Billionen Kosten

Bundesumweltminister Altmaier legte in der Kostendebatte über den Ökostrom nach. Im Interview mit der Frankfurter Rundschau warnte er am 03.06.2013 davor, dass die Kosten sogar 'deutlich' über der von ihm bisher genannten eine Billion Euro liegen könnten. „Die Billion ist seriös berechnet - und zwar eher zu knapp als zu hoch“, sagte er.



Wenn die Förderbedingungen gleich blieben, der Ausbau so weiter gehe wie bisher und der Börsenstrompreis im Schnitt 4,5 Cent betrage, ergäben sich die berechneten Kosten. Altmaier wörtlich: "Rund 66 Milliarden haben wir seit 2000 für existierende Ökostrom-Anlagen gezahlt, 250 Milliarden addieren sich für diese bis zum Ende der 20-Jahres-Vergütung, und weitere 730 Milliarden kämen für neue Ökostrom-Anlagen bis 2040 noch hinzu".

Fassen wir zusammen:

- ❖ Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erhöht sich die Pro-Kopf-Verschuldung um rd. 15.000 €
- ❖ dazu kommen die rd. 26.000 € Pro-Kopf-Verschuldung aus der bisherigen Staatsverschuldung (+73 Prozent).
- ❖ Macht zusammen: 41.000 € Schulden pro Bundesbürger. Schlechte Zukunftsperspektive für alle unsere Kinder und Enkelkinder, oder?

Übrigens: Im Jahr 2002 betrug die Pro-Kopf-Verschuldung „nur“ 15.000 €.

Gibt es noch irgendwelche Fragen?



HAT DEUTSCHLAND VOM EURO PROFITIERT?

Fakten, Fakten, Fakten



CDU-Fraktions-Chef
Kauder:

**Der Euro ist stabil.
Wir haben keine
Eurokrise.**

Quelle: ZDF morgenmagazin
vom 24.08.2011

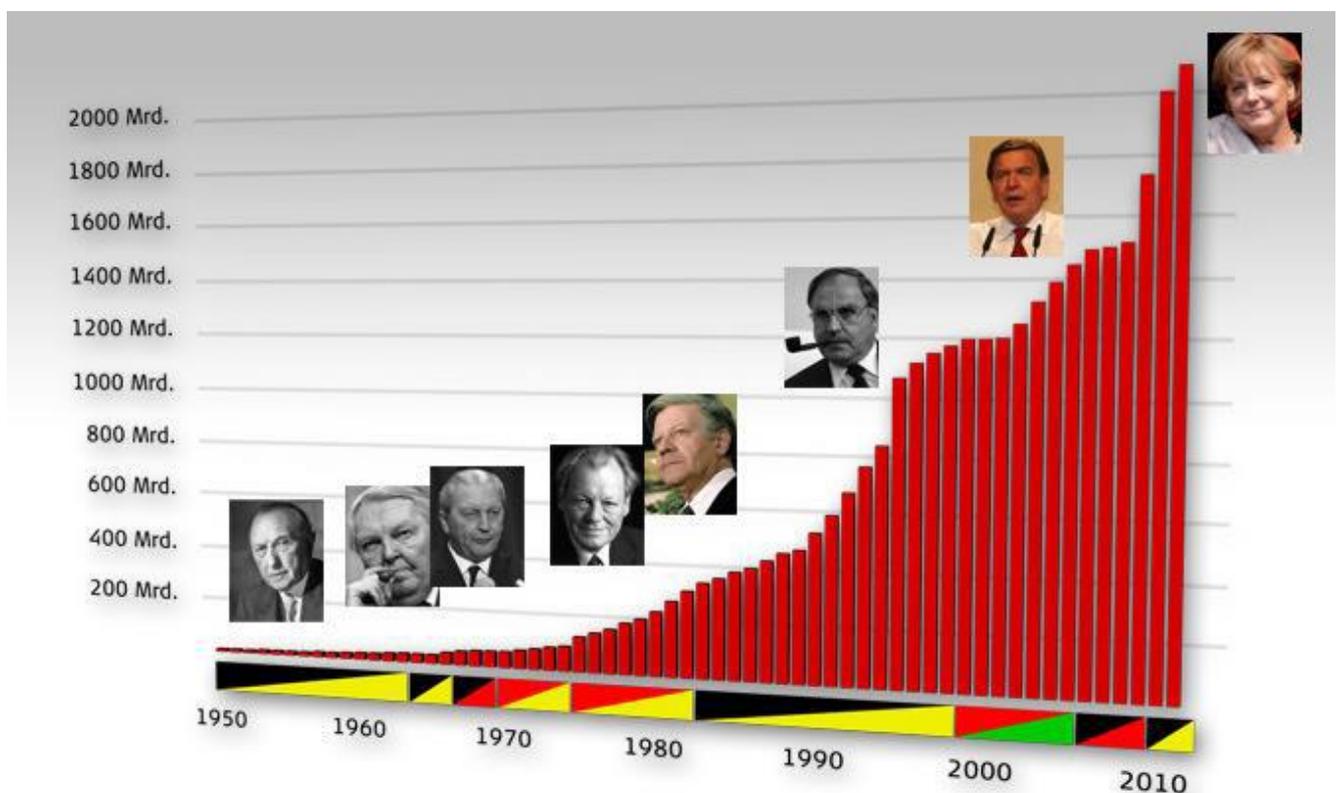
DEUTSCHLAND GEHT ES GUT . . .

Immerhin behaupten das viele Politiker - und auch die Massenmedien blasen unablässig ins gleiche Horn. Aber stimmt das auch? Schauen wir uns einfach die FAKTEN an:

STAATSVerschULDUNG 1950 - 2010

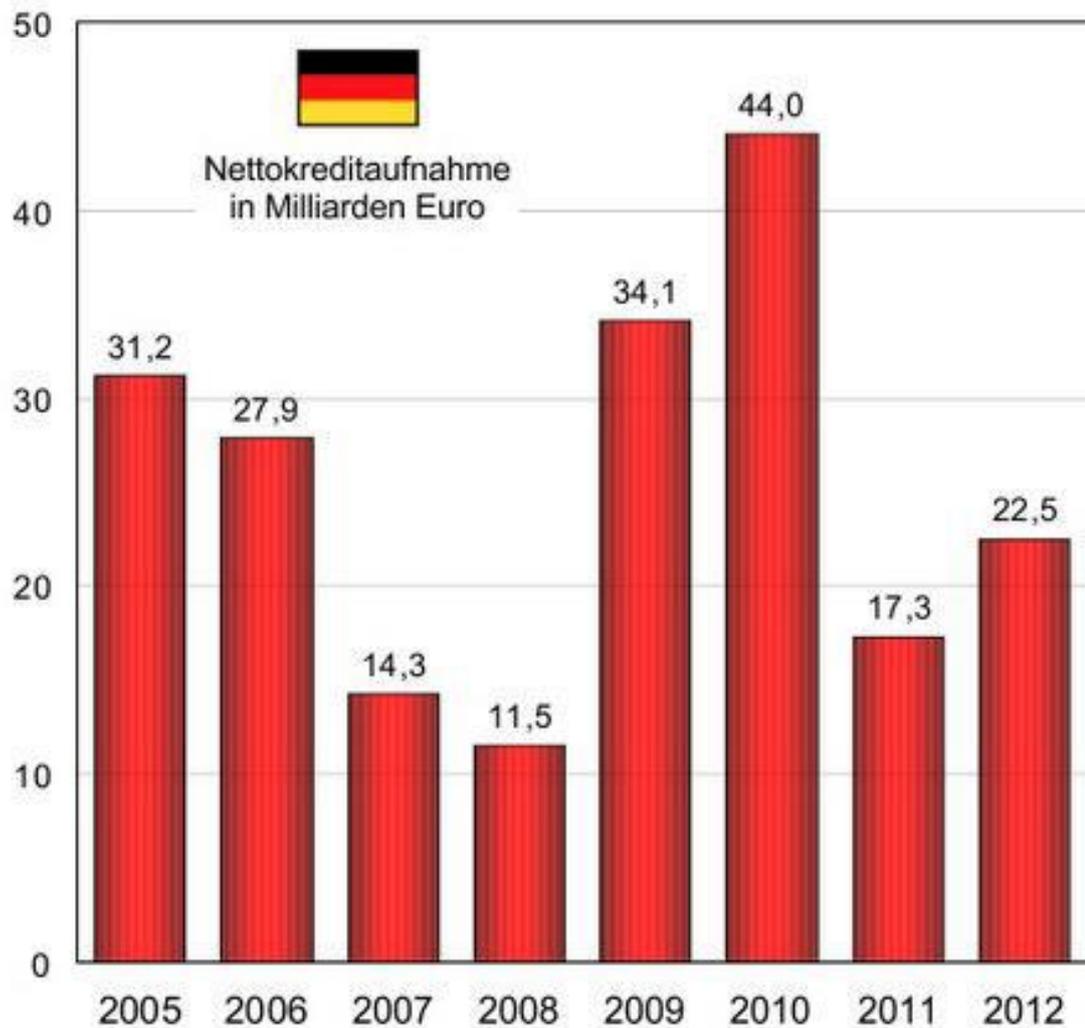
Jede Familie weiß, dass sie dauerhaft nur so viel ausgeben kann, wie sie monatlich zur Verfügung hat. Ansonsten droht die Überschuldung. Dann ist sie pleite. Für unsere Politiker scheint dieses wirtschaftliche Gesetz keine Bedeutung zu haben. Sie holen sich die fehlenden Euros für Steuergeschenke und Rettungsschirme

einfach über erhöhte Abgaben wie Steuern, Kürzungen im Sozialbereich und Minizinsen (Inflation) von den Steuerzahlern zurück. Auf der folgenden Grafik ist unzweifelhaft erkennbar, dass ab den 1990er Jahren die Staatsverschuldung deutlich zunahm. So verdoppelte sich die Staatsverschuldung seit 2002 (offizielle Einführung des Euro als Zahlungsmittel) von 1.22 Billionen € auf rund 2,1 Billionen € im Jahr 2012.



Die hohe Staatsverschuldung beruht u.a. auf massiver Neuverschuldung (z.B. durch div. „Rettungsschirme“), fehlender Tilgung der Schulden, der Einführung der Gemeinschaftswährung „Euro“ und dem „Zinseszinsseffekt“ (exponentielles Wachstum).

Grafik: 202,8 Mrd. Neuverschuldung in 8 Jahren

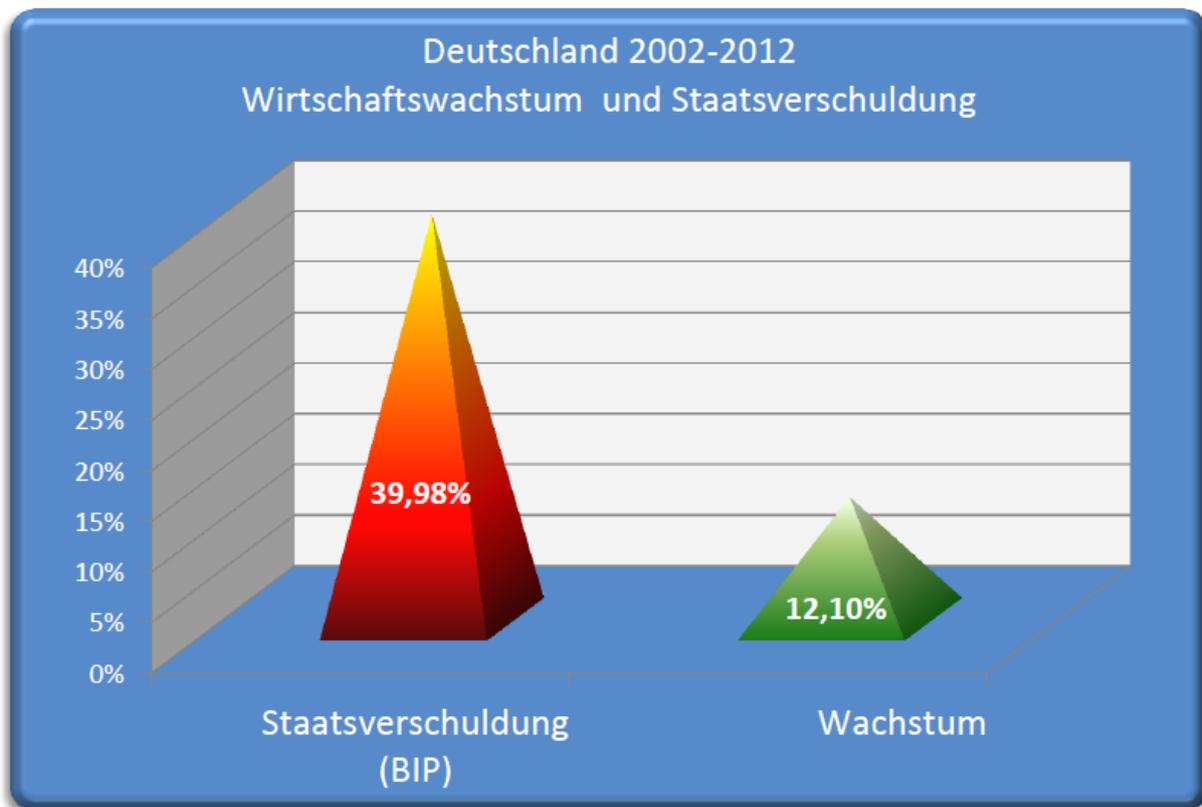


Pro-Kopf-Verschuldung 2002: 15.000 €

Pro-Kopf-Verschuldung 2012: 26.000 € (+ 73%)



WACHSTUM UND VERSCHULDUNG 2002 - 2012



Das Ergebnis ist eindeutig. Die Staatsverschuldung von 2002 bis 2012 wuchs nahezu viermal mehr als das Wirtschaftswachstum.

Es wird auch Zeit, endlich mit dem Politiker-Märchen „Deutschland hat vom Euro profitiert“ aufzuräumen. Der Exportanteil Deutschlands in den Euro-Raum lag vor und während der Euro-Währung nahezu konstant bei ca. 42 Prozent. In den letzten zwei Jahren ist der Exportanteil sogar um rd. 4 Prozent auf etwa 38 Prozent zurückgegangen.

Die Exportüberschüsse erzielte Deutschland also fast ausschließlich im Nicht-Euroraum. Dazu brauchte Deutschland den Euro nicht.

Armut in Deutschland ?

Wussten Sie eigentlich, dass fast jeder neunte Arbeitnehmer in Deutschland weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdient? Betroffen sind Minijobber, Teilzeitkräfte, aber auch viele Vollzeitbeschäftigte. Das zeigen neue Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

Rund 12,5 Millionen Bürger in Deutschland sind armutsgefährdet. Das entspricht der gesamten Bevölkerung der 15 größten deutschen Städte wie Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt, Stuttgart u.s.w. Auch diese Zahlen sind unseren Politikern bekannt - sie stammen vom Statistischen Bundesamt.

Als arm gilt, wer 60% oder weniger des mittleren Durchschnitts-NettoEinkommens (= Medianeinkommen / Jahr 2011 = 1.286 € mtl.) bezieht. Das sind 772 €/mtl. Davon sind Miete, Lebensmittel u.v.a.m. zu bestreiten.



Zitat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen: „ ... dass alle, die unter 2.500 Euro verdienen und keine private Vorsorge betrieben haben, mit dem Tag des Renteneintritts den Gang zum Sozialamt antreten müssten“.

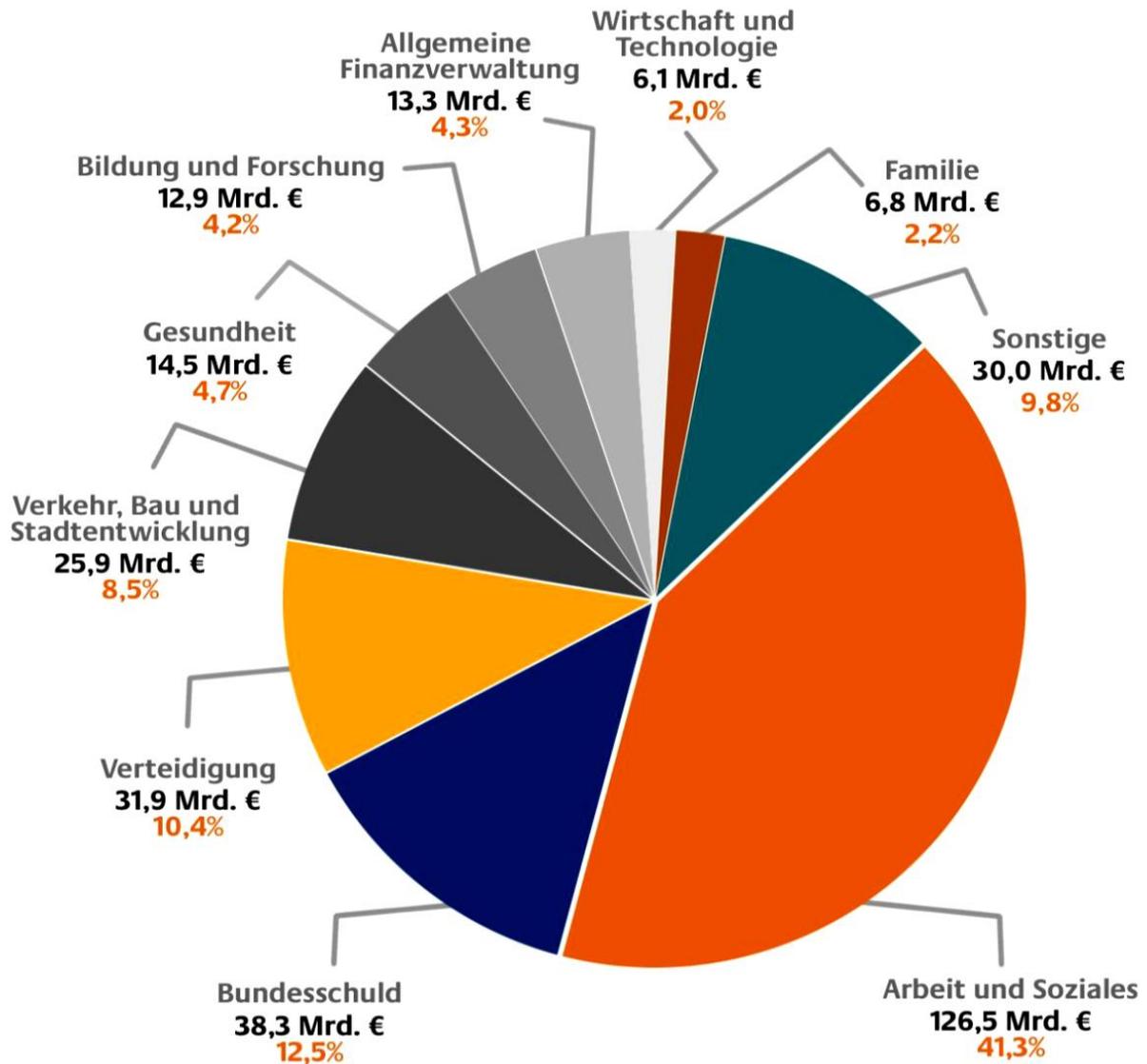
Ab 2030 droht Arbeitnehmern, die **2.500 Euro brutto im Monat** verdienen und **35**

Jahre Vollzeit gearbeitet haben, nur eine Rente in Höhe des **Grundsicherungsbetrags** von **688 Euro**. Zusätzlich **sinkt das Rentenniveau bis 2030 auf 43 Prozent des Nettolohns**. Laut Statistischem Bundesamt haben 2010 mehr als ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten weniger als 2.500 Euro im Monat verdient.



Ausgabenstruktur im Bundeshaushalt 2012¹

Ausgabenvolumen: **306,2 Mrd. €**



¹ Zahlen wurden auf die erste Nachkommastelle gerundet.
Abweichungen entstehen durch Rundungsdifferenzen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

DAS TUT WEH, ODER?

Schaut man sich die vorhergehende Grafik auf Seite 24 an, muss man feststellen: Wir bezahlen mit unseren Steuergeldern 38,3 Mrd. € für Schuldzinsen (hauptsächlich an private Banken).

- ❖ Dafür könnte man 5,6 Jahre das Budget für Familie, Senioren und Jugend bestreiten.
- ❖ Rund 3 Jahre für Bildung und Forschung investieren,
- ❖ und immerhin 2,6 Jahre die Ausgaben für Gesundheit abdecken.

Aber Immerhin geben wir für die „Verteidigung“ (gegen wen?) 31,9 Mrd. aus!

Aus der Arbeitslosen-Statistik fallen heraus:

- ❖ Teilnehmer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.
- ❖ Menschen, die zwar mindestens 15 Stunden pro Woche arbeiten, aufgrund zu geringer Einkünfte allerdings dennoch bedürftig sind.
- ❖ Personen, denen Arbeit aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Lebenssituation nicht zugemutet werden kann.
- ❖ Menschen nach Vollendung des 58. Lebensjahres, die in den letzten 12 Monaten Leistungen bezogen haben und denen in dieser Zeit kein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis angeboten werden konnte.

➡ Das sind nochmals: **1.04 Mio. bzw. 9,7%** (Februar 2013)

ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Wie lasse ich 1 Millionen verschwinden?

Für Februar 2013 meldete die Bundesagentur für Arbeit 3,11 Millionen Arbeitslose bzw. eine Arbeitslosenquote von 7,4 Prozent. Angeblich die niedrigste Arbeitslosenquote im Februar seit 21 Jahren!

Dichtung oder Wahrheit? Dieser Frage wollen wir auf den nächsten Seiten einmal mit Faktenrecherchen ausführlich nachgehen.



HIER DIE „OFFIZIELLEN“ ARBEITSLOSENZAHLEN:

Arbeitslosenquote in Deutschland von August 2012 bis August 2013



Tatsächliche Arbeitslosigkeit im August 2013: 3.761.827 Mio.

- Offizielle Arbeitslosigkeit: 2.945.708 Mio.
- Nicht gezählte Arbeitslose: 816.119 Tsd.

Nicht gezählte Arbeitslose aufgeschlüsselt:

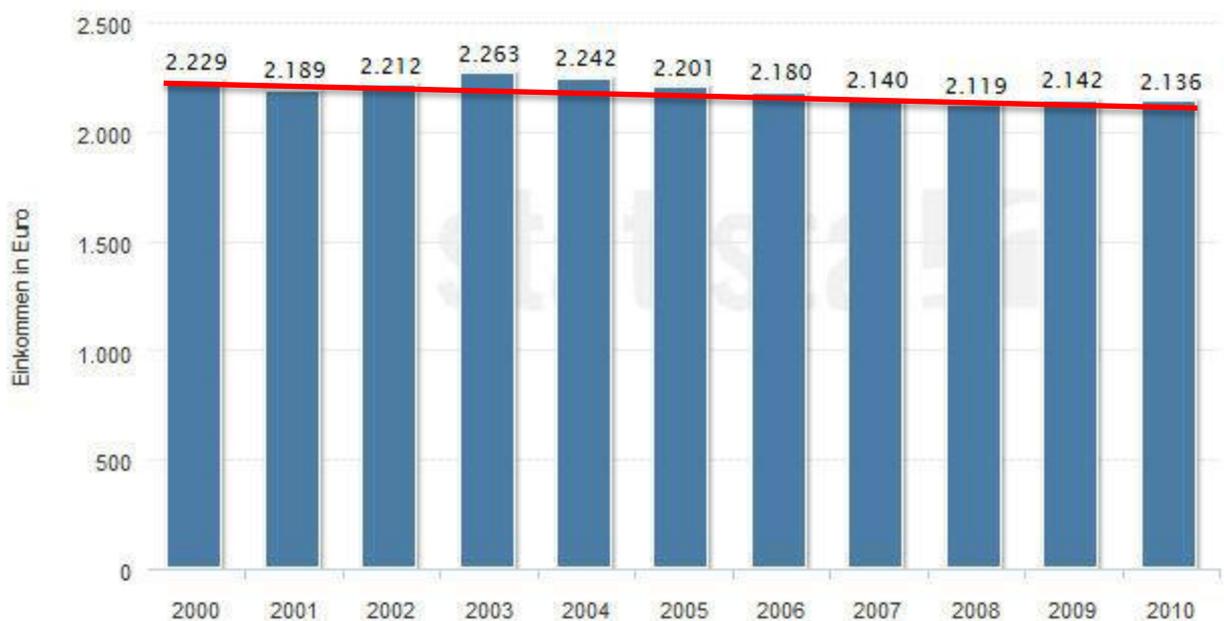
- Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II: 204.675 Tsd.
- Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten): 121.294 Tsd.
- Förderung von Arbeitsverhältnissen: 8.243 Tsd.
- Fremdförderung: 78.616 Tsd.
- Beschäftigungsphase Bürgerarbeit: 27.895 Tsd.
- berufliche Weiterbildung: 140.087 Tsd.
- Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte): 154.303 Tsd.
- Kranke Arbeitslose (§126 SGB III): 75.776 Tsd.
- Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose): 5.230 Tsd.

WOHLSTAND UND EINKOMMEN

Wohlstand drückt sich auch im Einkommen und der Kaufkraft aus.

Wie man sieht, ist das durchschnittliche Bruttoeinkommen vom Jahr 2000 bis 2010 gesunken. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten wie Mieten, Lebensmittel und Energiekosten teilweise regelrecht explodiert. Guthabenzinsen sind im gleichen Zeitraum fast bis auf Null gesunken (= Inflation). Sieht so der Fortschritt der letzten 10 Jahre aus?

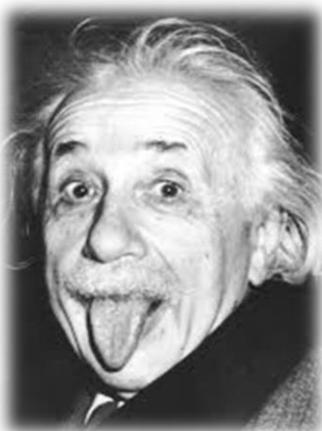
Durchschnittliches reales Bruttoeinkommen (in Euro) im Monat von 2000 bis 2010



i Deutschland; Abhängig Beschäftigte in Privathaushalten; DIW Berlin

Quelle: DIW Berlin

Hmmm . . . Deutschland geht es gut ? Deutschland hat vom Euro profitiert ?



„Zwei Dinge sind unendlich:
das Universum und die
menschliche Dummheit. Aber
bei dem Universum bin ich mir
noch nicht ganz sicher.“

Albert Einstein

EURO und ESM

Der erste Teil dieses Aufsatzes widmet sich der EURO-Währung, der zweite Teil dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM.

Was motiviert Menschen am meisten?

Wenn Sie Menschen motivieren wollen, sollten Sie sich Gedanken darüber machen, womit sie ihnen einen persönlichen Nutzen oder einen Vorteil bieten können. Auf die Überschrift bezogen heißt das: Welchen Nutzen hat uns der EURO bisher gebracht? Haben wir seit Einführung des EURO am Monatsende mehr Geld in der Tasche?

- Können wir uns mehr leisten (Urlaub, Anschaffungen, Ausbildung der Kinder etc.)?
- Sind die Preise für Lebensmittel, Energie u.a. relativ stabil geblieben?
- Bringen uns unsere Altersrücklagen ordentliche Erträge (Zinsen)?

Diese Fragen müssen die meisten von uns, wenn sie ehrlich sind, verneinen. Weshalb? Um Antworten zu finden, müssen wir die FAKTEN dazu betrachten.

Die folgende Betrachtung wird, wenn auch verkürzt und vereinfacht, die GRÜNDE für das Scheitern des EURO erläutern.

Historische Betrachtung

- Bisher ist JEDE Gemeinschaftswährung (ca. 70) zerbrochen. Die Gründe sind IMMER die gleichen gewesen.

Wirtschaftliche Betrachtung Gründe des Scheiterns einer Gemeinschaftswährung

- Ignorieren wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten

Dazu folgendes Beispiel: Die Formel $1+1=2$ ist ein mathematisches Axiom (Gesetzmäßigkeit), jeder kennt sie. Damit ist man bereits zum Mond geflogen, baut Autos, Computer und viele andere Dinge.

Auch das physikalische Gesetz der Schwerkraft dürfte hinlänglich bekannt sein und hat noch heute seine Gültigkeit (auch für Physikerinnen, liebe Frau Merkel).

Das Ignorieren elementarer wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten durch die Politik und die Wirtschafts- und Finanzlobby führte uns bis heute in eine dramatische wirtschaftliche, und mehr noch, in eine ungeheure Finanzschieflage.



JEDE Gemeinschaftswährung ist zum Scheitern verurteilt, wenn Staaten mit gravierenden Unterschieden in der Wirtschaftskraft zu einem Währungsverbund zusammengeschlossen werden.

- Die Wirtschaftskraft eines Staates drückt sich hauptsächlich in dessen Zinsniveau aus. Je niedriger das Zinsniveau, desto stärker die Wirtschaftskraft.
- VOR Einführung des EURO lag das Zinsniveau der südlichen Euro-Staaten bei 14 bis 18 Prozent. In Deutschland lag es bei rd. 6 Prozent. So wurden nach Einführung des EURO die schwächeren Staaten massiv durch die stärkeren Staaten (Steuerzahler) subventioniert - sie „erhielten“ das gleiche niedrige Zinsniveau Deutschlands.

Aber statt den Staatshaushalt damit zu sanieren, gaben die „Schwach-Staaten“ das billige Geld mit vollen Händen aus. Das führte zu weiterer Verschuldung dieser Staaten - und führt früher oder später zur Erruption des Euro.

Aber auch die stärkeren EURO-Staaten mussten sich durch die Subventionierung der schwächeren Euro-Staaten zunehmend verschulden (=Transferunion) obwohl diese strikt durch die Maastricht-Verträge VERBOTEN ist (No-Bail-Out Klausel).

In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, dass die 17 EURO-Staaten zwischenzeitlich einen Gesamtschuldenstand von rd. 8,6 Billionen € aufgebaut haben - das sind durchschnittlich 1,98 Billionen je Euro-Staat.

Wahlplakat der CDU 1999

Was kostet uns der EURO?

a) Muß Deutschland für die **Schulden** anderer Länder aufkommen?



CDU

Ein ganz klares Nein! Der Maastrichter Vertrag verbietet ausdrücklich, daß die Europäische Union oder die anderen EU-Partner für die Schulden eines Mitgliedstaates haften.

Mit den Stabilitätskriterien des Vertrags und dem Stabilitätspakt wird von vornherein sichergestellt, daß die Nettoneuverschuldung auf unter 3% des Bruttoinlandsprodukts begrenzt wird. Die Euro-Teilnehmerstaaten werden daher auf Dauer ohne Probleme ihren Schuldendienst leisten können.

Eine Überschuldung eines Euro-Teilnehmerstaats kann daher von vornherein ausgeschlossen werden.

Die restlichen 10 EU-Staaten mit eigener Währung verzeichnen derzeit jedoch insgesamt „nur“ einen Gesamtschuldenstand von 2,41 Billionen € - das sind durchschnittlich 241 Mrd. €.

Bis heute sind bereits 5 EURO-Staaten (Griechenland, Zypern, Spanien, Portugal und Irland) unter den „Rettungsschirm“ geflüchtet. Ihre Wirtschaftskraft alleine

kann ihre Verschuldung nicht mehr auffangen. Ob die Milliarden, die in diese „Rettungsschirme“, immerhin unsere Steuergelder geflossen sind, je zurückgezahlt werden können, bleibt mehr als fraglich. Faktisch sind diese Staaten pleite. Und so werden die Forderungen an diese Staaten lediglich als Wert in den Büchern stehen - ohne realistische Chance, diese jemals einfordern zu können.

Frage an den geneigten Leser: Würden Sie einem insolventen Kunden noch gutes Geld hinterher



werfen? Und wir sollten uns auch die ehrliche Frage stellen:

- ❖ Ist eine Währung, die gerettet werden muss, wirklich noch stabil?
- ❖ Ist eine Währung, in der sich Sparen nicht mehr lohnt, erstrebenswert?

Das Thema EURO wird durch Politiker gerne als kompliziert dargestellt. Ist es aber nicht. Das Thema ist zwar vielschichtig, aber keineswegs kompliziert.

Es reicht der angeborene Menschenverstand, um diese Zusammenhänge zu verstehen, ganz ohne volkswirtschaftliches Studium. Denn wie auch die Physik auf strengen Gesetzmäßigkeiten beruht, so unterliegt auch eine Währung wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten.

- Eine Währung muss „atmen“ können, d.h. sie muss sich der Wirtschaftskraft ihres betreffenden Staates durch Auf- bzw. Abwerten anpassen können, damit sie

gegenüber anderen Staaten wettbewerbsfähig bleibt. Die EURO-Staaten sind jedoch im EURO „gefangen“ und können nicht ab- oder aufwerten.

- Staaten mit gleicher Währung müssen als Grundvoraussetzung eine vergleichbare Wirtschaftskraft besitzen. Diese differiert jedoch bis zu 60 Prozent!
- In einem gemeinsamen Währungsverbund müssen alle Staaten u.a. vergleichbare arbeitsmarktpolitische, fiskalische und rechtliche Voraussetzungen wie z.B. das Renteneintrittsalter besitzen. Das ist das notwendige Fundament einer Allianz.

Das „EURO-Haus“ wurde jedoch ohne Fundament errichtet. Es wackelt zunächst bis es letztendlich zerbricht.

Es ist deutlich - die unterschiedliche Wirtschaftskraft einiger EURO-Länder (Brutto-Inlandsprodukt BIP, Stand 2012):

- Irland 189 Mrd. €
- Portugal 161 Mrd. €
- Griechenland 189 Mrd. €
- Spanien 1.027 Mrd. €
- Italien 1.531 Mrd. €
- **Deutschland 3.400 Mrd. €**

Staatsanleihen (Schuldscheine) von EURO-Staaten, die bis 2020 fällig werden:

- Irland 64,2 Mrd. €
- Portugal 62,9 Mrd. €
- Griechenland 154,6 Mrd. €
- Spanien 222,4 Mrd. €
- Italien 575,9 Mrd. €

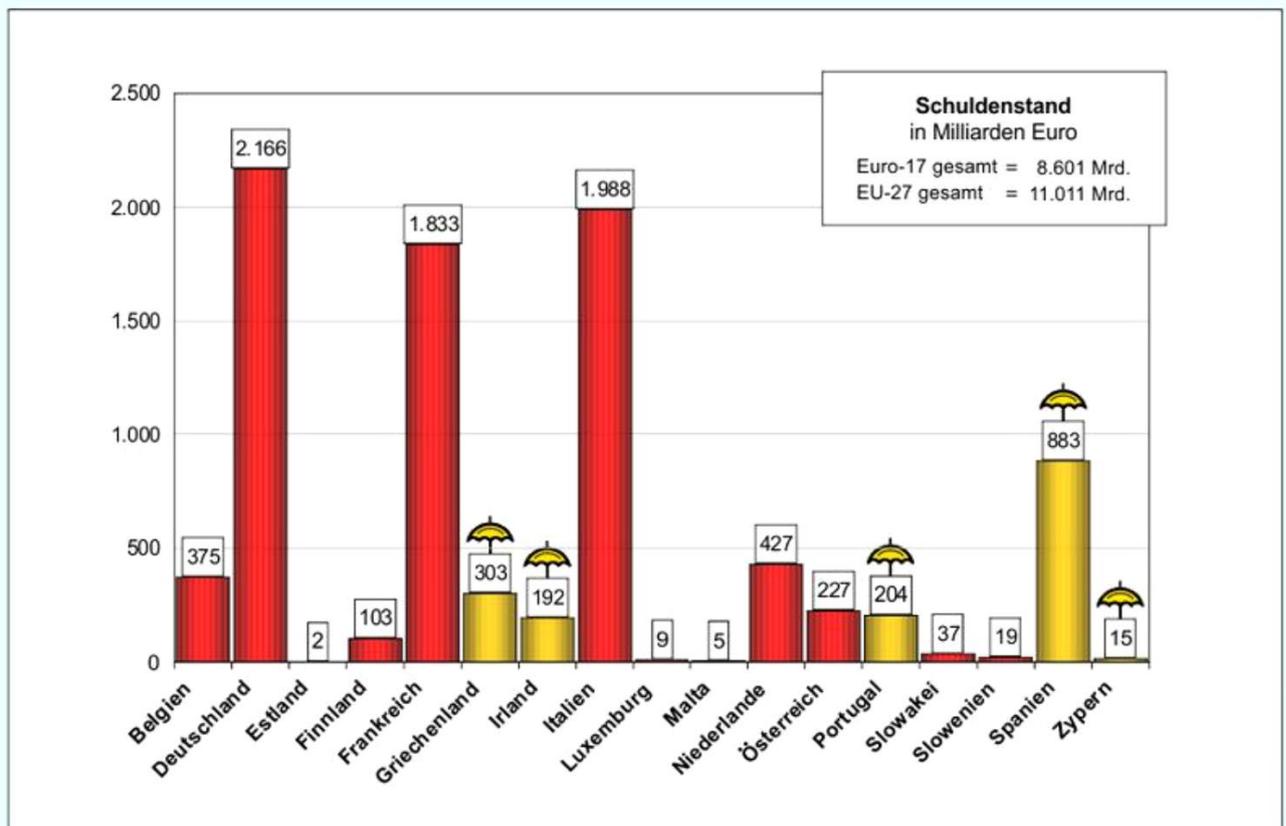
Anmerkung:

Die gesamte Staatsanleihen-Summe allein dieser Staaten übersteigt mit 1.08 Billionen € das gesamte Haftungskapital des sog. ESM mit insgesamt 700 Mrd. €. Und nicht zu vergessen: neben der Rückzahlung der fälligen Staatsanleihen wird ja auch noch der Rückbau der Staatsverschuldung nötig.

Es wird deutlich, weshalb die Europäische Zentralbank (EZB) seit geraumer Zeit (unrechtmäßig) massenhaft Staatsanleihen von Pleite-Staaten kauft:

- Das dient zum einen der Kosmetik, um die tatsächliche Staatsverschuldung zu verschleiern.
- Zum anderen „rettet“ es Banken und institutionelle Anleger, die bei einem sog. Schuldenschnitt wegen Zahlungsunfähigkeit massiv geschöpft würden.

Und so türmen sich die Schulden von Tag zu Tag auf, wird weiter „Geld gedruckt“ und somit die Inflation (= Entwertung des Geldes = schwindende Kaufkraft) angeheizt.
Bis zum finalen CRASH.



Zahlen für 2012, gerundet (Rundungsdifferenzen möglich) Länder unter dem Euro-Rettungsschirm

Datenquelle: Eurostat 17.05.2013

Hier nur wenige Beispiele aus dem EURO-Horrorkabinett:

Beteiligung von EURO-Volkswirtschaften an der bislang gewährten Finanzhilfe für **GRIECHENLAND**, Haftung in Mrd. Euro, (Stand: September 2012)

	1. Paket Euroländer	1. Paket IWF	2. Paket EFSF	2. Paket IWF	Summe
Belgien	2,0	0,4	2,8	0,0	5,1
Deutschland	15,3	1,2	21,5	0,1	38,2
Estland	0,1	0,0	0,2	0,0	0,4
Finnland	1,0	0,1	1,4	0,0	2,6
Frankreich	11,5	0,9	16,1	0,1	28,6
Griechenland	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1
Irland	0,2	0,1	0,0	0,0	0,4
Italien	10,1	0,7	14,2	0,1	25,0
Niederlande	3,2	0,4	4,5	0,0	8,2
Österreich	1,6	0,2	2,2	0,0	4,0
Portugal	0,7	0,1	0,0	0,0	0,8
Slowakei	0,0	0,0	0,8	0,0	0,8
Slowenien	0,3	0,0	0,4	0,0	0,7
Spanien	6,7	0,3	9,4	0,0	16,5

Der Aufkauf von Staatsanleihen erhöht für die Mitglieder der Währungsunion weiter das Haftungsrisiko. Jedes Land haftet gemäß seinem Anteil am Kapital der Europäischen Zentralbank.

Deutschlands Anteil beträgt etwa 27,1 Prozent. Sollte ein Land jedoch bankrottgehen und aus dem Euro

ausscheiden, würde sich der Anteil der verbleibenden Staaten und damit deren Haftungspegel weiter erhöhen. Käme es zu einem Ausscheiden Griechenlands, Portugals, Spaniens und Italiens, würde der Anteil Deutschlands am eingezahlten Kapital auf 41,7 Prozent steigen.

DIE FORMEL IST EINFACH

Je mehr Aufkäufe fauler Staatsanleihen, weiteres „Geld drucken“ durch die EZB und verantwortungslose „Rettungsschirme“:

- Je höher wird das Haftungskapital und die Inflation.
- Und umso teurer wird es (für die Steuerzahler).

DIE LÖSUNG

Raus aus dem Euro. Sofort. DAS ist alternativlos.

Anteile der nationalen Notenbanken der Eurozone am Kapital der EZB

	Eingezahltes Kapital in Mio. €	Kapitalanteil	... ohne GRC	... und PRT	... und ESP	... und ITA
Belgien	220,6	3,5 %	3,6 %	3,7 %	4,2 %	5,3 %
Deutschland	1.722,2	27,1 %	27,8 %	28,6 %	32,7 %	41,7 %
Estland	16,3	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,4 %
Finnland	114,0	1,8 %	1,8 %	1,9 %	2,2 %	2,8 %
Frankreich	1.293,3	20,3 %	20,9 %	21,5 %	24,5 %	31,3 %
Griechenland	178,7	2,8 %	–	–	–	–
Irland	101,0	1,6 %	1,6 %	1,7 %	1,9 %	2,4 %
Italien	1.136,4	17,9 %	18,4 %	18,9 %	21,6 %	–
Luxemburg	15,9	0,2 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,4 %
Malta	5,7	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Niederlande	362,7	5,7 %	5,9 %	6,0 %	6,9 %	8,8 %
Österreich	176,6	2,8 %	2,9 %	2,9 %	3,4 %	4,3 %
Portugal	159,2	2,5 %	2,6 %	–	–	–
Slowakei	63,1	1,0 %	1,0 %	1,0 %	1,2 %	1,5 %
Slowenien	29,9	0,5 %	0,5 %	0,5 %	0,6 %	0,7 %
Spanien	755,2	11,9 %	12,2 %	12,5 %	–	–
Zypern	12,4	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %

Quelle: Prognos 2012

Und um gleich noch mit einem Polit-Märchen aufzuräumen:

So wird vielfach behauptet, dass sich deutsche Produkte bei einem EURO-Ausstieg unverhältnismäßig verteuerten und die BRD gegenüber den EURO-Partnern nicht mehr wettbewerbsfähig sei.

Wie war das doch gleich vor Einführung des Euro? Da hat Deutschland doch tatsächlich 17-mal! aufgewertet. Und komisch: trotzdem war die DM (Deutsche Mark) Leitwährung UND die Deutschlands stärkste Wirtschaftskraft in Europa.

Und nachgedacht: wenn andere (EURO) Länder abwerten, werden auch deren Produkte preiswerter. Die Folge: wenn z.B. Italien um 30% abwertet, wird nicht nur der Cappuccino im Eiscafé um 30% billiger, sondern auch alle Produkte z.B. der Auto-Zulieferindustrie. Dies wiegt umso mehr, als dass deutsche Produkte im Schnitt nachweislich einen Anteil von ca. 40-50 Prozent Importanteil beinhalten. Die Beispiele können beliebig mit Ländern und Produkten fortgesetzt werden.

Aber seit Jahren wird uns Bürgern von der Politik der Mond als eckig verkauft, obwohl er bei eigener Betrachtung augenscheinlich rund ist!

WIE TEUER WIRD EIN AUSSTIEG AUS DEM EURO? DIE FORTSETZUNG DES HORRORSZENARIOS ?

Die folgenden Zahlen haben Sie vermutlich noch nie gesehen, schon gar nicht von einem Politiker gehört. Quelle: GED Global Economic Dynamics der Bertelsmann Stiftung. Im Rahmen einer Kurzstudie werden vier Szenarien betrachtet:

- ein Ausscheiden Griechenlands („Grexit“)
- ein Ausscheiden Griechenlands und Portugals („GP-Exit“)
- ein Ausscheiden Griechenlands, Portugals und Spaniens („GPS-Exit“)
- und ein Ausscheiden dieser drei Länder zusammen mit Italien („GPSI-Exit“).

Zunächst wird für jedes der vier Szenarien die direkte Budgetwirkung für die 42 größten Volkswirtschaften der Welt berechnet.

Die Budgetwirkung setzt sich zum einen aus den

- a) Verlusten für die öffentliche Hand in den übrigen Staaten zusammen. Diese haben im Zuge der verschiedenen Rettungspakete Haftung für Kredite der bankrotten Länder übernommen und müssen nun einen Teil ihrer Forderungen abschreiben.

(30. März 2012, in Mrd. Euro geschätzt).

Forderungen des deutschen Finanzsektors (Banken etc.) an den öffentlichen und privaten Sektor in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien

SCHULDNER >	Griechenland	Portugal	Spanien	Italien
Gläubiger Deutsche Banken	19,9	20,4	104,9	100

- b) Darüber hinaus muss auch die Europäische Zentralbank (EZB) Forderungen abschreiben. Dies betrifft zum einen die aufgekauften Staatsanleihen der betroffenen Länder und zum anderen die Target-Verbindlichkeiten innerhalb des Europäischen Systems der Zentralbanken.
- c) Die Verluste der Europäischen Zentralbank werden – gemäß dem jeweiligen Kapital-anteil – an die nationalen Zentralbanken des Eurosystems weitergereicht und belasten wiederum die nationalen Staatshaushalte.
- d) Des Weiteren ergibt sich eine Budgetwirkung auf privater Seite. Auch der private Bankensektor ist in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien finanziell engagiert. Gehen diese Länder bankrott und scheiden aus der Europäischen Währungsunion aus, müssen private Vermögen in den übrigen Ländern abgeschrieben werden.

ZUSÄTZLICHE RISIKEN

TARGET2-Salden der Eurostaaten im Eurosystem, jeweils letzter verfügbarer Datenbestand

Forderungen		Verbindlichkeiten	
	Volumen in Mrd. €		Volumen in Mrd. €
Deutschland	751,4	Spanien	-434,4
Niederlande	130,4	Italien	-289,3
Luxemburg	124,1	Griechenland	-105,0
Finnland	62,5	Irland	-97,9
Estland	0,7	Portugal	-72,5
		Österreich	-37,9
		Belgien	-35,8
		Zypern	-10,4
		Slowakei	-13,6
		Slowenien	-5,8
		Frankreich	-3,3
		Malta	-1,3

Prognos 2012, Quelle: Institute of Empirical Economic Research, Osnabrück

Im Zuge der Krise schwand jedoch in einigen Mitgliedsländern das Vertrauen in das Bankensystem, wodurch der Interbankenmarkt ernsthaft gestört wurde und private Refinanzierungsquellen zunehmend schwieriger zu finden waren. Um trotzdem den Liquiditätsbedarf abzudecken, der z. B. aus grenzüberschreitenden Warenkäufen oder Kapitalabflüssen resultiert, sprang an dieser Stelle verstärkt das Eurosystem ein.

Würde ein Land mit einem negativen Target2-Saldo bankrottgehen und aus dem Euro ausscheiden, könnte es bei der Europäischen Zentralbank zu Forderungsausfällen kommen. In einem solchen Fall würde der Forderungsverlust anteilig gemäß dem

jeweiligen Kapitalschlüssel an die nationalen Zentralbanken des Eurosystems weitergegeben werden.

Ein Euro-Austritt und Staatsbankrott würde nicht nur auf staatlicher Seite eine negative Budgetwirkung entfalten, sondern auch den Privatsektor in Mitleidenschaft ziehen. Der private Bankensektor, der sich in den betroffenen Ländern finanziell engagiert hat, müsste in diesem Fall zumindest einen Teil seiner Forderungen an den öffentlichen und privaten Sektor dieser Länder abschreiben.



Forderungsverluste des öffentlichen Sektors (Steuerzahler)

in den vier Szenarien unter Annahme eines 60-Prozent-Forderungsausfalls, in Mrd.Euro

	Grexit	GP-Exit	GPS-Exit	GPSI-Exit
Deutschland	-52,1	-74,9	-179,0	-308,1
Estland	-0,5	-0,7	-1,7	-2,9
Finnland	-3,5	-5,0	-11,9	-20,5
Frankreich	-39,1	-56,6	-134,8	-231,7
Griechenland	-0,1	-0,4	-0,4	-0,4
Großbritannien	-0,6	-2,6	-2,6	-2,6

Zunächst wird die Budgetwirkung eines möglichen Staatsbankrotts und Euro-Ausstiegs der betrachteten Länder für die öffentliche Hand (Steuerzahler) in den übrigen Staaten betrachtet. Sie müssten annahmegemäß 60 Prozent ihrer Forderungen abschreiben. An dieser Stelle wären vor allem die Mitglieder der Europäischen Währungsunion betroffen, denn sie haben den überwiegenden Teil der Haftung im Zuge der verschiedenen Rettungspakete übernommen. Zudem haften sie gemäß ihrem Anteil am Kapital der Europäischen Zentralbank für deren mögliche Verluste infolge von Forderungsausfällen bei Staatsanleihen und Target2-Verbindlichkeiten.

Wir nehmen an, dass auch der ausländische private Bankensektor im Falle eines Euro-Austritts und Staatsbankrotts eines oder mehrerer Länder mit Einbußen rechnen müsste. Er müsste jeweils 60 Prozent seiner Forderungen an den öffentlichen Sektor, den Bankensektor oder die Privatwirtschaft eines zahlungsunfähigen Landes abschreiben.

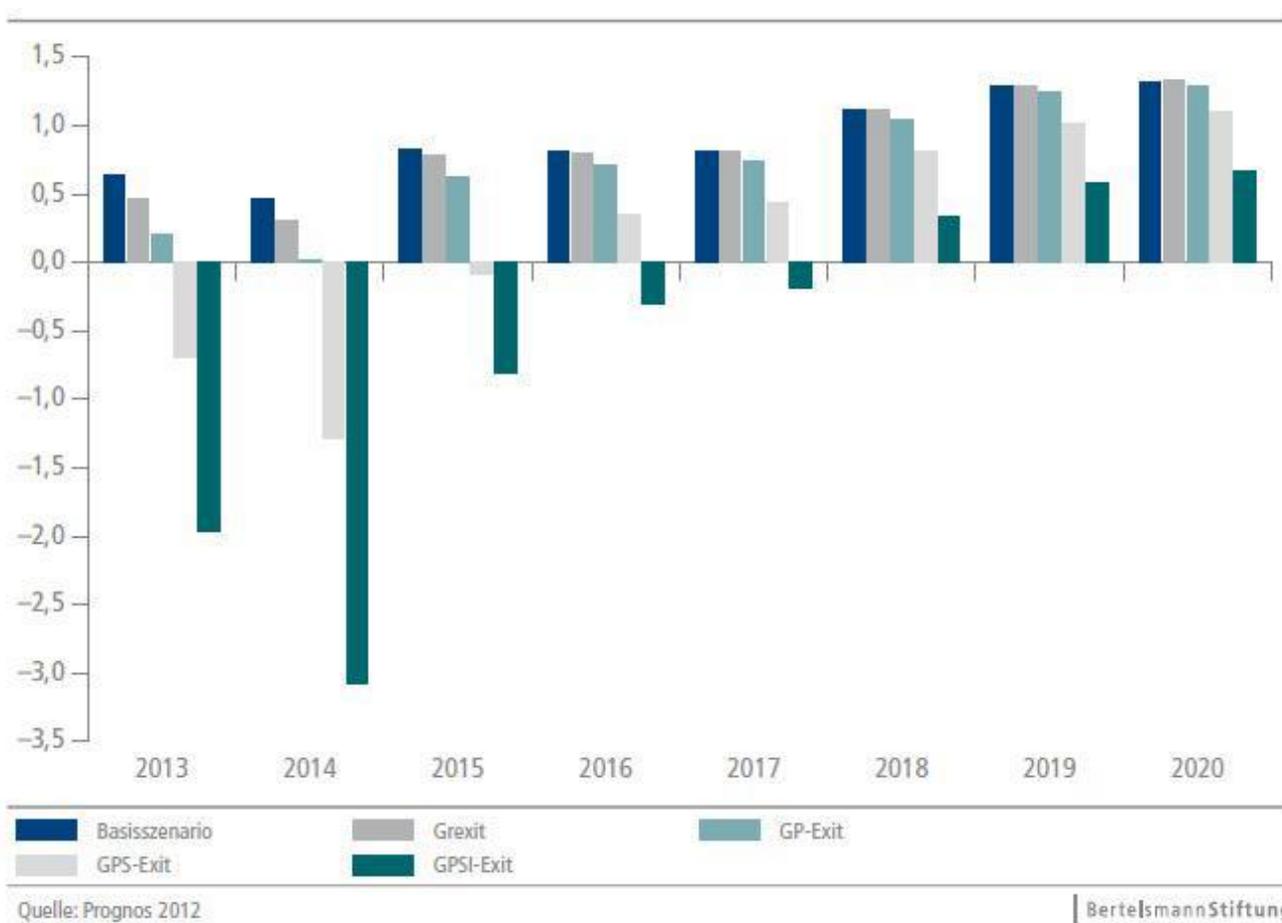
Die in absoluten Zahlen größten Forderungsverluste müssten Institute aus Deutschland und Frankreich hinnehmen. Französische Banken sind insbesondere sehr stark in Italien engagiert. Holländische, britische und portugiesische Banken sind vor allem in Spanien aktiv, spanische Institute wiederum in Portugal.

	Grexit	GP-Exit	GPS-Exit	GPSI-Exit
Deutschland	-12,0	-24,2	-87,1	-147,1
Frankreich	-15,8	-25,0	-77,0	-226,0
Griechenland	0,0	0,0	-0,1	-0,4
Großbritannien	-1,7	-10,6	-49,9	-75,7
Dänemark	0,0	-0,1	-0,9	-1,0

AUSWIRKUNGEN AUF DEUTSCHLAND

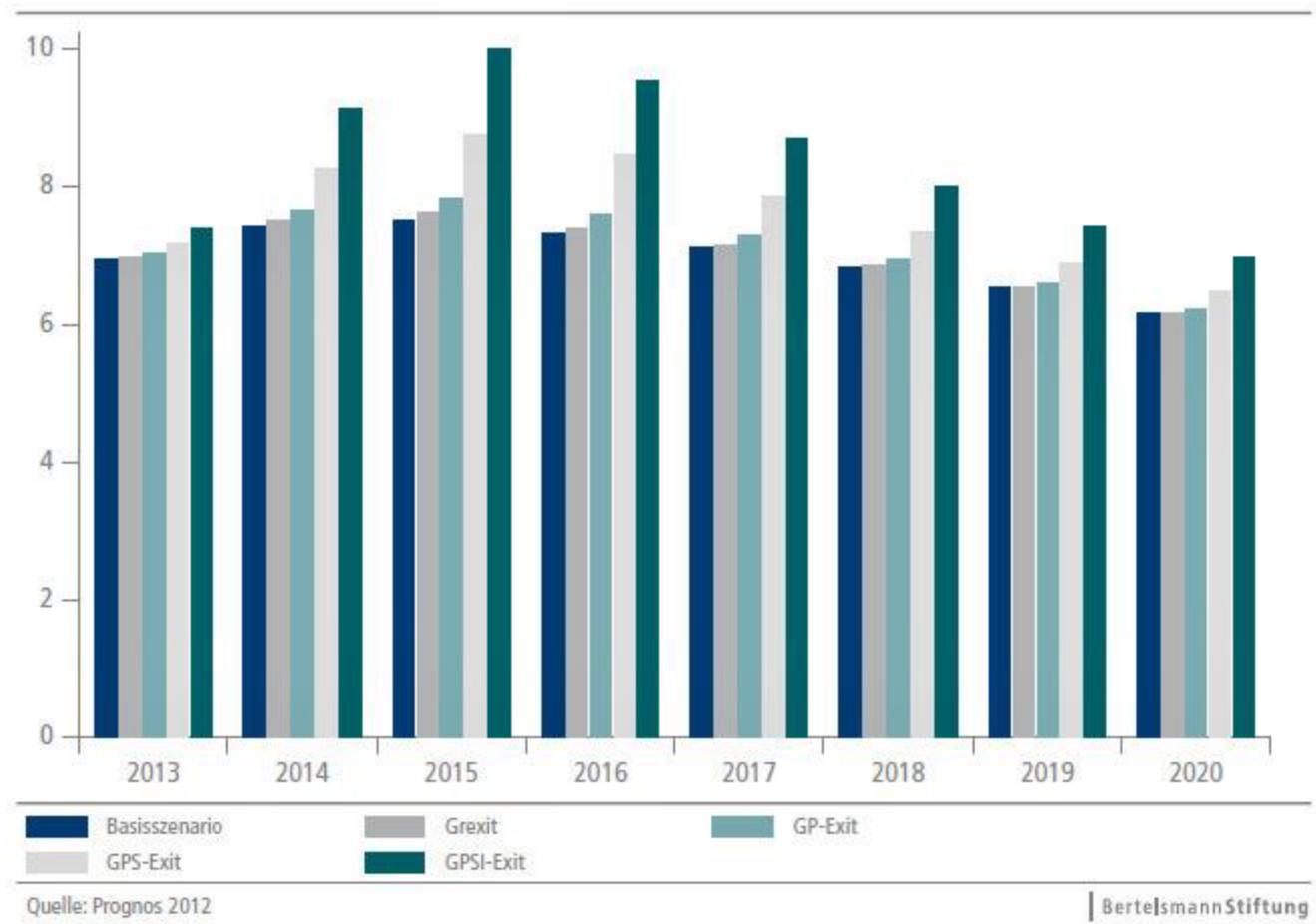
Im Folgenden werden die Auswirkungen der vier Szenarien auf die deutsche Volkswirtschaft dargestellt. Wie für die übrigen Länder gilt auch für Deutschland, dass die Auswirkungen eines Griechenlandsaustritts (Grexit) oder eines parallelen Ausscheidens Griechenlands und Portugals (GP-Exit) auf die Wachstumszahlen des deutschen Bruttoinlandsprodukts zwar spürbar wären, aber relativ überschaubar blieben.

Wirtschaftswachstum in Deutschland in den verschiedenen Szenarien, 2013–2020, in Prozent



Ein zusätzlicher Austritt Spaniens (GPS-Exit) würde die Dynamik des deutschen Wirtschaftswachstums deutlicher beeinträchtigen. Noch erheblich stärker fällt die Abschwächung im letzten Szenario aus (GPSI-Exit). Allein in den kommenden beiden Jahren würde die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts um 2,6 Prozentpunkte bzw. 3,5 Prozentpunkte gedrückt.

Prognostizierte Entwicklung der Erwerbslosenquote in
Deutschland in den vier Szenarien, 2013–2020, in Prozent



Bei einem Euro-Austritt Griechenlands oder Portugals würde sich die deutsche Erwerbslosenquote nur leicht erhöhen. Bei einem zusätzlichen Austritt Spaniens läge die Erwerbslosenquote in den kommenden Jahren um bis zu 0,8 Prozentpunkte höher als im Basisszenario. Stark negative Effekte hätte wiederum der zusätzliche Austritt Italiens: In diesem Fall würde sich die Erwerbslosenquote in Deutschland um bis zu 2,5 Prozentpunkte erhöhen. In absoluten Zahlen: Im am weitesten reichenden Szenario hätte Deutschland im Jahr 2015

mit einer Million Erwerbslosen mehr zu rechnen als im Basisszenario.

FAZIT

Die Ergebnisse der GED-Auftragsstudie prognostizieren ausschließlich die Auswirkungen der Austritte von vier schwachen EURO-Staaten: Griechenland, Portugal, Spanien und Italien. Die Studie befasst sich z.B. nicht mit dem alleinigen Austritts Deutschlands oder z.B. Finnlands, der Niederlande oder Österreich - alles (noch) „starke“ Nord-EURO-Staaten.

Solch ein Szenario führte zwangsläufig zu anderen Ergebnissen. Auch die völlige Auflösung der EURO-Zone bleibt unberücksichtigt. Oder die Spaltung in einen starken NORD-EURO und einen schwachen SÜD-EURO.

Erinnern wir uns: Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Rumänien, Russland, Polen, die Türkei und viele andere Staaten mehr, gingen seit 1960 bankrott. Die Türkei allein dreimal. Selbst Deutschland war 1923 als Spätfolge des ersten Weltkriegs insolvent. Und 1945 war Deutschland wieder als Kriegsfolge bankrott. Island erwischte es aufgrund der Finanzkrise 2008/2009 ebenfalls.

Und? Alle genannten Staaten existieren noch heute auf der Landkarte, weil sie sich durch Schuldenschnitte und andere Maßnahmen (Island u.a. durch Auflösung der Banken) und durch Abwerten ihrer Währung wieder sanieren konnten und damit wettbewerbsfähig wurden.

Wir müssen uns darüber klar werden:

- ❖ Je länger das EURO-Konstrukt in bisheriger Form weiter geführt wird, umso teurer wird es für den Steuerzahler. Die Schulden wachsen stetig weiter. Übrigens: die Maastricht-Verschuldungskriterien sind bis heute allein 80-mal gebrochen worden. Welchen Wert haben Verträge, die selbst durch die Unterzeichner missachtet werden?
- ❖ Jeder „Rettungsschirm“ erhöht ebenfalls die Belastung der Bürger, denn das Kapital fließt direkt in die Banken. Außerdem verlagern die „Rettungsschirme“ nur die Probleme in die Zukunft (unserer Kinder und Enkel). Das ist lupenreine Insolvenzverschleppung und die ist strafbewehrt.

Unsere Bundeskanzlerin zeigt überdeutlich, was sie uns zu bieten hat;

**EIN GROSSES LOCH.
SONST NICHTS!**

Lieber ein Ende mit Schrecken,
als ein Schrecken ohne Ende.



SO HAT DEUTSCHLAND WIRKLICH GEWÄHLT

Wahlergebnisse, die unter den Tisch fallen

Hand auf's Herz - können Sie auf Anhieb das deutsche Wahlsystem mit Erst-, und Zweitstimme und Überhangmandaten erklären? Und zwar so, dass es auch ein 10-jähriger versteht? Nein? Macht nichts - damit stehen Sie nicht alleine. Vielleicht halten Sie ja sogar unser Wahlrecht noch immer für demokratisch, selbst wenn das Bundesverfassungsgericht schon längst anders darüber geurteilt hat?

Ein gutes Beispiel liefert das Wahlergebnis der Bundestagswahlen am 22.09.2013.

Was würden Sie sagen, wenn die gültigen Wahlstimmen des **sechstgrößte Bundeslandes** am 22.09.2013 überhaupt nicht berücksichtigt worden wären?

Zählt man alle Zweitstimmen (die für die Parteien) der **FDP und AfD** zusammen, kommt man alleine auf über **4 Millionen Stimmen**. Das sind mehr, als das ganze Bundesland Sachsen an Einwohnern hat (sechsgößtes Bundesland). **Mehr als 4.000.000 Deutsche**, die zur Wahl gegangen sind und ihre gültige Stimme abgegeben haben, werden **wegen der Fünf-Prozent-Hürde keine politische Vertretung** im Bundestag haben. Zählt man die abgegebenen

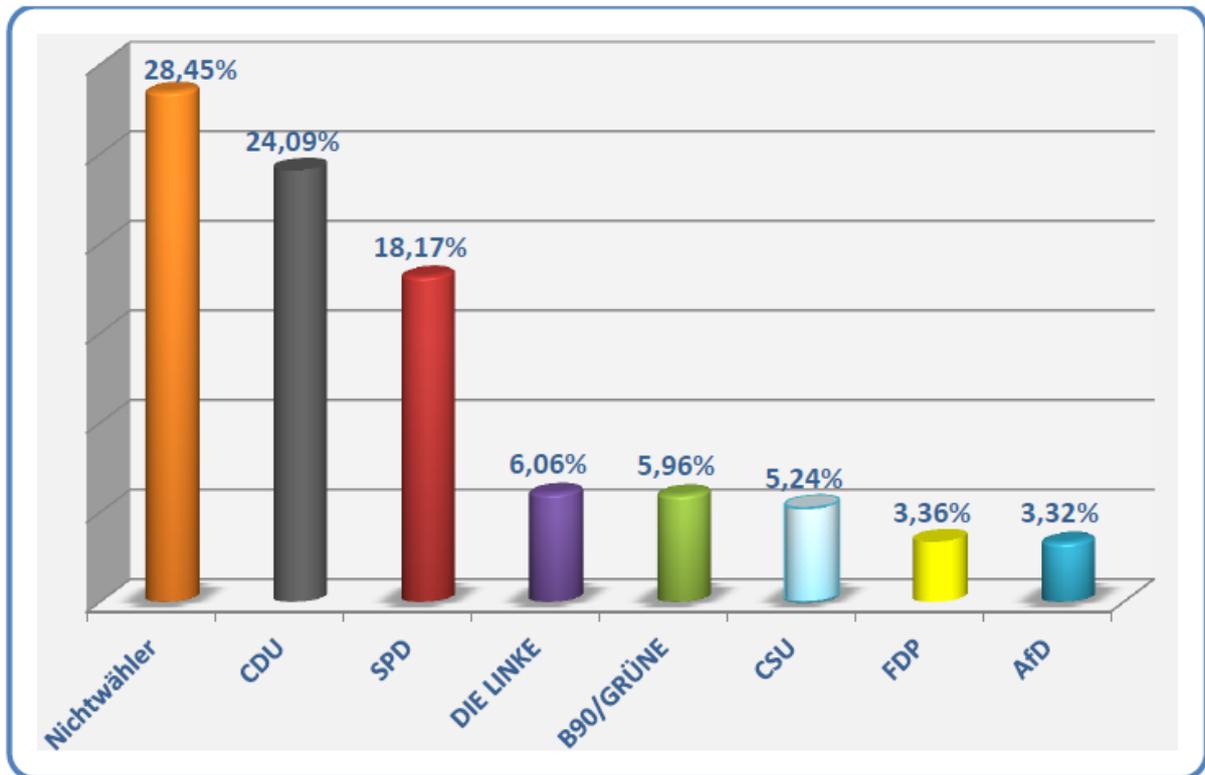
und gültigen Stimmen aller Parteien zusammen, die unter der 5-Prozentklausel liegen, kommt man sogar auf über **15 Prozent Wähler**, deren politisches Anliegen nicht gehört werden. **Sie werden ihrer Stimme beraubt**. Das betrifft immerhin **7.000.000 Bürger**.

DIE PARTEI DER NICHTWÄHLER - Wahlergebnisse, die unter den Tisch fallen

Nun wird wieder in den Medien spekuliert, „wer mit wem“ koalitiert. Dabei fallen, wie immer, viele Zahlen unter den Tisch. Nach wie vor ist die „Partei der Nichtwähler“, also derjenigen, die stimmberechtigt waren aber nicht wählten, die „stärkste Partei“ bei der Bundestagswahl 2013.

Im Bild auf der nächsten Seite 40 erkennen wir: Die große Koalition von **CDU/CSU und SPD** würde zusammen auf **47,50 Prozent** aller Stimmen von Wahlberechtigten kommen. Dies ist **weniger als die Hälfte** und errechnet sich aus 61.903.903 **Wahlberechtigten** sowie 29.404.535 Stimmen für die CDU/CSU und SPD. Wenn aber noch nicht einmal die Hälfte für eine solche nationale, große Regierung stimmt, **werden wir schlicht von einer Minderheit regiert**.

So sähe das richtige Wahlergebnis unter Berücksichtigung der „Nichtwähler“ aus



DIE FÜNF-PROZENT HÜRDE

Hier folgt ein Zitat aus „Deutsche Wirtschafts Nachrichten“ vom 23.09.2013:

Zitat: „(...) Die Fünf-Prozent-Hürde wurde aus der Erfahrung der Weimarer Republik eingeführt. (...) Nie wieder soll eine Diktatur möglich werden, weil das Parlament handlungsunfähig ist. Dieses Argument mag im historischen Kontext richtig gewesen sein. Doch im Jahr 2013 ist die Welt eine andere als nach 1945. Die Gesellschaft ist vielfältiger geworden. Parteien wie die Piraten und die AfD sind durch das Internet groß geworden. Sie artikulieren Interessen, die von den etablierten Parteien nicht gesehen werden. Ihre Anliegen sind legitim. Das Entstehen neuer Parteien ist ein

großes Glück für die Demokratie. Neue Parteien, die im Rahmen der Verfassung agieren, vertreten den **Wählerwillen**. Es ist ein gefährlicher Anachronismus, wenn diese Kräfte durch ein antiquiertes Wahlsystem von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen werden.

Dem Grundsatz der Gleichheit, also auch der Gleichwertigkeit jedes Wählers, muss auch in den Bundestagswahlen entsprochen werden. Denn **de facto** führt die Fünf-Prozent-Klausel dazu, dass das Verhältniswahlrecht in der Praxis in Deutschland heimlich in ein **Mehrheitswahlrecht** umgewandelt wird: Für die CDU/CSU hätten am Sonntag 42 Prozent zur absoluten Mehrheit gereicht.

Das ist eine krude Logik, die darauf hindeutet, dass das Wahlrecht reformiert werden muss. Denn in Deutschland ist es – anders als in der Schweiz – nicht möglich, den Wählerwillen mit Volksbegehren oder Volksabstimmungen durchzusetzen.

Damit werden Millionen Deutscher von der politischen Willensbildung ausgeschlossen. Die Mitwirkung im Bundestag hat bedeutende Vorteile für die Parteien: Sie erhalten Geld und vor allem Kontrollrechte. Sie bekommen Informationen, die sonst niemand bekommt (...).

Die grundlegenden Veränderungen, die in Europa in den kommenden Monaten anstehen, erfordern die **politische Legitimation von Gesetzen** und die wirksame **Kontrolle der Bundesregierung (...)**. Drei Prozent, oder wie in Österreich vier Prozent, machen das Parlament nicht handlungsunfähig. Sie tragen dem



Wählerwillen Rechnung. Das ist der Sinn von Wahlen. (...) Ist das nicht der Fall, widerspricht das dem vom Bundesverfassungsgericht geforderten Prinzip, dass die **Abgeordneten im Bundestag den Wählerwillen widerspiegeln muss**“. Zitat Ende.

OPPOSITION - NEIN DANKE

Sollte es nach der Bundestagswahl zu einer großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD kommen, könnte sie tun und lassen was sie wollte. Die Bundesrepublik Deutschland hätte keine handlungsfähige Opposition mehr. Weshalb?

630 Sitze gibt es im Bundestag, nach der Wahlniederlage der FDP bleiben nur vier Fraktionen. CDU/CSU und SPD hätten 503 Plätze, Linke und Grüne 127. Die „Opposition“ von Grünen und Linken hätte nicht genügend Stimmen. Für etliche Möglichkeiten der **parlamentarischen Regierungskontrolle** wird laut Grundgesetz mindestens die Unterstützung von **einem Viertel der Abgeordneten** benötigt.

- Eine **Kontrolle** ist ohne wirksame Opposition kaum noch möglich. Dass zum Beispiel die Kunduz- und die Drohnenaffäre untersucht wurden, lag an Forderungen der Opposition. In Zukunft hätten Linke und Grüne allein keine Chance, solche Ausschüsse ins Leben zu rufen - ihnen fehlen die nötigen Stimmen dafür.
- **Untersuchungsausschüsse** (Art. 44 Grundgesetz) benötigen ein Viertel der Abgeordneten Stimmen. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Opposition dafür gesorgt, dass die Regierung sich für das Drohnendebakel rechtfertigen musste, für die Pannen bei den Ermittlungen gegen die NSU-Terroristen und für den Luftangriff bei Kunduz.
- 2011 haben zum Beispiel SPD und Grüne gegen die verlängerten Atomlaufzeiten geklagt. Das war möglich, weil die Opposition die Chance, ein sogenanntes **Normenkontrollverfahren** einzuleiten, bei dem das **Bundesverfassungsgericht** überprüft, ob Bundesgesetze mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Auch **Sondersitzungen** des Bundestags könnte die Opposition nicht einberufen, dafür wären 210 Stimmen nötig.



Willi Brandt gab einmal die Losung aus: „**Mehr Demokratie wagen**“. Ganz offensichtlich will die Mehrheit der bundesdeutschen Wähler dieses „Wagnis“ nicht eingehen. Ob sie auch bedacht haben, dass sie mit ihrem Votum der „Alternativlosigkeit“ der Euro-Rettung durch rechtsbrecherische Transferzahlungen von Steuergeldern an Pleite-Staaten, den kriegerischen Einsätzen in Afghanistan u.v.a. zugestimmt haben?

Vielleicht sollte man ernsthaft über die Forderung des Rechtswissenschaftlers Ulrich Battis nachdenken, eine Drei-Prozent-Hürde ins Bundeswahlgesetz aufzunehmen, der die Fünf-Prozent-Sperrklausel bei Wahlen in Deutschland für nicht vereinbar „mit dem Grundsatz der Demokratie“ hält (s. Interview mit Deutschlandradio Kultur).

DARAUF KÖNNEN SIE VERZICHTEN

Inzwischen dürfte es hinlänglich bekannt sein, dass wir unser deutsches Staatsfernsehen (ARD, ZDF) durch die GEZ zwangsfinanzieren. Daher ist es auch kaum verwunderlich, dass sich sogenannte „Talkrunden“ bei Anne Will, Günther Jauch u.ä. in ihrem „Diskurs“ und der Dramaturgie ähneln.

Weshalb Sie sich, wenn nicht schon geschehen, solche „Diskussionsrunden“ als Propagandatransfermedien für die etablierten Parteien zukünftig sparen können, und stattdessen lieber noch einmal mit Ihrem Hund Gassi gehen sollten, beschreibt der folgende Artikel der „Deutschen Wirtschaftsnachrichten“ vom 26.09.2013.

[Hier der Artikel](#)

„Das Ende der Lifestyle-Demokratie

Euro-Debatte im Staats-TV: Ein System demaskiert sich selbst“

„Bei einer Diskussion in der ARD wurde deutlich: Die Euro-Retter in Deutschland stehen auf verlorenem Posten. Zumindest wenn es um die Argumente geht. Der muntere Professor Lucke mischte die Runde auf - obwohl eigentlich eine glatte Diffamierung geplant war. Am Ende blieben den Eliten nur noch Gehässigkeiten. Die Republik ändert sich. Und das tut den vermeintlich Mächtigen sichtbar weh.



Eigentlich war die Dramaturgie der Sendung Anne Will auf einen Heimsieg angelegt: In der Diskussion am Mittwoch in der ARD sollte es um den Euro gehen – das heißt, um die pathetische Verteidigung des Status Quo. In der **Logik des Staats-Fernsehens**: Es geht um die Diskreditierung all derer, die sich kritisch mit der Milliarden schweren Alternativlosigkeit jener auseinandersetzen. Es geht um die Unterstützung derer, denen es nicht um den Euro, sondern um den Machterhalt geht.

Die Personen der Handlung: Edmund Stoiber (CSU), Gesine Schwan (SPD), ein Kabarettist und ein erfolgreicher Lifestyle-Journalist aus dem Hause Axel Springer.

Damit sollte die Party auf sicherem Boden bleiben: Immer wieder werden Kabarettisten eingeladen, damit politische Diskussionen zu später Stunde nicht nahtlos in den Schlaf übergehen.

Die Journalisten des Springer-Konzerns sind per Arbeitsvertrag verpflichtet, nicht kritisch über die Nato und die unendlichen Segnungen der transatlantischen Freundschaft zu schreiben – daher ist von dieser Seite auch nichts Unvorhergesehenes zu befürchten.

Weil aber das Staats-Fernsehen auch nicht ganz übersehen kann, dass es bei der Bundestagswahl vor gerade mal drei Tagen mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine Partei aus dem Stand fast den Einzug in den Bundestag geschafft hatte, wurde auch Bernd Lucke eingeladen, der Hamburger Professor, der als Spitzenkandidat der AfD schon seit längerem eine freundliche Aufnahme bei den Öffentlich-Rechtlichen erfährt.

Lucke wurde zunächst am Katzentisch platziert.

Also dort, wo die GEZ-Sender in der Regel ihren Tribut an den Voyeurismus des Privatfernsehens zollen. Dort sitzen in der Regel die „Betroffenen“. Ihnen werden einige Minuten der Diskussion zugedacht. Damit die Mächtigen dokumentieren, dass es ihnen sehr wichtig ist zu hören, was die „Menschen da draußen“ denken.

Die plumpe Dramaturgie kam jedoch erstmals ins Wanken, als die ARD einen Beitrag zur AfD einspielte. Und natürlich, es kann ja nicht plump genug sein, wurde die AfD in dem Beitrag ins rechtsextreme Eck gerückt: Ein schon seit längerem für den Sender immer wieder als Experte bemühter „Politikwissenschaftler“ nahm ein Plakat der AfD zum Anlass, um zu dokumentieren, dass die Gedanken der AfD rechtsradikal seien. Das Plakat, das sicher keinen Preis für differenzierte Politik erhalten wird, sagt: „Einwanderung ja, aber nicht in unser Sozialsystem.“

Doch die Produzenten der Sendung hatten Lucke sträflich unterschätzt: Der Professor las nämlich als Replik auf den Vorwurf aus dem

Parteiprogramm der CDU vor. Dort steht fast wörtlich dasselbe.

Da kam erst einmal Stoiber kräftig ins Schwitzen: Der Vorsitzende der EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratie-Abbau konnte nicht gut vor laufender Kamera die Stamm-Klientel der CSU desavouieren. Also erklärte er wortreich, dass es schon ein Problem werden könnte, wenn aus Bulgarien und Rumänien zu viele Menschen kommen und sich der hoch verschuldete deutsche Haushalt das nicht unbegrenzt leisten kann.

Die ARD versuchte es mit einem zweiten Anlauf: Sie spielte in mehrfacher Wiederholung einen Auftritt von Lucke ein, wo der, etwas siegestrunken und nicht sehr gut überlegt, davon sprach, dass der Erfolg der AfD eine Antwort der „Entartung“ der Demokratie sei. Lucke verteidigte seine Wortwahl nicht besonders geschickt. Etwas akademisch zog er einen Vergleich mit dem Wortgebrauch von Ärzten, die bei einem Krebsgeschwür auch von „entarteten Zellen“ sprächen.

Er wollte damit sagen: Man könne ein Wort nicht verbieten, nur weil es die Nazis verwendet haben. Das ist jedoch im politischen Geschäft falsch, weil man ein so belastetes Wort als Politiker nicht verwenden sollte. Es gibt andere Worte, um auf Fehlentwicklungen hinzuweisen. Ein Politiker sollte auch nicht den Stinkefinger zeigen. Solch ungeschriebene Regeln gibt es. Das müssen Profis wissen. Dieser Filmbeitrag und Luckes ungeschickte Verteidigung waren eine Vorlage für Gesine Schwan: Sie fand das ganz schrecklich, dass man die Demokratie mit einem Krebsgeschwür vergleiche.

Doch der Konter der politischen Profi-Frau verfiel nicht.

Denn Lucke bestand darauf, dass es Unsinn sei, über ein Wort zu diskutieren anstatt über die Sache. Lucke donnerte, nun nicht mehr lächelnd, los: Er finde es für eine verheerende politische Fehlentwicklung und eine Zerstörung der Demokratie, wenn die Bundesregierung

dem Parlament Papiere im Umfang von mehreren hundert Seiten vorlegt, über das die Abgeordneten, die eigentlich nur ihrem Gewissen verpflichtet seien, in wenigen Tagen abzustimmen hätten.

Und zwar alternativlos.

Der engagierte Vortrag von Lucke veranlasste Anne Will schließlich, den Professor vom Katzentisch zu holen.

Und plötzlich saß der, den man eigentlich als Paria entlarven wollte, inmitten einer großen, bundesdeutschen Koalition aus Parteien, Unterhaltung und Medien – und brachte die Runde an den Rand des Abbruchs.

Obwohl alle Beteiligten versuchten, den ungebetenen Star-Gast mit Durchhalte-Parolen niederzureden (Populist, Nationalist, Chauvinist, Europa ist groß!, Europa hat uns nur gutes gebracht!, Wenn wir das tun, was Sie sagen, gibt es Millionen Arbeitslose!) **brachte Lucke mit ein paar richtigen Sätzen das ganze Propaganda-Gewitter zum Abzug.**

Lucke sagte, dass nicht Deutschland unter dem Euro leide, sondern die Völker im Süden Europas. Es sei die Aufgabe aller politischen Parteien, im nationalen Interesse ihrer Völker zu handeln – auch in Deutschland. Darauf leistet der Bundeskanzler sogar seinen Amtseid. Die Euro-Kritiker kommen aus allen Teilen des politischen Spektrums: Aus der FDP, von den Linken, von der CDU.

Stoiber war fassungslos.

Er sagte, dass es rechts von der CSU nichts gäbe, und dass die zwei Millionen Wähler der AfD eine „vernachlässigbare Größe“ seien.

Der Springer-Journalist nannte immer wieder den Namen seiner Zeitung und griff nach seinem Wasserglas. Er sagte, dass er, der Journalist – wiewohl mit einer „gewissen Intelligenz“ ausgestattet, den „hoch-intelligenten“ Professor nicht verstehe.

Der Kabarettist sagte, die AfD sei rechtsradikal, weil er beim Lesen des Parteiprogramms das Gefühl gehabt habe, sie sei rechtsradikal.

Der Lifestyle-Experte sagte – und da war er wirklich in seinem Element: Wenn jemand etwas so empfindet, wie es der andere nicht gesagt hat, habe der, der es gesagt hat, trotzdem Unrecht. Frau Schwan bewahrte die Contenance und sagte, dass die überfallsartige Rettungs-Politik im Deutschen Bundestag wirklich keine gute Sache gewesen sei.

Anne Will: Sie moderierte fair, weil sie offenbar gemerkt hat, dass das System gewaltig unter Druck geraten ist. (Screenshot: ARD)

Es war ein klassischer „Zusammenprall der Kulturen“: Auf der einen Seite saßen die System-Erhalter und waren völlig außer sich, dass jemand eine andere Meinung vertritt als das, was in den vergangenen Jahren als verpflichtender Sprach- und Denk-Gebrauch von der Meinungsindustrie und der politischen Oligarchie für verbindlich erklärt worden war.

Sie konnten es nicht fassen, dass das **Publikum**



immer wieder bei Lucke klatschte, dass Lucke sich das Recht, einen Gedanken auszuformulieren, erstritt, ohne unhöflich zu werden oder zu schreien.

Und sie waren allesamt völlig perplex, dass es ihnen trotz der guten Vorbereitung der „Diskussion“ durch das ihnen gehörenden Staats-TV nicht gelang, Bernd Lucke als den legitimen Erben Adolf Hitlers darzustellen.

Am Ende kippte die Stimmung gegen das Establishment. Trotz der mitgebrachten Claqueure, wurden **Stoiber und der Kabarettist ausgebuht.**

Das kommt bei Anne Will – die sich im Übrigen durchaus fair verhielt – so gut wie nie vor. Die Leute buhten, als beim Establishment die Masken fielen.

Stoiber sagte, Lucke könne nur dort verstanden werden, wo er sich mit seinen Anhängern herumtreibe – im Bierzelt. Murren im Publikum. Der Kabarettist, der das letzte Wort haben

wollte, sagte: „Herr Lucke. Sie haben mich als Meister der Polemik bezeichnet. Dann sage ich Ihnen, was Sie sind: Ein Westentaschen-Demagoge!“. **Lauter Protest im Publikum.**

Das System war an seinem Tiefpunkt angekommen. **Die Leute verwehren den „Eliten“ das Lachen und den Applaus, wenn sie einen Andersdenkenden verspotten.** An diesem Punkt war klar: Die Bundestagswahl hat die Republik verändert. Die Kaiser sind nackt. Wir sehen eine sprachlose Ignoranz, deren Existenz wir bisher nur vermutet hatten. Und wir stehen erst ganz am Anfang“.

GELD REGIERT DIE WELT. ABER WER REGIERT DAS GELD?

Glauben Sie etwa immer noch, dass Banken die Gelder ihrer Kunden verleihen? Oder dass Sie keine Zinsen zahlen, wenn Sie grundsätzlich alle Anschaffungen aus dem Ersparten bezahlen und keinen Kredit aufnehmen?

Dann unterliegen Sie, wie viele andere auch, einem kapitalen Irrtum. Dieser Bericht beschreibt die elementaren Ursachen aller Verwerfungen auf den Weltmärkten und der Politik.

Ein großer Teil unseres Lebens dreht sich um Geld. Aber wussten Sie auch, dass jeder Geldschuld auch ein entsprechendes Geldguthaben gegenüber steht? Meine Schuld = Dein Guthaben.

- Sie zahlen für jede von Ihnen gekaufte Ware indirekt ZINSEN, denn der jeweilige Hersteller, Händler und Zwischenhändler überträgt seine eigenen Zinskosten auf den Preis. Zum Beispiel beträgt dieser Zinsanteil bei der Strom-erzeugung ca. 38 Prozent; beim sozialen Wohnungsbau sogar rund 80 Prozent.
- Zinsen zahlen Sie auch über Steuern und Abgaben. Beispielsweise beträgt der Schuldenstand der Bundesrepublik Deutschland zurzeit rund 2,1 Billionen Euro. Für diese Schulden müssen Sie als BÜRGER „bürden“. Die Zinsen, die der deutsche Steuerzahler für die Bundesschulden zahlen musste, betragen im Jahr 2012 rund 32,5

Milliarden Euro und sind bereits der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt. Sie sind also indirekt der Schuldner und somit verantwortlich für die Rückzahlung der Schulden und vor allem für die Zinszahlung. Merken Sie etwas? Kredit und die daraus erfolgende Zinsbelastung berührt Ihr Leben viel mehr, als Sie es bisher vielleicht geahnt haben – auch wenn Sie persönlich gar keinen Kredit aufgenommen haben.



MEINE SCHULD = DEIN GUTHABEN

Geld entsteht durch Kredite

Viele Menschen glauben, dass Geld vom Staat einfach gedruckt und beliebig erzeugt wird. Das ist jedoch grundlegend falsch. Die Wahrheit ist: Nur rund 2% des sich im Umlauf befindlichen Geldes sind vom Staat geschaffene Münzen und Geldscheine (Geldschein = Scheingeld!).

Die Frage lautet: Wie kommen die restlichen 98% des Geldes zustande? Antwort: Geld kommt nur, und das ausnahmslos, über Kredite zustande! Das bedeutet:

Banken lassen über die jeweiligen Noten- / Nationalbanken GELD entstehen, indem Sie Kredite an Staaten, Privatpersonen und Firmen gewähren.

Und dieses Geld verschwindet wieder, wenn der Kredit zurückbezahlt wurde. Die Praxis zeigt aber, dass Kredite in den wenigsten Fällen zurückbezahlt werden. Denken Sie an Staatsschulden, auch diese werden nicht zurückbezahlt, sondern es wird ein neuer, höherer Kredit aufgenommen, um den alten Kredit, oft sogar noch mit aufgelaufenen Zinsen, zurückzuzahlen.

Wenn ein Staat also mehr Geld braucht, man nennt das auch Neuverschuldung, leiht er sich das Geld bei der Bank gegen Zinsen. Die Zinsen aber zahlen, wie eingangs erwähnt: Sie!

Aufgrund von Kundeneinlagen bzw. Verpfändungen (z.B. hypothekarisch abgesicherte Darlehen) kann die Bank bei der jeweiligen Noten-/Nationalbank das bis zu **9-fache an neuem Kredit schöpfen** und gegen Zinsen verleihen. Im Euro-Raum hat die Summe der gesamten Geldmenge inzwischen das **11-fache des physischen Geldes** erreicht.

Man nennt diese **leistungslose Kreditschöpfung** auch *Fiat Money* = „Es werde Geld!“. Und zwar aus dem Nichts. Das bewirkt aber, dass die Geldmenge sich mehr und mehr von der Realwirtschaft abkoppelt und irgendwann den Zusammenbruch des Systems verursacht.

**GELD entsteht aus dem NICHTS.
Durch einen reinen Buchungssatz
(Buchgeld bzw. Giralgeld).
Ich verleihe Virtuelles, um Reelles
zu ernten.**

Diesen Zusammenbruch versucht man momentan z. B. in Griechenland mit allen Mitteln aufzuhalten. Hunderte von Milliarden wurden in den letzten Monaten nach

Griechenland gepumpt, um „Griechenland zu retten“. Wissen Sie, wo all dieses Geld angekommen ist? Es wurde **am gleichen Tag zurücküberwiesen an die Gläubigerbanken**, die Griechenland in guten Zeiten Geld geliehen hatten. Die Bevölkerung hat von diesem Geld gar nichts gesehen. Ihr geht es aber jetzt viel schlechter als vor der Krise.

- **Dies zeigt uns eines:** Wenn Kredite über neue Kredite zurückbezahlt werden, ist das vergleichbar mit einem Hausbrand, der mit Benzin gelöscht wird, da die Kreditsumme weiter steigt und die Zinszahlungsbelastung für die Bevölkerung unerträglich wird.

Wer ist Nutznießer dieser Zinszahlungen?

Leider fragt sich kaum jemand, WER eigentlich von diesen immensen Zinszahlungen profitiert, obwohl dies die Schlüsselfrage ist. Dazu muss man einen kleinen Blick in die Geschichte werfen.

So wie Jakob Fugger (auch genannt Jakob der Reiche, 1459-1528) im Mittelalter die halbe Welt durch Kredite an ausgabenwütige Herrscher unter seine Kontrolle brachte, haben es große Familien wie **Rockefeller, Rothschild, Morgan, Loeb & Partner und andere** mit der Gründung der **privaten amerikanischen Notenbank FED** (Federal Reserve Bank) im Jahre 1913 geschafft, die Welt mittels der Kontrolle des US-Dollars zu unterjochen. Der bekannte amerikanische Journalist William Dean A. Garner (u.a. für die New York Times), fand in jahrelanger Recherche heraus, dass fast alle Nationalbanken von einer einzigen privaten Familie kontrolliert werden.

Ein Krimi - Die Entstehung der Federal Reserve Bank (FED)

Ende des 19. Jahrhunderts erlebte die amerikanische Wirtschaft eine der schlimmsten Finanzkrisen, durch Bankzusammenbrüche und mehrfache Geldsystemschwankungen. Um 1900

Würden die Menschen
das Geldsystem verstehen,
hätten wir eine Revolution
noch vor morgen früh.
(Henry Ford)

wurden die Grundlagen für die Errichtung einer privaten Notenbank in den USA geschaffen.

Der Vorschlag für die Zentralbank stammte von dem **deutschen Bankier Paul Warburg**. Ursprünglich Teilhaber des Bankhauses Warburg in Hamburg, heiratete Paul Warburg 1893 während eines Aufenthalts in den USA die Tochter des Salomon Loeb vom **New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.**, das ihn und seinen Bruder Felix 1902 als Partner in die Bank (1977 zu **Lehman Brothers** fusioniert) holte. Die Finanz- und Bankenkrise im Herbst 1907, die 243 Banken in den Abgrund riss und wenige Monate zuvor unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer Zentralbank wie zufällig von dem Bankier **John Pierpont Morgan** angekündigt wurde, bereitete den Boden.

Von der Kuhn-Loeb Bank großzügig mit einem Jahressalär von 500.000 Dollar ausgestattet, war Paul Warburg nach der Bankenkrise sechs Jahre damit beschäftigt, eine »Bankreform« zu propagieren und vorzubereiten, wobei er von **Nelson D. Aldrich** unterstützt wurde, dem Schwiegervater des ersten amerikanischen Milliardenerben **John D. Rockefeller junior**,

„Es gibt zwei Möglichkeiten eine
Gesellschaft zu besiegen und zu
versklaven: Mit dem Schwert, oder
mit Verschuldung.“

John Adams, zweiter Präsident der
Vereinigten Staaten von Amerika.

bekannt als der Steigbügelhalter des **Bankiers J. P. Morgan** im Senat.

In einem von Senator Aldrich im November 1910 einberufenen geheimen Treffen auf dem Morgan-Besitz auf Jekyll-Island in Georgia, texteten Warburg und je zwei Bankiers von J. P. Morgan und der Rockefeller-Gruppe binnen einer Woche eine Gesetzesvorlage.

Später nützten sie dann die Präsidentschaftswahlen 1912, um den demokratischen Kandidaten **Woodrow Wilson** mit üppigen Geldspenden ins Präsidentenamt zu hieven.

Nach außen hin gab er sich im Wahlkampf noch als Gegner des „**Wall Street Money Trusts**“ und versprach dem Volk ein Geldsystem, das frei von der Herrschaft der internationalen Bankiers der Wall Street sein sollte.

Doch die **Schiffs, Warburgs, Kahns, Rockefellers und Morgans** hatten auf das richtige Pferd gesetzt. Unter dem verharmlosenden Titel „**Federal Reserve Act**“, der angeblich den Wall-Street-Plan einer Zentralbank zunichtemachte, schleusten sie die geringfügig umformulierte Textierung von Jekyll-Island über Mittelsmänner der demokratischen Fraktion mit Unterstützung von **Präsident Wilson** durch die Ausschüsse im Kongress zur Abstimmung **am 23. Dezember 1913**. Also an dem Tag, als bereits viele ahnungslose Abgeordnete ihren Weihnachtsurlaub angetreten hatten und kaum jemand die Gesetzesvorlage zuvor auch tatsächlich gelesen

hatte. **Die wenigen Abgeordneten, die das üble Spiel durchschauten, fanden zu wenig Gehör.**

Der Konservative **Henry Cabot Lodge sen.** prophezeite vorher in weiser Voraussicht „*eine gewaltige Inflation der Zahlungsmittel*“ und dass „*die Goldwährung in einer Flut von nicht einlösbarer Papierwährung*“ ertrinken werde. Nach der Abstimmung sagte Charles A. Lindberg sen., der Vater des berühmten Fliegers, vor dem Kongress: „**Dieses Gesetz etabliert das gigantischste Kartell auf Erden (...) dadurch wird die unsichtbare Regierung der Geldmacht legalisiert sein (...)** Dies ist die verkleidete Aldrich-Gesetzesvorlage (...) Das neue Gesetz wird Inflation erzeugen, wann immer das Kartell die Inflation wünscht.“

"Gebt mir die Kontrolle über das Geld einer Nation und es kümmert mich nicht länger, wer die Gesetze macht."

Mayer Amschel Rothschild (1790)

Tatsächlich wurde das gesamte Zentralbankkonzept von jener Gruppe eingefädelt, die ihrer Macht beraubt zu werden schien:



Der Kernpunkt des Gesetzes waren staatliche Vollmachten, die den privaten Gründungsbanken einen immerwährenden jährlichen Milliardenprofit sicherten und zugleich dafür sorgten, dass sich keine amerikanische Regierung Sorgen um das Staatsdefizit machen muss, solange die Herrn im Nadelstreifen auf der Seite der Regierung stehen und jederzeit die Druckerpresse in Gang setzen.

Damit verwandeln sie zuvor praktisch wertloses Papier in Dollarnoten und leihen diese gegen eigenmächtig festgesetzte Zinsen an die USA (sowie inzwischen auch weitere Staaten) und andere Banken. Auch vor der Einrichtung

des Notenbanksystems hatten private Banken Geldscheine gedruckt. Nur waren es z.B. in 1880 noch 2.000 Banken - **ab 1914 dagegen nur mehr ein Dutzend Privilegierter.**

Geld, Macht und Mord

Als Präsident **Abraham Lincoln** zur Finanzierung des Bürgerkriegs 1861 Geld brauchte und ihm die Kredite der Rothschild-Banken zu teuer waren, ließ er **eigene Dollarnoten** drucken - den „**Greenback**“. Diese verwegene Tat sollte er nicht lange überleben. 1865 wurde er von einem Einzeltäter erschossen, der seinerseits auf der Flucht gleichfalls erschossen wurde. Sein Nachfolger **Andrew Johnson** stellte aus unerfindlichen Gründen die Banknotenproduktion ein. Zufall?

Der nächste Präsident, der das Geldmonopol wieder dem Staat unterordnen wollte, war **John F. Kennedy**. Er unterzeichnete am **4. Juni 1963** die „**Executive Order Number 11110**“, mit der er die frühere „Executive Order Number 10289“ außer Kraft setzte, die Herstellung von Banknoten wieder in die Gewalt des Staates zurückbrachte und **damit das kleine Kartell der Privatbanken entmachtete**. Als bereits rund vier Milliarden Dollar kleinerer Noten unter der Bezeichnung „United States Notes“ der Geldzirkulation zugeführt worden waren und in der Staatsdruckerei größere Noten auf die Auslieferung warteten, wurde **Kennedy** am **22. November 1963**, also 100 Jahre nach Lincoln, ebenso von einem Einzeltäter **erschossen**, der seinerseits gleichfalls erschossen wurde. Auch sein Nachfolger hieß Lyndon B. Johnson. Und auch dieser stellte aus unerfindlichen Gründen die Banknotenproduktion ein. Zufall?

Die zwölf Federal-Reserve-Banken ließen die Kennedy-Scheine aus dem Verkehr ziehen und gegen ihr eigenes Schuldgeld austauschen. Mit dem **Monopol zur unbegrenzten Geldproduktion** verdient das Bankenkartell des Federal-Reserve-Systems Jahr für Jahr prächtig. Dabei muss unterschieden werden zwischen den Gründungsbanken bzw. deren Nachfolgern



und den einfachen Mitgliedsbanken, vergleichbar etwa mit mächtigen Stamm- und rechtlosen Vorzugsaktionären. Wenigstens die Federal Reserve Bank of New York hat vor einigen Jahren die Namen ihrer „einfachen“ Mitgliedsbanken, die eine jährliche Verzinsung von sechs Prozent auf ihre Einlagen erhalten, veröffentlicht. Doch die Höhe ihrer Anteile wurde weiterhin ebenso geheim gehalten wie die Mitgliedsbanken der anfangs nur drei - heute elf - weiteren regionalen Federal-Reserve-Banken.

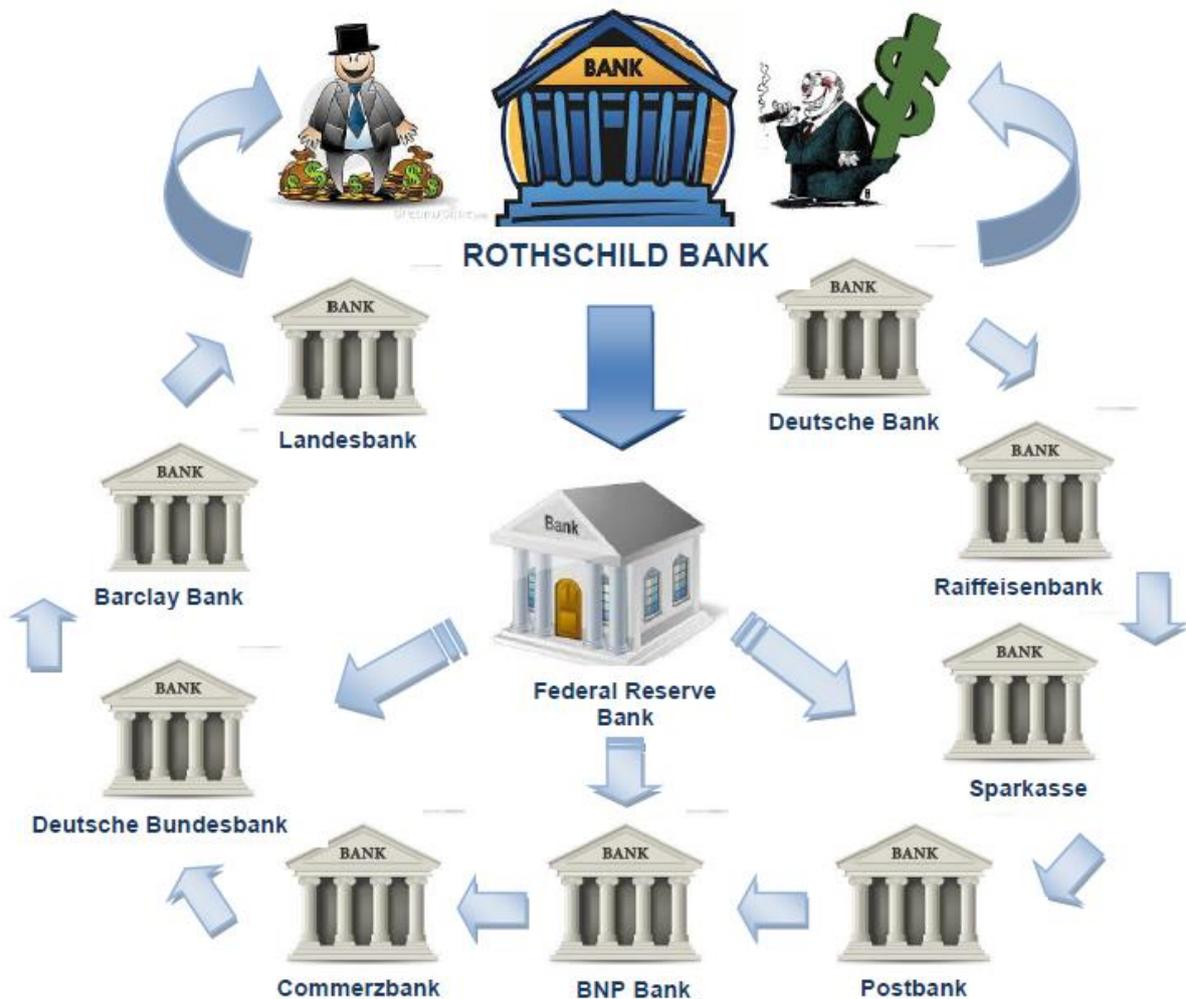
Das Federal Reserve System besteht aus zwölf Bankbezirken, die jeweils eine Federal Reserve Bank besitzen. Diese Banken bestreiten ihr Finanzkapital aus dem Finanzkapital ihrer **privaten Mitgliedsbanken!**

"Wir stehen am Beginn eines weltweiten Umbruchs. Alles, was wir brauchen, ist die eine richtig große Krise und die Nationen werden die neue Weltordnung (NWO = New World Order) akzeptieren."

David Rockefeller im Jahre 1994 vor dem Wirtschaftsausschuss der USA

FAZIT:

- ❖ Die Federal Reserve Bank ist ein unabhängiges, unkontrolliertes Unternehmen, welches weniger als einem Dutzend Familien gehört.
- ❖ Bei den Familien der Rothschilds, Rockefellers, Morgans, Loeb's und wenigen anderen ist nahezu das gesamte Geldvermögen der Welt deponiert.
- ❖ Ein großer Teil aller Zinszahlungen dieser Welt läuft bei diesen Familien zusammen.
- ❖ Diese Familien kontrollieren den Dollar als „Weltreservewährung“ und damit das Geld und somit die Richtung der Welt.



Wundersame Geldvermehrung

Es ist also kein Geheimnis mehr, dass die Notenbank Geld förmlich mit der Notenpresse erschafft. So schrieb Spiegel Online am 25.06.2009:

„Die Notenbank der USA kauft sich daher selbst die Papiere ab, mit Geld, das sie vorher selbst gedruckt hat. Die Bilanz der FED hat sich seit 2007 mehr als verdoppelt. Die US-Notenbank ist damit eines der am schnellsten wachsenden Unternehmen der Welt. Ihr Geschäftszweck ist die wundersame Geldvermehrung.“

Mit diesem „Geld aus dem Nichts“ kaufen diese mächtigen Familienclans weltweit Firmen, Immobilien, Edelmetalle, Rohstoffe usw. Man kann dies auch als Sondersteuer oder als weltweiten Tribut bezeichnen, den die USA der restlichen Welt auferlegt hat.

Zum Nachdenken

Der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, sagte beim Weltwirtschaftsforum in Davos bereits 1996 folgendes dazu: **„Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von ihnen beherrscht werden.“**

Es gab und gibt auch Noten-/ Nationalbanken, die sich weigern, von diesen Familien kontrolliert zu werden. Hierzu ein übersetztes Zitat aus der amerikanischen freien Presse: *„Einige Aufklärer heben hervor, dass der Iran eines von drei verbleibenden Ländern ist, dessen*

Zentralbank nicht unter der Kontrolle der Familie Rothschild ist. Vor dem 11. September 2001 waren es nachgewiesenermaßen sieben unabhängige Notenbanken:

- Afghanistan
- Irak
- Sudan
- Libyen
- Kuba
- Nordkorea
- Iran

Im Jahr 2003, wie auch immer, wurden Afghanistan und Irak von der Rothschild-Familie geschluckt und im Jahr 2011 war auch die Unabhängigkeit von Sudan und Libyen Geschichte. In Bhengazi / Libyen wurde eine Rothschild-kontrollierte Notenbank etabliert, während das Land mit Krieg überzogen wurde.“

Bezeichnenderweise gelten die oben genannten Staaten als die „Achse des Bösen“. (Zitat des ehem. US-Präsidenten G.W. Bush.) Vielleicht können Sie sich unter diesem Gesichtspunkt die Kriege gegen Afghanistan, Irak und Sudan, den Einmarsch nach Libyen, sowie die Kriegsvorbereitung gegen den Iran etwas plausibler erklären.

Die Geschichte wiederholt sich: es werden erkennbar weitere Vorkehrungen (Kriegsvorbereitungen) getroffen, damit die Geldherrschaft der Familien-Clans über die Nationalbanken hin zu den Privatbanken auch weiter über Generationen gefestigt wird. Als letzte Bastion des Widerstands soll nun auch Syrien fallen, damit freie Hand gegen den Iran, den Besitzer der weltweit zweitgrößten Erdöl- und Erdgasvorkommen, gewährleistet ist.

Die Geschichte des Dollars

1785 - 1787

wird der „Dollar“ zur neuen Währung der USA. Silberwert = 412,5 Grain (ca. 26/27 Gramm). Die Banken garantierten einen Preis zwischen der Geldeinheit und dem Gold.

1913

Das private Geld- und Kreditsystem wird in den Vereinigten Staaten durch einen Kongressbeschluss (Federal Reserve Act) durch Präsident Woodrow Wilson gegründet.

1934

Die Goldparität pro Dollar wird auf 0,888671 Gramm festgelegt (35 Dollar pro Feinunze).

1960

Die USA produzierten Dollar über den eigentlichen Wert ihrer Goldreserven hinaus - so überstiegen die US-Dollar-Vorräte in Europa und Japan die amerikanischen Goldreserven.

1963

John F. Kennedy unterzeichnet am 4. Juni die „Executive Order Number 11110“. Sie sollte bewirken, dass die Geldhoheit verstaatlicht wird. Kennedy hatte bereits begonnen, eigenes (staatliches) Geld zu drucken und in Umlauf bringen zu bringen (4,2 Milliarden US-Dollar in US-Noten, das durch das Finanzministerium herausgegeben wurde, ohne dass die Federal Reserve daran mitverdiente). Am 22. November wird Kennedy ermordet. Sein Nachfolger Lyndon B. Johnson stoppt die Banknotenproduktion sofort.

1971

Unter der Nixon-Regierung wird das Recht, den Dollar in Gold umzutauschen, aufgehoben. Anschließend verliert der Dollar, gemessen am Gold, innerhalb von drei Jahren so stark an

Wert, dass er nur noch ein Fünftel seines ursprünglichen Goldwertes besitzt.

Die nächste Weltwirtschaftskrise

Die ungeheuren Rettungspakete, die Geldspritzen in Billionenhöhe, die Tatsache, dass Griechenland, Portugal, Irland, Spanien, Italien, Kalifornien andere Länder vor dem Bankrott stehen oder bereits bankrott sind, zeigt wie ernst die Lage ist.

Auch die Bundesrepublik wird durch die hohe Exportabhängigkeit und die Rettungspakete, den ESM und die damit verbundenen Garantien nicht verschont.

Die deutsche Wirtschaft wird mit ihrem sehr hohen Exportanteil mehr als die meisten anderen Länder vom Abschwung getroffen. Dies wird in den kommenden Monaten Millionen von Arbeitsplätzen kosten und den Sozialetat der BRD sprengen. Deutschland ist der größte Wirtschaftsraum in Europa und deshalb werden wir als kranker Mann Europas den Trend nach unten verstärken und unseren eigenen EU-Markt weiter schwächen.

Die heutige Finanzkrise zeigt überdeutlich, dass unser heutiges Geldsystem einer dringenden Reform bedarf, weil es systemisch bedingt zum Zusammenbruch führt.

- Die Übertragung von staatshoheitlichen Rechten an supranationale und undemokratische Institutionen wie EZB, ESM und ähnliche, muss wieder rückgängig gemacht werden.
- Die **Geldschöpfung und Geldhoheit** gehört in die Verantwortlichkeit nationaler Staaten. Dazu gehört auch das Budgetrecht, also das „Königsrecht“ nationaler Staaten, über die Verwendung der Staatseinnahmen eigenverantwortlich zu bestimmen.

**Die letzte Weltwirtschaftskrise liegt knapp achtzig Jahre zurück
und die aktuelle läuft bereits auf Hochtouren.**

ZWANGSABGABE



25.11.2013

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Erste Banken planen Strafzinsen für Sparguthaben.

Die US-Banken werden von Sparern eine Strafgebühr erheben, sollte die Fed ihre Drohung wahr machen und Negativ-Zinsen erheben. Sollte es wirklich dazu kommen, besteht die Gefahr eines Bank-Runs. Hinter den Kulissen läuft eine merkwürdige Betriebsamkeit zur Vertreibung der Sparer aus den Banken.

ZWANGSABGABE

Deutsche Wirtschafts Nachrichten,
25.11.2013

Es ist schwer zu beurteilen, welchen Zweck die erstaunlich konkreten Diskussionen über eine Straf-Gebühr für Spareinlagen wirklich verfolgen. Nachdem Obama Berater Larry Summers negative Zinsen als „unkonventionelle“ Möglichkeit zur Lösung der Finanz Krise ins Gespräch gebracht haben und die EZB in Person von Jörg Asmussen negative Zinsen für Europa ausdrücklich nicht ausschließen wollte, berichtet nun die FT: Mehrere US Banken werden, wenn es zu Negativ Zinsen kommt, entsprechende Gebühren bei den Sparern einheben.

Die FT hat mit Bankern gesprochen, und mehrere Banken sagen: Wenn die Fed, wie aus den jüngsten Protokollen geschlossen werden kann, demnächst Negativ-Zinsen für Einlagen berechnen, dann „werden wir diese Kosten an die Kunden weiterreichen“. Im Moment könnten die Banken trotz der niedrigen Zinsen wenigstens noch ausgeglichen kalkulieren. Doch wenn die Zinssätze für jene Gelder, die die Banken bei der Fed halten, unter 0,25 Prozent gesenkt werden, „dann haben wir keinen Anreiz mehr, Sparguthaben von den Kunden entgegenzunehmen. Daher würden wir dann Gebühren von den Sparern für ihre Guthaben erheben.“

Die FT kann die Banker, mit denen sie gesprochen hat, noch nicht mit Namen nennen. Doch wenn das Fachblatt der City eine solche Geschichte so prominent und exklusiv fährt, dann kann man davon ausgehen, dass etwas dran ist. Und man kann auch davon ausgehen, dass es nicht bei den US Banken bleiben wird, die solche Schritte erwägen.

Diese Maßnahme würde unter anderem auch die Geldmarktfonds betreffen, weil sich die Banken dann auch dort keine Kredite mehr aufnehmen würden. Um Geld zu verdienen, müssten auch die Fonds dann in riskantere Anleihen ausweichen. Die Debatte mutet gespenstisch an vor allem, weil sie derart offen geführt wird: Ohne ein gleichzeitiges Bargeld Verbot würde ein Sparbuch Gebühr in jedem Land, das sie einführt, sofort zu einem Bank-Run führen.



Möglicherweise würde über eine solche Strafgebühr für Vermögen hinter den Kulissen schon länger diskutiert: Die Schweizer Banken haben in den vergangenen Monaten mit erstaunlicher Hektik ihre Kunden, die nicht zu den Super Reichen gehören, mitgeteilt, dass sie nur „vermögende“, aber nicht mehr „reiche“ Kunden haben wollen: Die **Credit Suisse** schließt alle Konten für Kunden, die Vermögen unter einer Million Franken bei der Bank gelagert haben. Auch die **UBS** und **Julius Bär** wollen einen Schnitt machen - offiziell im Hinblick auf die Steuerproblematik in Deutschland.

Die UBS, CS und Julius Bär verlangen von ihren Kunden eine Bescheinigung durch einen Steuer-Experten, sonst werden die Vermögen ab dem 1. Januar 2014 per Scheck oder Überweisung an die Eigentümer zurückgeschickt.

Es ist durchaus denkbar, dass die Banken versuchen, die Vermögen ihrer wirklich reichen Kunden auf die Schattenbankenauszulagern – wo die Banken praktisch ohne Kontrolle und ohne Transparenz spekulieren können. Die bei Schattenbanken gehandelten Derivate sind nur geschlossenen Benutzerkreisen zugänglich. Ein Kleinanleger hat keine Chance, Eintritt in dieses Kasino zu erhalten.

So zeichnet sich ein Dreiklassen-Geldsystem ab: Die wirklich Reichen werden von den Banken in das Reich der Schattenbanken geleitet, wo sie mit hohem Risiko hohe Renditen erzielen können. Dort gibt es keine Kontrollen, auch die Steuerbehörden haben kaum Zugriff dorthin. Die Wohlhabenden – also Leute, die mit ihrer Hände Arbeit ein kleines Vermögen erwirtschaftet haben (unter 1 Million Euro), sind die wirklich Gejagten: Denn sie müssen aus den Banken raus, wenn sie nicht mit einer Straf-Gebühr wegen der Negativ-Zinsen noch mehr reale Verluste einstecken wollen. Ihre Möglichkeiten zu Investments sind überschaubar – weil alle Märkte von Zinsen bis Gold gnadenlos manipuliert wurden und selbstverständlich weiter manipuliert werden.

Die dritte Gruppe der Klein-Sparer (Rentner, Familien) sollte sich in den kommenden Wochen intelligente Diversifikationen überlegen. Auch für sie ist es schwer, weil

niemand genau sagen kann, wie weit eine Manipulation noch gehen wird. Faktisch wollen die Zentralbanken und Regierungen mit der neuen Strategie für Zinsen die Inflation hochtreiben: Denn eine Deflation wäre für Europa noch verheerender, weil sie vor allem die mittelständische Wirtschaft lahmlegen würde.

Das Kalkül der Zentralbanken scheint zu lauten: Gegen eine Deflation können wir nichts unternehmen. Eine Inflation ist auch



unangenehm, aber wir wissen wenigstens, wie man eine Inflation theoretisch bekämpft. Für Anleger werden die kommenden Wochen sehr wichtig sein: Sie müssen darauf achten, dass sie von Politik und Bank-Technokraten nicht überrumpelt werden. Die aktuellen Maßnahmen zur Vertreibung der Anleger aus den Banken lässt jedenfalls nichts Gutes ahnen.“

GELD UND SANDBURGEN



08.12.2013

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Was haben Geld und Sandburgen gemeinsam?

Kürzlich bekam ich von einer Schule die Anfrage, vor einer Abschlussklasse einen kleinen Vortrag zum Weltspartag über Geld und Vermögensaufbau zu halten. Wie sollte ich den Jugendlichen den Wert von Geld, insbesondere das Entstehen von Geld und Vermögen näher bringen, wenn es schon viele Erwachsene nicht verstehen?

GELD UND SANDBURGEN

Aber wie es im Leben so oft ist, half mir der Zufall weiter. Beim Betrachten von Urlaubsfotos unserer Kinder fielen mir einige Bilder in die Hände, wie sie beim Badeurlaub im Sand buddelten. Ja, ich hatte die Lösung.

Prinzipiell verhält es sich mit dem Geldvermögen ja so, als würde man am Strand ein Loch graben und den ausgehobenen Sand daneben anhäufen. Der Sandhaufen kommt also nur dadurch zustande, weil auch gleichzeitig daneben das Loch entsteht. Und genauso verhält es sich mit dem Geldvermögensberg: Diesen gibt es nur deshalb, weil es auch ein Schuldenloch gibt. Hurra, ich war auf dem richtigen Weg.

Damit wurde deutlich, dass durch das Anhäufen von Geldvermögen niemals zusätzliches Vermögen entsteht. Denn wenn dem Guthaben eine gleich hohe Schuld gegenübersteht, hebt sich beides gegenseitig auf. Genauso ist es am Strand: Dort entsteht durch den Sandhaufen kein einziges zusätzliches Sandkorn, da gleichzeitig das Loch gegraben wird.



Wie wäre es mit folgender Frage an die Schüler: Was würde passieren, wenn das Sandloch (Schulden) mit der Sandburg (Geldvermögen) in größerem Umfang wieder aufgefüllt würde? Damit würde klar, dass eine sinkende Verschuldung zwangsläufig ein schrumpfendes

Geldvermögen nach sich zöge. Das dürfte jetzt auch ein Schüler verstehen. Also weiter. Danach könnte man die Schüler folgende Parolen bewerten lassen: „Raus aus den Schulden“ oder „Wir müssen sparen“ - in unzähligen Talkshows allseits beliebte und mit ernster Miene durch so genannte Experten und Politiker vorgetragene Parolen, die dankbar durch Applaus begleitet werden. Weniger populär ist die Forderung: „Weg mit Eurem Geldvermögen“ - das wird reflexartig als kommunistisch oder typische Parole der Partei DIE LINKE stigmatisiert.

Staatsverschuldung und Sparten

Der Zusammenhang zwischen „Sandburg“ und „Sandloch“ dürfte jetzt für die Schüler hinlänglich deutlich geworden sein. Nun können wir den nächsten Schritt wagen: Die Staatsverschuldung (Sandloch) ist ein wichtiger Bestandteil der gesamten Verschuldung. Auf der anderen Seite stellt sie eine bedeutende Säule des gesamten Geldvermögens (Sandburg) dar.

- Würden die Staatsschulden abgebaut, müssten sich also gleichzeitig private oder ausländische Schuldner neu verschulden, um das gesamte Geldvermögen auf gleich hohem Niveau zu halten.
- Durch Sparen können ebenfalls keine Staatsschulden abgebaut werden.

Was bleibt also? Zum Beispiel das, was wir zurzeit erleben: Die Entwertung des Geldes durch Inflation und gleichzeitige Niedrig- bzw. Nullzinspolitik (staatliche Geldvermögensvernichtung). Weitere Schritte sind Schuldenschnitte, Staatspleiten und Währungsreformen.

Ein gutes Beispiel dafür ist Griechenland oder Zypern. Damals mussten die Gläubiger (auch die bürgenden Steuerzahler anderer Länder) auf einen großen Teil ihrer Forderungen verzichten,

was man hierzulande deutlich an fehlendem Geld für Renovierung von Straßen, Schulen u.v.a.m. deutlich wahrnehmen kann. Es wurden die Geldvermögen in gleichem Umfang wie die Staatsverschuldung verringert (Sandburg/Sandloch).

Ich hab da mal ´ne Frage

Inzwischen war ich in meinem Element. Die Schüler hörten aufmerksam zu. Der hiesige Vertreter der Sparkasse, er war ebenfalls eingeladen und hatte zuvor den Schülern die Vorteile des Sparschwein-Sparens erläutert, saß mit hochrotem Kopf und weißen Fingerknöcheln in der ersten Reihe neben dem Klassenlehrer. Da meldete sich ein Schüler: „Ich habe da mal eine Frage“. „Gerne doch“, sagte ich.

Der Schüler legte seinen Kopf zur Seite „Wenn ich das bisher richtig verstanden habe, entstehen also Schulden durch Kreditvergabe. Der eine gibt das Geld und der andere nimmt das Geld“. „Genau“ erwiderte ich. „Aber wenn immer nur so viel Geld verliehen und aufgenommen wird wie vorhanden ist, also die Geldmenge immer gleich bleibt (Sandburg/Sandloch), weshalb steigen dann die Schulden immer mehr“?

„Tja, das ist relativ einfach“ entgegnete ich. „Erstens vergeben die Geldinstitute Geld als Kredit, das sie gar nicht besitzen, das so genannte Buch- bzw. Giralgeld. Es sind also bei weitem nicht die Spareinlagen der Kunden, die mehrheitlich als Mindestgeldreserve bei den Banken im Tresor schlummern, sondern die vergebenen Kredite sind reine Buchungssätze, die nur als schwarze Druckerschwärze auf den Kontoauszügen erscheinen, ohne durch Geldstücke oder Geldscheine hinterlegt zu sein. Zweitens erhöhen die Zinsen und Zinseszinsen die Schulden von Tag zu Tag - ohne dass diese Zinsen jemals wirklich im System mit Münz- und Scheingeld erzeugt werden“. Der Sparkassenvertreter verließ fluchtartig den Raum.

Was folgt aus dem „Sandburg-Sandloch“ Beispiel?

Ein wirklicher Staatsschuldenabbau ist ohne politische Zwangsmaßnahmen nicht möglich. D.h. eine zwangsweise Beschneidung (z.B. Inflation, Niedrigzinsen, Schuldenschnitt, Währungsreform) wird notwendig sein, auch wenn das die meisten Menschen nicht wahrhaben wollen. Wer gibt schon freiwillig sein Vermögen her?

Man sollte nicht glauben, dass solche Maßnahmen nur vergleichbare „kleine“ Staaten wie z.B. Griechenland betreffe. Aufgrund exorbitanter Staatsverschuldungen (Überschuldungen) verschlechtern sich zukünftig auch die Kreditwürdigkeiten für Staaten wie die USA oder Deutschland. Zweifel an der Kreditwürdigkeit führt aber dazu, dass sich immer mehr Geldvermögensbesitzer zurückziehen und versuchen ihr Geldvermögen zu sichern.

Wachstum - die Lösung?

Die sich gegenüberstehenden Geld- und Schuldenmengen sind zu stetigem Wachstum verurteilt. Schon eine Stagnation, schlimmer noch eine nachhaltige Schrumpfung, führen zu erheblichen Problemen. Denn Schulden müssen regelmäßig durch Zins- und Tilgungsleistungen aus vorhandenem Geld bedient werden. Und hierin liegt schon ein Problem: Geldvermögensbesitzer sind selten mit den Schuldnern identisch. Damit steht ein großer Teil des Geldes für Zins- und Tilgungszahlungen gar nicht zur Verfügung. Die Folge: Es muss ständig neues Geld geschaffen werden, damit immer genügend Geld für die fälligen Zins- und Tilgungszahlungen vorhanden ist. Da aber neues Geld (Sandburg) immer nur durch neue Schulden (Sandloch) entsteht, bildet sich eine immer weiter nach oben drehende Spirale.

Schrumpft die Geldmenge jedoch über längere Zeit, wächst die Zahl der Schuldner und dies führt zu Pleiten, die weitere Pleiten nach sich ziehen. Es entsteht ein zerstörerischer Dominoeffekt, der letztendlich zum Zusammenbruch führt - wie etwa zur Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Aus diesem Grund sind zurzeit alle Notenbanken damit beschäftigt, Unmengen von neuem Geld zu produzieren, um ein Geldschrumpfen (Deflation) zu verhindern.

Das kann noch einige Zeit funktionieren. Aber das Ergebnis am Ende dieser Geldvermehrung steht bereits fest: Die totale Pleite. Man wird sie vermutlich Währungsreform nennen. Und damit wird das gesamte System auf Null zurück gefahren. Dabei wird auf einen Schlag das meiste Geldvermögen vernichtet.

Nebenbei bemerkt: das Wirtschaftswachstum hinkt der Verschuldung ständig hinterher. Seit Einführung des Euro wuchs die deutsche Staatsverschuldung beispielsweise viermal so schnell wie das Wirtschaftswachstum. „Kein Wunder“ warf der Schüler von vorhin dazwischen. „Das hat was mit dem exponentiellen Wachstum, also dem Zinseszinsseffekt, zu tun“. Er belegt den Mathe-Leistungskurs.



Nachsatz:

Nach meinem Vortrag trat ich aus der Schule, vor der bereits ein weißer Krankenwagen mit Wärtern aus der psychiatrischen Klinik und ein schwarzer Kombi des Bundesnachrichtendienstes mit getönten Scheiben auf mich warteten. Während ich genüsslich meinen Cappuccino im gegenüberliegenden Café schlürfte, streiten sich noch beide Parteien, in wessen Zuständigkeitsbereich ich gehöre. Vielleicht haben beide Unrecht?

GELOGEN, BETROGEN, MANIPULIERT



15.12.2013

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Wenn ich einen Wunsch zu Weihnachten hätte . . .

wünschte ich mir, dass JEDER erkennt, dass Politik für JEDEN wichtig ist, da sie unsere Zukunft und die unserer Kinder und Enkel maßgeblich und nachhaltig beeinflusst und WIR selbst dafür verantwortlich sind.

GELOGEN, BETROGEN, MANIPULIERT

Beim Fußball ist es einfach:
Am Ende zählt das Ergebnis.

Betrachten wir objektiv die Absonderungen unserer Politmarionetten und deren Folgen während der letzten 20 Jahre, kommen wir zu einem eindeutigen Ergebnis: Eine Katastrophe jagte die andere. Massiver Sozialabbau, massive Verschuldung, fortwährende Enteignung durch Inflation bei gleichzeitiger Minimalverzinsung, Kostenexplosionen bei Lebensmitteln und im Energiebereich, Telekommunikationsüberwachung, Rechtsbrüche, Bundeswehreinmärsche im Ausland ohne Rechtsgrundlage und politisches Mandat u.v.a.m.

Da drängt sich zwangsläufig die Frage auf, wie der Vorstand eines Fußballvereins solche unterirdischen Ergebnisse seines Vereins gewürdigt hätte: Trainer- und Spielerwechsel. Na klar - und das nicht etwa erst nach zwanzig Jahren.

Aber der deutsche Bürger scheint das Opfer einer Massen-Demenz geworden zu sein. Trotz der offensichtlich desaströsen Ergebnisse unterschiedlicher Koalitionen während der 20-jährigen „Spielzeit“ seines Vereins „Deutschland“, scheint es ihm immer noch wichtiger zu sein, den Rasen im eigenen Vorgarten schön kurz zu halten und das eigene Auto einer wöchentlichen Generalpolitur zu unterziehen. Aber vielleicht helfen ja einige Kostproben aus der jüngsten politischen Vergangenheit, das konditionierte Denkmuster einiger Demenz-Bürger zu überprüfen.

Manipulation durch Massenmedien

Wer bisher glaubte, dass es in einer „Demokratie“ wie z.B. in der Bundesrepublik Deutschland keine Zensur gäbe, dürfte sich bei folgenden Beispielen spontan an autoritäre Regime erinnert fühlen.

Beispiel: ARD-Sendung „Hart aber Fair“ vom 06. Mai 2013:

Das Thema der Sendung lautete: „Den Euro einfach abwählen - entscheidet die D-Mark-Partei die Wahl?“ (Anmerkung: gemeint war die AfD -Alternative für Deutschland). Auf der Internetseite von Hart aber Fair wurde zu diesem Zweck eine Zuschauerumfrage gestartet und veröffentlicht.

Das Ergebnis war beeindruckend: **80% sprachen sich GEGEN den EURO aus.** Aber was geschah in der Sendung? Da das Umfrageergebnis trotz aller Euro-



Propaganda so schlecht ausfiel, nahm man keinen Bezug darauf. Es wurde mit keinem Wort erwähnt, obwohl Moderator Plasberg vorher darauf hinwies, die Sendung sei interaktiv. Stattdessen wurden ausgewählte Zuschaueranfragen (via Mails) vorgetragen und beantwortet. Aber es kommt noch besser. Kurze Zeit später wurde die Umfrage dann auch im Internet komplett ausgeblendet. Auf den nächsten beiden Seiten sehen Sie sowohl die ursprüngliche Original-Internetseite als auch die später „bereinigte“ Internetseite von Hart aber Fair.

So sah das Umfrageergebnis auf der Homepage zur Sendung aus:

DasErste.de
 Startseite Sendungen TV-Programm Service Über uns Mediathek Live

hartaberfair¹
 mit Frank Plasberg

Suche in Erstes

Den Euro einfach abwählen - entscheidet die D-Mark-Partei die Wahl?

Lucifer Barabaram
 Mo, 06.06.2013 | 23.00

Ihre Meinung
 Wünschen Sie sich die D-Mark zurück?

Ja	80,7 %
Nein	19,3 %

Alle Gäste
Wolfgang Bosbach, CDU
 Vorsitzender des Innenausschusses, stimmte gegen den Euro-Rettungsplan
 Der CDU-Innenausschuss stimmte gegen den Euro-Rettungsplan und bekannte: Trotz aller Kritik geht es ja nicht nur um Geld, sondern auch um die politische Bedeutung des Euro. Wer deshalb einfach nur zur D-Mark zurück will, der damit eindeutig zu kurz.
 Die Biografie (Homepage von Wolfgang Bosbach)

Ihre Meinungen, Fragen, Ängste und Sorgen zum Thema.

Beiträge
 07.06.2013 15:00 Uhr Redaktion "hart aber fair"
 Liebe Bloggerbuch-Leser, das Hart aber fair-Bloggerbuch wird nun geschlossen. Wir möchten uns bei allen, die hier ihre Meinung vertreten haben und an der Diskussion teilgenommen haben, herzlich bedanken. Wir hoffen, dass Sie auch beim nächsten Thema wieder zahlreiche Beiträge schreiben werden. Mit freundlichen Grüßen, Ihr hart-aber-fair-Team

07.06.2013 14:58 Uhr Uwe (49 J.)
 Fakt ist und das sage ich schon seit Einführung von diesem Euro, dass es unmöglich ist die Wirtschaftskraft von z.B. Deutschland und auch z.B. von Portugal gleichzusetzen. Diese Gleichung wird niemals aufgehen. Deutschland marschiert in einen Staatsbankrott, so wie z.B. die Griechen, hier sieht Portugal nur die Währungsreform Milliardengewinn bringt.

Ihre Meinung
 Wünschen Sie sich die D-Mark zurück?

Ja	80,7 %
Nein	19,3 %

Seite 2 von 6

Kurze Zeit später jedoch wurde die Umfrage einfach entfernt. Auf der Homepage von Hart aber Fair fehlt auf der betreffenden Seite zur Sendung die Umfrage. Hier die bereinigte aktuelle Seite:

DasErste.de¹ Suche im Ersten 🔍

Startseite Sendungen TV-Programm Service Über uns Mediathek Live

hart aber fair¹

mit Frank Plasberg

Suche in hart aber fair 🔍

- hart aber fair
- Frank Plasberg
- Newsletter
- Rückschau
- Faktencheck
- Podcast
- Die Sendung
- Service
- Kontakt

hart aber fair | Rückschau | Sendung vom 06.05.2013

Den Euro einfach abwählen - entscheidet die D-Mark-Partei die Wahl?

Letzter Sendetermin
Mo, 27.05.2013 | 22.45 Uhr

Video der gesamten Sendung

Die Rettung des Euros ist alternativlos – gegen dieses Prinzip der Kanzlerin formiert sich eine neue Partei. Aber finden die konservativen Eurokritiker genug Wähler? Oder verhindern sie nur eine Mehrheit für Merkel?

Christian Lindner, FDP
Vorsitzender der NRW-FDP

Der stellvertretende FDP-Chef sagt: Bei der Anti-Euro-Partei erklären uns Professoren, was wir angeblich vor 20 Jahren hätten tun müssen. Das ist eindeutig die schlechtere Alternative für Deutschland. Die FDP weiß, was wir an Europa und dem Euro haben.

[Biographie \(Homepage von Christian Lindner\)](#)

Ihre Meinungen, Fragen, Ängste und Sorgen zum Thema.

07.05.2013 14:58 Uhr Uwe (49 J)
Fakt ist und das sage ich schon seit Einführung von diesem €, dass es unmöglich ist die Wirtschaftskraft von z.B. Deutschland und auch z.B. von Portugal gleichzusetzen. Diese Gleichung wird niemals aufgehen. Deutschland marschliert in einen Staatsbankrott, so wie z.B. die Griechen. Nur wenn Deutschland zur Überwindung viele Milliarden € brauchen wird, dann haben die anderen schon alles ausgegeben und gewaschen. Uns wird keinen helfen. Es wird nur noch alles teurer. Mit 2000 DM Rente waren sie schon wer, aber mit 1000€ Rente, es reicht nicht. 600 Zeichen reichen auch nicht für diesen Betrug!!!!

07.05.2013 14:58 Uhr D.v.Lendingsen 72 J.
Jetzt erst recht,nach dieser Sendung,wo man die AfD in die rechte Ecke stellen wollte,war sowas von daneben,kann man nur noch der A f D seine Stimme geben.

Das war nix H.Plasberg-hart und unfair.

07.05.2013 14:56 Uhr Anonym
Die zentrale Frage wie immer: Wer hat ein Interesse am Euro?

1 | 2 | 3 | 4 | 5 | >> Letzte Seite

Erster Eintrag zuerst

Facebook

Ein Blick zurück ins Jahr 2008

Um Ende 2008 aufgrund der weltweiten Banken- und Finanzkrise einen „Bank Run“ (Ansturm von Anlegern bzw. Sparern auf Banken, um ihre Einlagen abzuheben) zu verhindern, trat Bundeskanzlerin Merkel mit der Behauptung an die Öffentlichkeit: „Ihre Einlagen sind sicher. Dafür steht die Bundesregierung ein.“ Eine glatte Lüge und ein Versprechen, das damals wie heute nie und nimmer eingehalten werden kann. Wohlwissend, dass Banken nur einen verschwindend geringen Anteil dieser Einlagen (rd. 2-8 Prozent) als Bargeld zur Verfügung haben, belog Merkel in bester Manier als ehemalige FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda der DDR, ihr Volk ohne mit der Wimper zu zucken.

Aber es kommt noch besser: Anschließend lud sie am 8. Oktober 2008 die wichtigsten Medienvertreter zu sich ein. Die Journalisten und Verlagsleiter sollten in ihrem Auftrag - aus Gründen der Staatsraison - in deutschen Medien nicht die volle Wahrheit über die desolante Lage der Staatsfinanzen und die sich daraus entwickelnde Wirtschaftskrise berichten. Die Medienvertreter wurden aufgefordert, zurückhaltend über die tatsächliche Lage zu berichten, damit das Land nicht außer Kontrolle geriete. Merkel appellierte an die Macht der Medienvertreter, eine Panik zu vermeiden. Diese Aufforderung war unmissverständlich: Haltet Euch fern von der Realität. Wie wir sehen, gelang das für einige Jahre recht gut. Und obwohl die Realität zwischenzeitlich mehr und mehr auch zur gefühlten Realität wird, hat es immerhin noch dazu gereicht, dass Merkel im September 2013 wieder gewählt wurde.

Oktober 2012 - Merkel wird in Stuttgart ausgebuht - Medien manipulieren

Am 12. Oktober 2012 tritt Merkel zu einer Großkundgebung auf dem Stuttgarter

Marktplatz auf. Sie will den Oberbürgermeister-Kandidaten Sebastian Turner im Wahlkampf gegen den Grünen Fritz Kuhn unterstützen. Schallende Buhrufe „Lügner“, „Lügner“ und Pfeifkonzerte begleiten dauerhaft die Rede von. Aber es kommt noch besser: In den öffentlichen Berichterstattungen (z.B. SWR etc.) sind keine Missfallenskundgebungen mehr zu hören. Stattdessen: Beifall und Klatschen.

Wie gut ausgebildet doch unsere Tontechniker sind - wenn das mal keine Medienmanipulation ist. Deutschland im 21. Jahrhundert. Nachrichten in Deutschland (aber auch anderswo auf der Welt) heißen eben Nachrichten, weil sie nachgerichtet werden und man sich danach richten soll.



Oktober 2013 - IWF fordert Enteignung von Privatvermögen

Der Monat Oktober scheint es ohnehin in sich zu haben. Der Internationaler Währungsfonds (IWF) fordert im Oktober 2013 eine zehnprozentige Vermögensabgabe auf unser Privatvermögen. Haben Sie je davon in den Mainstreammedien gehört oder gelesen?

Als Blaupause dazu dient die Finanzkrise in Zypern. Dort wurden die noch nicht vorher ins Ausland verbrachten Geldvermögen der Superreichen ab einem Vermögen von 100.000 Euro mit 10 Prozent, Vermögen darunter mit 6,5 Prozent beschlagnahmt.

Oktober 2013 - Bundeswehr übt „Kampf gegen Aufständische in städtischen Ballungsgebieten“

Und noch etwas, das Sie weder im Fernsehen sahen noch in der Presse lasen: Ebenfalls im Oktober 2013 findet auf den Truppenübungsplätzen in Bergen und Munster in der Lüneburger Heide ein „Informationslehrgang“ für den militärische Führungsnachwuchs statt. 3500 Soldaten übten u.a. den „Kampf gegen Aufständische in städtischen Ballungsgebieten“.

Wie bitte? Aus den Berichten der Bundeswehr über die beschriebenen militärischen Übungen geht hervor, dass die deutsche Militärpolizei bereits heute über Spezialeinheiten zur Bekämpfung von inneren Unruhen verfügt.

Diese sogenannte CRC-Greiftrupps (Crowd Riot Control) sind mit -Zitat: „Schild, Schlagstock und Schutzanzügen und Hundeführer mit Diensthund ausgestattet“.

Sollen diese Truppen etwa gegen Aufständische in deutschen Städten eingesetzt werden, die in unserem „Sozial- und Rechtsstaat“ vom sozialen Leben „abgekoppelt“ wurden? Ein Auslandseinsatz ist ja nicht möglich, das verbietet unser Grundgesetz. Aber was interessiert das unsere Bundesregierung. Es sind schon genügend „Rote Linien“ überschritten worden. Willkommen im 21. Jahrhundert - willkommen in der BRD-DDR.



SIE SELBST ENTSCHEIDEN



28.12.2013

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Sie selbst entscheiden . . .

wie lange Sie sich noch von Politikern und sogenannten Experten in den Massenmedien verblöden oder besser belügen lassen wollen. In diesem Bericht liefere ich Ihnen kurz und knapp einige gängige politische und wirtschaftliche Parolen und die WIRKLICHKEIT, die dahinter steckt. Alle diese FAKTEN können Sie selbst in öffentlich zugänglichen Quellen recherchieren.

SIE SELBST ENTSCHEIDEN . . .

Rückblick Oktober 2008 - Die deutschen Spareinlagen sind sicher

Bundeskanzlerin Merkel und Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, erklären nach dem Ausbruch der Banken- und Finanzkrise öffentlich: „Die Spareinlagen der Deutschen Sparer sind sicher“. Hahaha! In 2008 hatte die Bundesrepublik einen Jahreshaushalt von 283 Milliarden Euro - die Summe also, welche die Bundesregierung für die gesamten zwölf Monate des Jahres 2008 ausgeben konnte. Wie konnten Merkel und Steinbrück dann für alle privaten deutschen Spareinlagen von rd. 570 Milliarden eine Garantie abgeben? Wer's glaubt wird nicht selig, sondern bleibt dämlich (siehe: http://www.youtube.com/watch?v=08_0sC-ksyM).

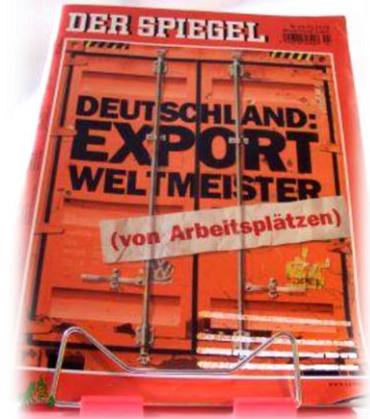
Aber bereits im Februar 2003 treffen sich der damalige Bundeskanzler Schröder (heute Aufsichtsratschef des Pipeline-Konsortiums NEGP Company (Gazprom)), Wirtschaftsminister Clement (seit April 2009 Mitglied im Aufsichtsrat des russischen Beratungsunternehmens Energy Consulting, seit Juli 2011 im Aufsichtsrat der börsennotierten Deutsche Wohnen, die von der Deutschen Bank gegründet wurde) und Finanzminister Eichel in Berlin zu einem Krisengespräch mit den Spitzen der deutschen Banken: Josef Ackermann (Deutsche Bank), Bernd Fahrenholz (Dresdner Bank), Dieter Rampl, (HypoVereinsbank), Jürgen Sengera (WestLB), Ulrich Brixner (DZ Bank) und Henning Schulte-Noelle (Allianz).

Anlass des Gesprächs: Ein dringender Rettungsplan für deutsche Großbanken. Sie sollen von einer 50 bis 100 Milliarden Euro schweren Kreditlast befreit werden, also von „faulen“ Krediten, die Kunden der Banken nicht mehr zurückzahlen konnten. Aber diese Sitzung

findet bereits 67 Monate, 22 Quartalsberichte und sechs Jahresabschlüsse vor dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehmann Brothers in 2008 statt. Das Gesamtvolumen unzureichend gedeckter Kredite wird damals auf 300 Milliarden geschätzt.

Deutschland ist Exportweltmeister

Mit dem Titel „Exportweltmeister“ schmücken sich gerne viele Politdarsteller. Was aber bedeutet das? In diesem Zusammenhang jedenfalls nichts Gutes. Stellen Sie sich einfach folgendes vor: Sie geben einem hoffnungslos überschuldeten Kunden jährlich ungesicherte Kredite ohne die geringste Chance, Ihr Geld je wieder zu bekommen.



Was, so blöde sind Sie nicht? Aber genau das tut die Bundesrepublik seit Jahren (auf Kosten der Bevölkerung). Sie liefert Waren (z.B. Autos) auf Kredit an Staaten (z.B. Griechenland), die hemmungslos überschuldet sind und ohne jede Chance, ihre Forderungen jemals eintreiben zu können. Diese sogenannten Exportüberschüsse existieren lediglich als zu verrechnende Forderungen bei der EZB als Clearingstelle (s. auch Target 2-Salden). Nichts als wertlose Zahlenkolonnen im Computer. Absolut WERTLOS.

Wo ist das Geld geblieben?

Wussten Sie eigentlich, dass rund 93 Prozent des im Umlauf befindlichen Geldes gar nicht physisch existiert? Beim sogenannten bargeldlosen Zahlungsverkehr zahlen wir mit etwas, was es real gar nicht gibt. Das Geld auf unseren Kontoauszügen hat es nie gegeben. Es wurde durch die Banken durch Kreditvergabe einfach aus dem NICHTS erschaffen. Dazu genügt ein einfacher Buchungssatz auf unserem Kontoauszug. Kredite, die Banken gegen Zinsen an Kunden vergeben, sind also nichts anderes als pure Luftnummern. Und das hat keineswegs etwas mit dem Verleihen von Kundengeldern zu tun. Allerdings sichern sich die Banken für Ihre Kredite fürstlich mit Hypotheken und anderen Sicherheiten ab.



Ist es nicht genial, Zinsen und sachgedeckte Sicherheiten (z.B. Häuser) für etwas zu verlangen, das man selbst nie besessen, es aus dem Nichts erschaffen und als „Kredit“ ausgegeben hat?

Was geschehen würde, wenn nur 7 Prozent aller Sparer ihr „Bares“ abhoben, überlasse ich Ihrer Fantasie. Und wenn davon gesprochen wird, dass die EZB u.s.w. die Gelddruckmaschine anwirft, soll das schlicht darüber hinwegtäuschen, dass dadurch keinerlei neues, physisches Geld wie Münzen oder Geldscheine gedruckt wird, sondern lediglich etwas mehr Druckerschwärze auf den Kontoauszügen verteilt wird bzw. ein paar Ziffern mehr auf den Monitoren der Computer erscheinen.

Spätestens nachdem die Silber- bzw. Golddeckung der nationalen Währungen aufgehoben und durch wertlose, ungedeckte Münzen und Geldscheine (ScheinGeld) ersetzt wurde, nahm das unkontrollierte „Gelddrucken“ seinen fatalen Lauf. Wesentliche Voraussetzung dazu: der Staat musste das Geldmonopol, also die Geldproduktion, das Kontrollieren des

Geldumlaufs und der Geldmenge, an private Banken abgeben. Und so geschah es.

Die Bundesrepublik veruntreut Steuergelder



Die Abgabe der Geldhoheit vom Staat zum privaten Bankenkartell führt zu einer perversen Veruntreuung von Steuergeldern. Will die Bundesregierung z.B. aufgrund von Steuergeschenken o.ä. einen

Kredit aufnehmen, so tut sie das in aller Regel über die bundeseigenen Finanzagentur GmbH mittels Kreditanfrage bei privaten Banken. Für den aufgenommenen Kredit zahlt der Bund (der Bürger) dann Zins und Tilgung an diese Banken. Die Zinslast für Kredite ist seit Jahren der zweithöchste Posten im gesamten Bundeshaushalt.

Hiermit dürfte deutlich werden:

- Dass jeder Steuerzahler die Steuergeschenke der Bundesregierung selbst aus eigener Tasche teuer bezahlt.
- Dass die Macht weder von der Bundesregierung, schon gar nicht vom Volk, sondern ausschließlich vom übermächtigen Bankenkartell ausgeht. Wer das Geld hat, hat die Macht. Oder: wer Geld machen kann, macht Macht.

Inflation und Enteignung

Je mehr Geld ohne entsprechenden Sachwertbezug in Umlauf gebracht wird, desto schneller wird es sich entwerten, es wird immer weniger wert. Das nennt man auch Inflation. Die unausweichliche Folge ist, dass man immer weniger für sein Geld erhält. So hat die Kaufkraft des Euro seit seiner Einführung bis heute um rund 66 Prozent abgenommen. Soweit Sie also Ihr Vermögen ausschließlich in Euro investierten

bzw. sparten, haben Sie bis heute etwa 2/3 Ihres Vermögens verloren - selbst wenn Sie nominal mehr Euros auf Ihrem Konto haben. Der Kaufkraftverlust hat Ihr ursprüngliches Vermögen zum großen Teil aufgefressen.

„Das stimmt doch nicht“, werden Sie sagen. Die Inflationsrate lag doch bisher immer zwischen

ein und zwei Prozent. Zumindest sind das die in den Mainstreammedien zitierten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Stimmt - aber die sind falsch. Es gibt jedoch eine einfache Faustformel zur Berechnung von Inflation: Geldmengenwachstum minus Wirtschaftswachstum = Inflation (Geldentwertung).

Die folgenden Zahlen entstammen den jeweiligen Berichten der Deutschen Bundesbank.

Jahr	Wachstum Geldmenge EURO	Wirtschaftswachstum (BIP) Deutschland	Wahre Inflation in Prozent
2012	+ 6,95%	+ 0,7%	+ 6,25%
2011	+ 4,84%	+ 3,0%	+ 1,84%
2010	+ 0,53%	+ 3,5%	- 2,97%
2009	+ 3,00%	- 4,9%	+ 7,90%
2008	+ 9,50%	+ 1,3%	+ 8,20%
2007	+ 11,13%	+ 2,5%	+ 8,63%
2006	+ 8,53%	+ 3,0%	+ 5,53%
2005	+ 7,42%	+ 0,8%	+ 6,62%
2004	+ 5,86%	+ 1,6%	+ 4,26%
2003	+ 8,10%	- 0,1%	+ 8,20%
2002	+ 7,18%	+ 0,1%	+ 7,08%
2001	+ 5,60%	+ 0,8%	+ 4,80%
Durchschnitt pro Jahr Ø:			+ 5,53 %
Kaufkraftverlust gesamt 2001 bis 2012:			+ 66,36 %

Die obige Berechnung ist die einzige wissenschaftliche, seriöse Art zur Inflationsermittlung.

Was bedeutet das für Sie? Wenn Ihr Gehalt oder Ihr Geldvermögen seit 2001 nicht jährlich um 5,53 Prozent (nach Steuern) gestiegen ist, haben Sie nicht einmal den Inflationsausgleich geschafft. Wenn es weniger war, sind sie in dieser Zeit durch die Inflation um einiges enteignet worden.

Übrigens: Im gleichen Zeitraum stiegen die Renten nur um 0,9% jährlich. Offensichtlich sind 20 Millionen Rentner in Deutschland lediglich Menschen zweiter Klasse. Und noch etwas: die Kosten für Energie (Strom, Gas und andere Brennstoffe) stiegen im obigen Zeitraum um

durchschnittlich 75 Prozent. Schauen Sie doch einfach mal in Ihre Energiekostenabrechnungen von 2002.

Und wo ist nun das ganze Geld geblieben?

Raten Sie mal. Natürlich bei den Banken. Nun wissen Sie auch, weshalb die Banken zunehmend:

- auf bargeldlosen Zahlungsverkehr drängen.
- die Bürger durch „günstige“ Kredite und Mini-Guthabenzinsen in die Verschuldung treiben.

Die Finanzindustrie übt dadurch massive Macht und Einfluss unter Zuhilfenahme der politischen Politmarionetten aus. Geld als Mittel zur Machtausübung und zur Schaffung einer neuen Weltordnung. In einem später erscheinenden Artikel wird dies ausführlich behandelt. Einen kleinen Einblick dazu lieferte bereits der Artikel „Geld regiert die Welt - aber wer regiert das Geld?“ vom 14.10.2013.

Im Übrigen verstehen Sie nun auch die Forderung unserer Kanzlerin: „Wir brauchen mehr Wachstum“. Indes wird es nie gelingen, das Wachstum auf das Niveau der Verschuldung zu bringen, solange Geld durch die Banken unkontrolliert und willkürlich aus dem Nichts in unbegrenzter Menge „produziert“ werden kann und somit die Inflation weiter anheizt.

Alle vier Jahre totale Volksverblödung

Es ist eigentlich vollkommen klar, weshalb Deutschland bei den Ergebnissen der PISA-Studien regelmäßig im unteren Drittel landet. Es liegt an der PROZENTRECHNUNG. Politiker sowie Medienvertreter und Umfrageinstitute beherrschen sie einfach nicht. Auch wenn man dies von einem ehemaligen Wirtschaftsminister Rösler, im Beruf Augenarzt ohne weitere



Berufserfahrung, nicht zwingend voraussetzen muss, oder?

Stellen Sie sich einfach folgendes vor: Vor Ihnen liegt ein Korb mit zehn Äpfeln.

Ihre Aufgabe: Sie sollen 100 Prozent Äpfel aus dem Korb entnehmen. Auch ohne Mathe-Leistungskurs dürfte Ihnen diese Aufgabe nicht schwer fallen. Sie entnehmen dem Korb natürlich alle 10 Äpfel.

Bei der Veröffentlichung zu den Ergebnissen der Bundestagswahlen tritt allerdings regelmäßig ungehemmte mathematische Demenz bei Politikern, Medien und Umfrageinstituten ein. Lassen Sie uns das am Beispiel der letzten Bundestagswahl im September 2013 betrachten (Zahlen gerundet).

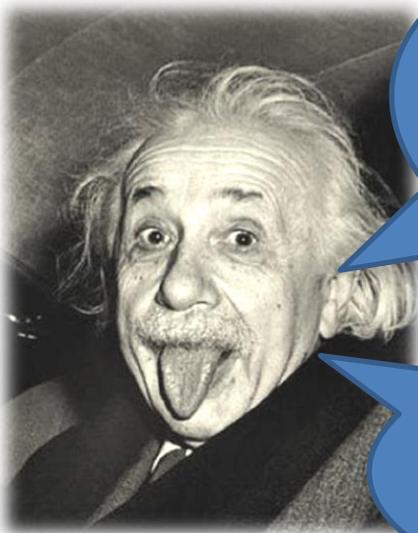
61,91 Mio. Wahlberechtigte	= 100,00 %	„Offizielles“ Wahlergebnis
17,61 Mio. gaben ihre Stimme nicht ab	- 28,45 %	???
14,91 Mio. stimmten für die CDU	- 24,09%	34,1%
11,28 Mio. stimmten für die SPD	- 18,17%	25,7%
3,75 Mio. stimmten für DIE LINKE	- 6,06%	8,6%
3,69 Mio. stimmten für B90/GRÜNE	- 5,96%	8,4%
3,24Mio. stimmten für die CSU	- 5,24%	7,4%
2,08 Mio. stimmten für die FDP	- 3,36%	4,8%
2,05 Mio. stimmten für die AfD	- 3,32%	4,7%
1,76 Mio. stimmten für Andere	- 2,85%	4,0%
0,96 Mio. stimmten für die Piraten	- 1,55%	2,2%
0,58 Mio. ungültige Stimmen	- 0,90%	???

Man kann es drehen wie man will: Unter Berücksichtigung ALLER Wahlberechtigten haben wir eine MINDERHEITSREGIERUNG von CDU/CSU und SPD, die 47,5 Prozent oder gerade mal 29,4 Mio. Stimmen auf sich vereinigt. Mit anderen Worten: Diese Regierung vertritt WENIGER als 50 Prozent aller Wahlberechtigten.

Aber trotz dieses Ergebnisses kann unsere Regierung jeden Antrag auf einen Untersuchungsausschuss boykottieren, z.B. wegen des Verdachts auf Vorteilsnahmen bzw.

Bestechung. Unser „demokratisches“ Wahlsystem macht's möglich.

Umso bemerkenswerter ist es, dass offensichtlich noch genügend „Stammwählerpotenzial“ vorhanden ist, das unter dem Einfluss massiver Realitätsverweigerung den mittlerweile längst gleichgeschalteten Blockparteien ihr Votum gibt. Vielleicht mutiert ein Teil des deutschen Volkes zwischenzeitlich zum Polit-Masochisten? Schlag mich -es tut noch nicht weh genug ...



Zwei Dinge sind unendlich,
das Universum und die
menschliche Dummheit.
Aber bei dem Universum
bin ich mir noch nicht ganz
sicher.

Es ist schwierig Menschen
hinters Licht zu führen,
sobald es ihnen
aufgegangen ist.

GOLD & SILBER



02.01.2014

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Gold und Silber . . .

. . . lieb ich sehr, kann's auch gut gebrauchen, hätt ich nur ein ganzes Meer, mich hinein zu tauchen; braucht ja nicht geprägt zu sein, hab's auch so ganz gerne . . .

GOLD UND SILBER

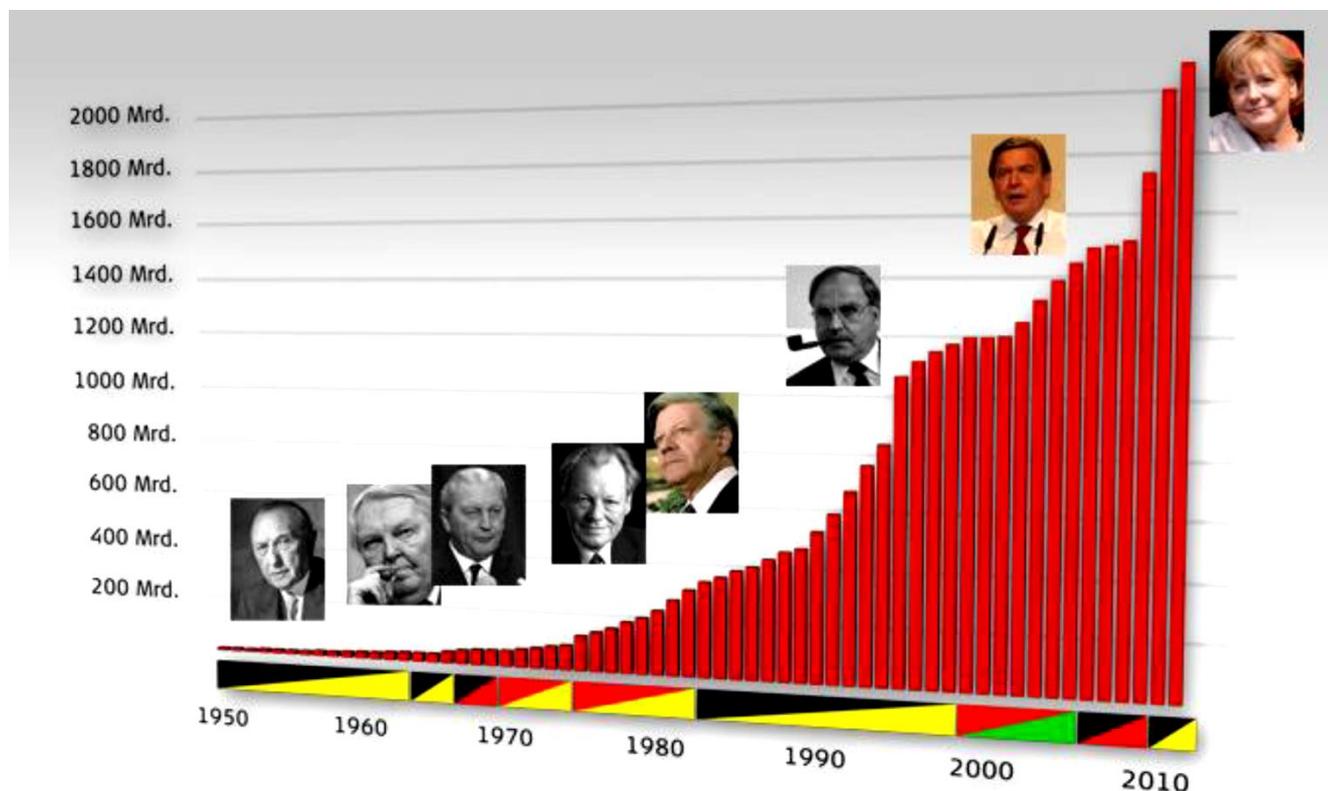
„Gold und Silber lieb ich sehr,
kann's auch gut gebrauchen . . .“

So beginnt die erste Strophe einer Volksweise, deren Text August Schnezler (1809 -1853) nach einer überlieferten Melodie schrieb. Heute werden wir uns mit den Vorsorgemöglichkeiten einer zukünftigen Hyperinflation und anschließender Währungsreform beschäftigen. Dabei werden die Edelmetalle Gold und Silber eine zentrale Rolle spielen. Hierzu müssen wir jedoch noch einmal einen kurzen Blick auf die Entstehung von Inflation/Hyperinflation werfen, um uns anschließend mit „Rettungsmaßnahmen“ zu beschäftigen.

Wann entsteht eine Hyperinflation

Eine Hyperinflation entsteht, wenn die Inflation und das Geldmengenwachstum (s. Newsletter vom 28.12.2013) ausufern. Beispiel Bundeshaushalt: Um die Zinsen für bestehende Kredite zu bezahlen, nimmt die Bundesregierung immer wieder neue Kredite auf. Das führt durch exponentielles Wachstum (Zinses-zins-Effekt) zu einer immer steiler ansteigenden Verschuldung.

Grafik: Verschuldung der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 2010



Die Vermehrung des Geldes funktioniert bekanntlich durch Schulden (Kredite). Steigt aber die Geldmenge, so müsste auch das Sozialprodukt entsprechend steigen -es müsste immer mehr produziert werden. Das ist natürlich langfristig nicht möglich. Je langfristiger Kredite dann sind, desto mehr kommt es zu einer beschleunigten Dynamik, und damit zur Hyperinflation. Die Zinslasten werden immer größer und fressen irgendwann das Sozialprodukt auf. Das führt in der Folge zwangsläufig zum Zusammenbruch der Wirtschaft.

Währungsreform

Wen man also so viel Geld schöpft, dass es am Ende nichts mehr wert ist, sind letztlich auch die Schulden des Staates bei den Banken bei „Null“. Der Staat ist seine Schulden los, und das ganze Spiel kann von neuem beginnen. Tolle Sache, dann bin ich ja ebenfalls meine Schulden los. Irrtum!

Schauen wir einfach mal in die Geschichtsbücher.

Beispielsweise betrug die Inflationsrate 1922/23 in Deutschland durchschnittlich 30.000 Prozent monatlich! Es benötigte also gerade mal vier Tage, bis sich der Preis eines Produktes verdoppelte. 1924 war der Spuk zu Ende. Durch die gigantische Inflation wurde die Reichsmark letztendlich „weg-inflationiert“, getötet. Die Rentenmark wurde als zusätzliche Währung eingeführt. Der Umrechnungskurs bei der Währungsreform: 1.000.000.000.000 : 1 (1 Billionen Reichsmark zu 1 Rentenmark).

Durch die ungehemmte Geldvermehrung kam es in den 1920er Jahren in den U.S.A. zu einem ungeheuren Aufblasen des Aktienmarktes (wie auch gerade jetzt wieder). Die Blase platze dann unweigerlich am 24. Oktober 1929 („Black Thursday“ - bei uns: „Schwarzer Freitag“ wegen der Zeitverschiebung). Es folgte weltweit

Arbeitslosigkeit durch Massenentlassungen, Hunger, Armut und Unruhen. Es begann die große Depression der 1930er Jahr, die in Deutschland in den Faschismus führte.

Aber zurück zur Währungsreform: Für Schuldner sieht es bei einer Währungsreform oberflächlich betrachtet recht gut aus. Die Schulden werden praktisch über Nacht weniger. Allerdings steigen auch wieder die Kredit-Zinsen, so dass auch die Schulden wieder zunehmen. Löhne und Renten steigen nicht im gleichen Maße und (Massen-) Entlassungen führen dazu, dass Kredite zum Teil gar nicht mehr bedient werden können.

Beispiel Währungsreform 1948 in Westdeutschland:

Die alte Reichsmark wurde zur neuen D-Mark im Verhältnis 100 : 6,5 umgerechnet. Alle Arten von privaten Schulden wurden aber im Verhältnis von 10 : 1 umgerechnet. Hatten Sie vor der Währungsreform 1.000 Reichsmark auf dem Konto, waren diese nun 65 D-Mark wert. Hatten Sie vorher 1.000 Reichsmark Schulden, dann waren es nunmehr 100 D-Mark Schulden.

Schauen Sie also trotz etwaiger „Zinsbindungen“ in Ihren bestehenden Kreditverträgen in das „Kleingedruckte“ bzgl. Zinsanpassung“. Dies nur mal zur „Entschuldung“ privater Gläubiger durch eine Währungsreform. **Gewinner sind immer die Banken.**

Wie kann ich mich vor einer Inflation, Hyperinflation und Währungsreform schützen?

Schulden

- Versuchen Sie sich zu entschulden. Schulden sind Verpflichtungen, die Sie unter Umständen nie mehr loswerden (s. Zinseszins-Effekt).

- Nehmen Sie so wenig Kredit auf wie möglich. Kaufen Sie nur etwas, das Sie möglichst bar bezahlen können.

Bargeld

- Seien Sie sich bewusst, dass Guthaben auf Ihren Spar- und Girokonten lediglich „Giral- bzw. Buchgeld“ ist, und NICHTS mit Bargeld (Münzen und Scheine) zu tun hat. Es ist NICHTS wert. Und wie nachgewiesen: Das politische Versprechen, dass Ihre Spareinlagen sicher sind, ist eine dreiste Lüge.
- Legen Sie sich einiges Bargeld (1 bis 2 Monats-Nettoeinkommen) zur Seite. Damit sind Sie bei Eintritt von akuten Bank- und Finanzkrisen gegen eventuelle Liquiditätsengpässe zunächst abgesichert (BankRun = kein Geld kommt mehr aus dem Bankautomat).

Guthaben auf Sparkonten, Lebensversicherungen u.s.w.

- Bei einer Währungsreform sind die o.g. „Guthaben“ so gut wie nichts mehr wert. Überprüfen Sie daher das „Kleingedruckte“ Ihrer Verträge bzgl. eines möglichen Ausstiegs dieser „Absicherungen“ (die derzeitige Rechtsprechung fällt in vielen Fällen positiv für Sie aus). Viele Lebensversicherungen weisen bereits seit einigen Jahren eine „negative Rendite“ aus, so dass in etlichen Fällen die zu erwartende Auszahlung am Ende der Laufzeit weniger als Ihre Einzahlungen ausmacht.
- Alle Sparkonten werfen seit einigen Jahren weniger Zinsen ab, als sich die jährliche Inflationsrate entwickelt. Damit wird die Kaufkraft ihres Geldes regelrecht aufgefressen. Kündigen.

Wohin mit dem Geld, wenn schon nicht auf's Sparkonto bei der Bank?

Tja, das Beste wäre wohl ein eingebauter Tresor zu Hause. Der schützt zwar auch nicht vor Enteignung durch Inflation - aber es kann wenigstens nicht durch die Banken unwiederbringlich einbehalten bzw. eingezogen werden (s. Zypern).

Wenn Sie das Risiko lieben: Investieren Sie im außereuropäischen Ausland oder wetten Sie auf Schwachwährungen. Hier ist das Risiko jedoch sehr hoch und oft mit einem Totalverlust verbunden.

Wenn Sie sich mit Optionen auskennen, könnten Sie allerdings mit einem erheblich geringeren Risiko und kleinen Einsatz relativ sicher auf einen fallenden DAX setzen („short“ gehen - zeitlich unlimitiert). Denn der DAX wird deutlich fallen - wetten dass?

Ist der Einstieg in Sachwerte sinnvoll?

Grundsätzlich JA. Wenn es die richtigen sind und der Zeitpunkt richtig gewählt wird.

- Immobilien sind, trotz oft gegenteiliger Meinung, keineswegs risikoarm. Weshalb? Das Wort Immobilie beinhaltet die Silbe „immobil“. Das sagt schon etliches über die Beweglichkeit aus. Da Guthaben auf Sparkonten evtl. noch im eigenen Tresor vor dem Zugriff des Staates geschützt werden können, lässt sich ein (Miets-) Haus nicht so einfach verschieben.

Aus der näheren Vergangenheit ist hinlänglich bekannt, dass Grundstücke und Häuser mit sogenannten „Zwangshypotheken“ durch den Staat belastet werden können (s. auch „Lastenausgleich“). Damit sitzen Sie schon wieder in der Schuldenfalle. Wenn es sich lediglich um ein selbstbewohntes Einfamilienhaus handelt, ist das beschriebene Risiko wenigstens noch relativ überschaubar. Denken Sie bei vermieteten Objekten daran, dass Ihre Mieter nach einem Crash die Miete weiter zahlen können/müssen. Sonst kann es auch für Sie eng werden. Bei vermieteten

Objekten steht unbedingt die Lage im Vordergrund. Strukturstarke Regionen/Städte sind in jedem Fall vorzuziehen, da dort die Konjunktur durch Beschäftigungsangebote und entsprechende Nachfrage am schnellsten wieder anspringt.

- Aktien sind grundsätzlich eine sinnvolle Investition in Sachwerte, wenn es die richtigen sind und der Zeitpunkt richtig gewählt ist. Unternehmen, die weltweit operieren und oft Marktführer sind, die Rohstoffe fördern und veredeln, gehören zu den Kandidaten. Auch Unternehmen, die im weitesten Sinne für Ernährung, Hygiene und Gesundheit stehen, dürften zur ersten Wahl gehören. Ebenso Unternehmen, die für die Energieversorgung der Bevölkerung sorgen. Solche Unternehmen sind weniger zyklisch als z.B. Automobil-Aktien und sind eher auf langfristigen Gewinn und Nachhaltigkeit angelegt.
- Kunst, Oldtimer, alte Weine oder ähnliches: Lassen Sie die Finger davon, wenn Sie nichts davon verstehen und die begrenzten Märkte dafür nicht kennen.

Soll ich jetzt Wertpapiere kaufen?

- Eher nicht. Verlassen Sie sich auf Ihren Verstand und Ihr Gefühl. Und glauben Sie keinem der sogenannten „Experten“. Fakt ist: Die Weltmärkte sind überhitzt und viele Aktien (auch Immobilien) sind durch die Blasenbildung schon (viel) zu teuer geworden. Besser: Nehmen Sie jetzt Gewinne mit - auch wenn Sie dadurch auf das letzte Quäntchen Gewinn verzichten. Wenn eine Aktie erst abgestürzt ist, ist es zu spät. Denn wenn eine Aktie mit einem damaligen Nennwert von z.B. 100 Euro um 80 Prozent auf 20 Euro abgerutscht ist, muss sie anschließend um 400 Prozent steigen, damit sie wieder ihren Eingangskurs erreicht. Schaffen Sie jetzt lieber Liquidität für den Kauf NACH dem

Crash. Handeln Sie nach dem Motto: Lieber die Hälfte von WAS, als das Ganze von NICHTS.

Wie sieht es mit Edelmetallen wie Gold oder Silber aus?

Sehr gut. Besonders, wenn man einen Blick in die Historie wirft. Da es ausreichend Informationen zu Gold und Silber als Zahlungsmittel und die Entwicklung zum Goldstandard gibt, werden hier nur ganz wenige Aspekte beleuchtet.

- Gold und Silber ist über viele

**GOLD ist GELD.
Und nichts anderes.**
J.P. Morgan

Jahrhunderte ein allgemein anerkanntes, internationales und wertbeständiges Zahlungsmittel. Besonders in Krisenzeiten (z.B. Hyperinflation und Währungsreform) waren Gold und Silber oft das einzige offizielle akzeptierte Zahlungsmittel. Gold und Silber sind Wertaufbewahrungsmittel - anders als wertloses Papiergeld.

- **Zwei Beispiele zur Wertbeständigkeit von Gold und Silber:** Im antiken Rom kostete eine Toga mit Gürtel und ein Paar Sandalen eine Unze Gold. Das entspricht heute, 2000 Jahre später, ziemlich genau dem Preis für einen maßgeschneiderten Anzug, einen Gürtel und ein Paar Schuhe. Im Londoner Savoy Hotel kostet ein Abendessen für drei Personen noch immer einen Gold-Sovereign (alte britische Goldmünze von 20 Schilling), also genauso viel wie 1913! Es gibt keine Zentralbank, die auch nur im Entferntesten eine solche Preisstabilität garantieren könnte.
- Nach aktuellen Zahlen (Ende 2012) stehen 174.100 Tonnen Gold 171.167 Tonnen Silber gegen-über. Obwohl deutlich mehr Silber als Gold gewonnen wird -2012 lag die

Minenproduktion von Silber fast beim Neunfachen der Goldförderung - ist der weltweite Silberbestand kleiner als der Goldbestand. Grund ist der hohe industrielle Verbrauch von Silber:

Weshalb sank der Gold-/Silberpreis im Jahr 2013 um rund 30 Prozent, obwohl die Nachfrage an physischem Gold bzw. Silber im gleichen Zeitraum überproportional stieg?

- ❖ Klare Antwort: Weil er massiv manipuliert wurde!

Weshalb wurde er manipuliert? Es geht um Psychologie. Gold ist, wie es der damalige Fed-Chef Alan Greenspan ausdrückte, ein Thermometer für Inflation. Die FED (Federal Reserve Bank) rechnete mit einem starken Anstieg der Inflation. Trotzdem wollte sie die Leitzinsen nicht erhöhen, um die Konjunktur nicht zu belasten. Der Goldpreis drohte daher stark zu steigen.

Angesichts der hohen weltweiten Verschuldung konnte/könnte es jederzeit eine deflationäre Schuldenkrise geben. Ziel war/ist es, die (privaten) Investoren durch die Goldpreismanipulation zu entmutigen und vom Gold abzuhalten - also die Goldnachfrage nachhaltig zu senken. Dies ist bei Gold möglich, denn Gold ist ein Anlagegut und kein Verbrauchsgut wie andere Rohstoffe. Wird dieses nach unten manipuliert, schätzen die Marktteilnehmer die Inflationsgefahren auch bei einer laxen Geldpolitik als weniger gefährlich ein. Die Sparer geben sich dann mit niedrigeren Zinsen für ihre Anlagen zufrieden. Gleichzeitig ist es auf diese Weise möglich, die Verschuldung und auch das Leistungsbilanzdefizit stärker zu erhöhen.

.....

Übrigens: Momentan ermittelt die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) gegen Banken wegen Manipulationen des Goldpreises. Zitat: „Neben dem Zinsskandal und möglichen Manipulationen am

Währungsmarkt prüfen die Finanzaufsichtsbehörden auch die Prozesse bei der Preisfestlegung für Gold und Silber. Die Prüfungen richten sich nach einem Bericht des "Wall Street Journal Deutschland" gegen eine Hand voll europäischer Banken, die traditionell die Richtwerte für die Edelmetallpreise festlegen, darunter auch die Deutschen Bank“. (Manager Magazin, 27.11.2013).

Wie läuft die Manipulation ab?

Ursprünglich setzten die internationalen Zentralbanken auf Verkäufe von physischem Gold, um den Preis zu drücken. Später gingen die Notenbanken dazu über, Gold an so genannte "Bullion Banks", also spezialisierte Geschäftsbanken, zu verleihen. Inzwischen werden die Preismanipulationen hauptsächlich an den Terminmärkten unter Einsatz von Derivaten durchgeführt.

Der Goldmarkt ähnelt immer mehr dem Mindestreserve-System der Banken. Es wird deutlich mehr Gold an der Börse gehandelt, als physisch vorhanden ist. Dies geschieht u.a. durch ETFs, Fonds, große Handelsplätze, Zentralbanken mittels Leerverkäufen und Derivaten. Man könnte es auch so formulieren: Durch den Kauf eines Fondsanteils erwirbt man das Anrecht auf einen Anteil physischen Goldes. Das Dumme ist, wie bereits erwähnt, dass weltweit nur ein Bruchteil der an den Börsen gehandelten Anteile als physisches Gold wirklich zur Verfügung steht. Um diese Tatsache zu vernebeln, werden zwischen den wenigen „Bullion Banks“ große Volumen von „Käufen“ und „Verkäufen“ hin- und her getätigt ohne dass dadurch nur eine Unze Gold tatsächlich den Besitzer wechselt. Sollten wirklich einmal alle „Besitzer“ solcher Anteilsscheine ihre Zertifikate in physisches Gold umtauschen wollen, werden sie wohl in die große Röhre gucken. Diesem Umstand ist es auch zu verdanken, dass man durch verschiedene Maßnahmen die Gold- und Silberdeckung von (wertlosen) Papiergeldwährungen sukzessive

aufhob. **Was lernen wir daraus?** Gold und Silber sind nach wie vor die härteste Währung weltweit.

TIPP:

Gold unterliegt (zur Zeit) keiner Mehrwertsteuer. Ab dem 1. Januar 2014 kommt es zu einer Anpassung des Mehrwertsteuersatzes beim Kauf von Silbermünzen und Silbermünzbarren. Statt bisher sieben Prozent, fallen dann 19 Prozent Mehrwertsteuer an. Das wird aber noch in vielen Fällen in 2014 durch die Möglichkeit der **Differenzbesteuerung** von Händlern abgefedert werden können.

- ❖ Gold-/Silberbarren sind im Verhältnis zu Gold-/Silbermünzen preiswerter. Dafür können Münzen eher in kleinen Stückelungen - auch heute - überall und jederzeit als Zahlungsmittel eingesetzt werden.

- ❖ **Kaufen Sie Gold bzw. Silber direkt** bei autorisierten Händlern (s. GOLD.de - Preisvergleich). Am besten als Tafelgeschäft, also direkt über den Tresen. Damit entgehen Sie dem Nachweis des Edelmetallkaufs. Das ist wichtig, wenn man auf das Beispiel U.S.A. schaut. Dort war es von 1933 bis 1978 verboten, physisches Gold im Wert von mehr als 100 Dollar zu besitzen. Verstöße wurden mit Beschlagnahme und Gefängnisstrafe geahndet.
- ❖ Bewahren Sie Ihr Edelmetall NICHT in Banktresoren auf - das ist so sicher wie das Überqueren des Zebrastreifens bei Rot. Die Investition in einen guten und feuersicheren Heimtresor lohnt sich allemal, zumal Sie dort auch andere wichtige Dokumente aufbewahren können.

Gibt es noch weitere Möglichkeiten gegen staatliche Zugriffe?



Ja, die gibt es. Haben Sie eigentlich schon einmal darüber nachgedacht, weshalb so viele VIPs aus Gesellschaft, Sport und Wirtschaft **STIFTUNGEN** haben? Vielleicht sind sie alle nur „Gutmenschen“? Aber möglicherweise haben sie auch nur eine Möglichkeit entdeckt, ihr Vermögen vor dem Staat wirksam zu schützen.

Trennen Sie sich von Ihrem Eigentum, bevor es andere tun. Aber trennen Sie sich so von Ihrem Eigentum, dass Sie auf die Verfügungsgewalt Ihres Vermögens nicht verzichten müssen und den Gestaltungsspielraum darüber behalten. Die Gründung einer Treuhandstiftung mit entsprechenden Vollmachten hilft Ihnen wirkungsvoll, Ihr Vermögen vor Zugriffen des Staates zu schützen.



TRÄUMEN SIE NOCH . . .



27.07.2014

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Sind Sie schon in der Realität angekommen?

Zu Anfang möchte ich Ihnen von einem Gespräch berichten, dass ich kürzlich mit zwei liebenswerten, intelligenten Menschen führte.

SIE: eine ehemals allein erziehende Mutter, deren Kinder zwischenzeitlich erwachsen sind und voll im Berufsleben stehen. ER: ein pensionierter Beamter, Vater von drei erwachsenen Kindern und mehrfacher Großvater.

TRÄUMEN SIE NOCH . . .

Sprachlos

Als wir eher zufällig auf das Thema ZUKUNFT kamen, wollte ich meinen Ohren nicht trauen. Hatte ich vergessen den Fernseher auszuschalten, lief etwa im Hintergrund die ARD-Tagesschau? Nein, diese Worthülsen kamen aus den Mündern meiner intelligenten Freunde.

- „Uns (Deutschland) geht es doch gut“.
- „Immerhin sind wir Exportweltmeister.“
- „Der Euro ist prima, jetzt muss ich an der Grenze kein Geld mehr umtauschen.“
- „Unsere Wirtschaft ist stabil, die Inflationsrate moderat.“
- „Nun haben wir den Euro, nun müssen wir ihn auch akzeptieren und behalten.“

Ich war sprachlos. Und glauben Sie mir, das kommt nun wirklich selten vor. Ich schätze meine Gesprächspartner als intelligent und durchaus kritisch ein. Aber was war denn hier passiert? Wie kamen meine „aufgeklärten“ Freunde zu solchen abstrusen Überzeugungen, wie konnten sie Opfer der Medien- und Politpropaganda werden?

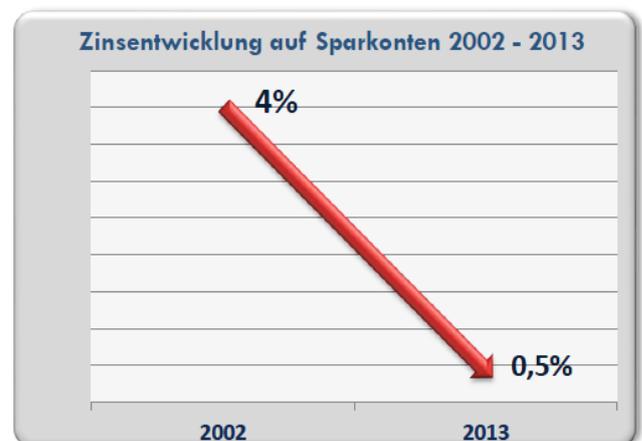
- Hatten beide etwa in den letzten zehn Jahren ihre Strom-, Heizöl- oder Gasrechnung nicht mehr bezahlt?
- Hatten sie nicht bemerkt, dass die Verbraucherpreise gegenüber den Nettolohnerhöhungen um ein Vielfaches gestiegen waren und sie sich gegenüber 1991 deutlich weniger leisten konnten?
- Konnten sie auf ihren Kontoauszügen nicht erkennen, dass die Verzinsung ihrer

Sparguthaben von durchschnittlich vier Prozent in 2002 auf unter ein Prozent in 2014 gefallen war und somit neben der tatsächlichen Inflation eine ständige Enteignung ihrer (Alters-) Rücklagen stattfand?

Ich hielt die Klappe, schließlich warteten noch gegrillte Nackensteaks auf uns und der Abend sollte fröhlich und ungezwungen werden.



Am nächsten Tag suchte ich schließlich nach Antworten auf die Aussagen meiner Freunde. Meine erste Vermutung war, dass sich Menschen beim Auto- oder Möbelkauf vermutlich intensiver und ausführlicher um Informationen bemühten, als sich über die Entwicklung ihrer eigenen Zukunft und die ihrer Kinder und Enkel zu informieren.



- Im Juli 2013 stuft die Rating-Agentur Fitch Frankreich bei der Kreditwürdigkeit von der Bestnote AAA herab. Bei Standard & Poors und Moody's war die Topnote schon zuvor gefallen.
- Von 2008 bis 2014 stieg die Staatsverschuldung von 65 Prozent auf über 94 Prozent.
- Seit 1974 wurde kein Budget-Überschuss mehr erwirtschaftet.
- Allein seit 2005 wuchsen die Schulden um 700 Milliarden auf 1,9 Billionen Euro.
- Seit Einführung des Euro verlor Frankreich ein Drittel seiner Weltmarktanteile.
- Seit 2007 verlor Frankreichs Industrie fast eine halbe Millionen Arbeitsplätze. Der Anteil der Industrie am französischen BIP sank von 18 auf 12,6 Prozent.
- Der Anteil an Frankreichs Weltexporten sank von 6 Prozent im Jahr 2000 auf unter 4 Prozent im Jahr 2012.
- Die Lohnstückkosten liegen fast 25 Prozent über denen der Bundesrepublik Deutschland.
- Frankreich produziert inzwischen 50,5 Prozent weniger Autos als in 2005. Der zweitgrößte europäische Autobauer PSA PEUGEOT CITROËN verzeichnete 2012 einen Verlust von fünf Milliarden Euro, 2013 abermals einen Verlust von 2,3 Milliarden Euro. Die französischen Autobauer werden schon jetzt mit 7 Milliarden Euro durch staatliche Subventionen künstlich am Leben gehalten. Mit knapp 1,8 Millionen verkauften Einheiten in Frankreich wurden 2013 so wenig Autos wie 1997 nicht mehr abgesetzt.
- Mit 57 Prozent der Wirtschaftsleistung gehören die Staatsausgaben in Frankreich zu den höchsten in den Industrieländern. 23 Prozent der Beschäftigten arbeiten im öffentlichen Dienst.

- Die Crédit Agricole, drittgrößte Bank Frankreichs, musste für 2012 insgesamt 6,5 Milliarden Euro abschreiben.
- Im März 2014 waren in Frankreich mit 3,3 Millionen Erwerbslosen oder über 11 Prozent so viele Menschen wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnung der Daten im Jahr 1955 arbeitslos.

SPANIEN

Spanien olé.
Wirklich?

Besser passt
Spanien Oh
jeh! Nun ist
Spanien auch
bei der
Fußball-WM



bereits in der Vorrunde klanglos ausgeschieden.

Im wirtschaftlichen internationalen Wettbewerb allerdings schon viele Jahre zuvor. Und: wussten Sie, dass Sie nicht nur den Wechsel unseres Nationalspielers Sami Khedira zu Real Madrid, sondern auch dessen Gehalt über Ihre Steuern mitfinanzieren?

Da der spanische Traditionsverein Real Madrid wie Spanien selbst vergleichbar verschuldet ist, werden Transfers und (horrende) Spielergehälter mit Krediten finanziert.

Diese werden über die nationalen Banken und die EZB als Clearingstelle abgewickelt (s. auch „Target 2 Salden“). So entstehen zwar Forderungen Deutschlands (Banken) an Spanien (Banken), aber das war es auch schon. Das Geld dürfte wohl, wie bei Griechenland, nie wirklich fließen.

Kürzlich hat die spanische Regierung ein Gesetz zur Einrichtung einer festen Steuer von 0,03 Prozent auf Bankeinlagen in ganz Spanien verabschiedet. Einige Regionen hatten die Abgabe bereits zuvor erhoben, die das Finanzministerium jetzt auf das gesamte spanische Territorium ausweitet. EU-weit ist Spanien damit Vorreiter als

erstes Land mit einer generellen Abgabe auf Bankguthaben. Die Steuer wirkt rückwirkend bis zum 1. Januar 2014, eine Steuerflucht ist damit praktisch ausgeschlossen. Das haben Sie sicher nicht im TV gesehen, gelle? Nach Zypern nun auch Spanien. Natürlich wird es solch eine Zwangsabgabe in Deutschland nie geben - oder? Ganz im Vertrauen: Die zahlen Sie schon seit Jahren mit Ihren Steuern für diverse „Rettungsschirme“ und Minizinsen auf Ihre Sparguthaben. Wenn das mal nichts mit Enteignung zu tun hat . . .

Spanien ist ein trauriges Beispiel dafür, wie ein gescheitertes Währungsexperiment ein Land zerstört und seine Bevölkerung verarmen lässt. Dieses Land hat - wie die anderen südeuropäischen Euroländer - jahrelang von den unglaublich niedrigen Zinsen in der Währungsunion profitiert und einen unvorstellbaren Aufschwung auf Pump erlebt.

Spanien ist ein trauriges Beispiel dafür, wie ein gescheitertes Währungsexperiment ein Land zerstört und seine Bevölkerung verarmen lässt. Dieses Land hat - wie die anderen südeuropäischen Euroländer - jahrelang von den unglaublich niedrigen Zinsen in der Währungsunion profitiert und einen unvorstellbaren Aufschwung auf Pump erlebt.

- Die spanische Industrieproduktion ist inzwischen auf das Niveau von 1993 gesunken.
- Die wirtschaftliche Lage wird von Ratingagenturen mit BBB bewertet -zwei Stufen vor Ramsch-Niveau.
- Die Verschuldung liegt bei 93,9 Prozent des BIP.
- Die Immobilienpreise sind um 40,5 Prozent gefallen. Etwa 2 Millionen Immobilien stehen leer.
- Die Arbeitslosenquote beträgt 25,8 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit bei unvorstellbaren 54,6 Prozent.
- Mehr als drei Millionen Menschen mussten 2012 mit 307 Euro oder weniger im Monat auskommen.

- Um fällige Pensionsleistungen zu zahlen, wurde erstmals der Pensionsfonds der Sozialversicherungen angezapft. 2012 wurden so rd. 7 Milliarden Euro entnommen. 2013 waren es nochmals 4,5 Milliarden Euro. Gegenwärtig umfasst der Reserve-Fonds nur noch 59,3 Milliarden Euro, die spanischen Renten werden bald spürbar sinken.
- Der Reserve-Fonds hat inzwischen nahezu 100 Prozent seines Vermögens in „sichere“ spanische Staatsanleihen investiert - unglaublich!
- Seit November 2012 ist es spanischen Bürgern verboten, Rechnungen über 2.500 Euro in bar zu bezahlen.
- Im September 2012 stieg die normale Mehrwertsteuer um 3 Prozent von 18 auf 21 Prozent.

ITALIEN

Im internationalen Wettbewerb fällt Italien immer mehr zurück. Im Ranking des WCC steht Italien auf Platz 44

- noch hinter Ländern wie Peru, Russland oder den Philippinen - und nur einen Rang vor Spanien und zwei vor Portugal.

Die drittstärkste Wirtschaftsmacht der Eurozone hat einen gigantischen Schuldenberg von 2,1 Billionen Euro angehäuft. Das entspricht 132,6 Prozent des BIP - der höchste Stand seit 1924!

- Mit 12,9 Prozent Arbeitslosigkeit erreicht Italien den höchsten Stand seit Datenerhebung im Jahr 1977. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 42,4 Prozent.



- Seit 2007 ist die Industrieproduktion um 25 Prozent auf das Niveau von 1986 geschrumpft.
 - In den letzten 10 Jahren schrumpfte die Autoproduktion um mehr als die Hälfte. 1990 wurden noch rd. 1,9 Millionen PKW produziert. 2013 waren es weniger als 400.000 Automobile - die geringste Produktion seit 1958.
 - Notleidende Kredite (mehr als 90 Tage im Verzug) sind seit 2009 von 40 Milliarden auf über 160 Milliarden gestiegen. Das sind rd. 10 Prozent Verbindlichkeiten der italienischen Unternehmen.
 - Die politische Elite ist korrupt. Die Aufwendungen der Abgeordneten wurden 2012 um 10 Prozent erhöht. 2013 wurden sie abermals angehoben und für 2014 sind zusätzliche Ausgaben vorgesehen. Die Kosten des Abgeordnetenhauses betragen rd. 1 Milliarde Euro pro Jahr! Ein trauriger Rekord in Europa.
 - 120 Abgeordnete im italienischen Parlament sind vorbestraft.
 - Italienische Regionalabgeordnete (vergleichbar mit deutschen Landtagsabgeordneten) „verdienen“ rund 200.000 Euro im Jahr- mehr als doppelt so viel wie deutsche Landtagsabgeordnete.
 - Nach Schätzungen einer der drei größten Dachgewerkschaften (UIL) belaufen sich die Kosten des gesamten Politikbetriebs bis hinab zur Lokalebene jährlich auf unglaubliche 24 Milliarden Euro.
- auf AA1 im Jahr 2013 ließ die Welt aufhören. Der Gesamtschuldenberg verdoppelte sich innerhalb von nur fünf Jahren auf zuletzt 1,4 Billionen Pfund; das entspricht 93 Prozent der Wirtschaftsleistung.
- Die Gesamtverschuldung Großbritanniens entspricht somit unglaublichen 978 Prozent des BIP.
 - Die britische Währung hat seit 2007 rd. 20 Prozent an Wert verloren.
 - Großbritannien ist kein wirklicher Produktionsstandort. Von 2005 bis 2011 sank die Hochtechnologieproduktion jährlich um 0,7 Prozent, während sie in der Europäischen Union stieg. Nur in den Krisenstaaten Griechenland, Portugal und Italien lief es ähnlich schlecht.
 - Unverantwortlich: trotz der Krise befeuert die Regierung Cameron die Immobilienblase, indem sie die Eigenkapitalquote für Immobilienkäufe auf mickrige 5 Prozent reduziert.
 - Großbritanniens Banken müssen einen Mindestgeldreserve-Satz von unglaublichen 0,0 Prozent vorhalten!
 - In London steigen die Immobilienpreise in attraktiven Lagen um 30 Prozent-jährlich. Die Blase ist kurz vorm platzen.
 - Großbritanniens Probleme: geringe Investitionen, kaum Industrieproduktionen (befindet sich auf dem Niveau von 1991), nahezu vollständige Fokussierung auf den Finanzsektor. Geld wird im United Kingdom fast ausschließlich an der Londoner Börse „verdient“.

GROSSBRITANNIEN

Obwohl Großbritannien kein Euro-Land ist, ist es doch Mitgliedsland der EU. Die Abstufung und damit der Entzug der Topbonität durch die Ratingagentur Moody's



U S A - UNITED STATES OF AMERICA

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Tatsächlich.



- Ein Land mit 492 Dollar-Milliardären.
- Ein Land, das jährlich 526 Milliarden für sein Militär ausgibt.
- Ein Land, in dem 47 Millionen Menschen von Lebensmittelmarken leben (Food-Stamps = 23 Euro/Woche). Das entspricht 20 Prozent aller US-Haushalte.
- Ein Land, das mehr Menschen in Gefängnissen als Ingenieure und Highschool-Lehrer hat.
- Ein Land, in dem die Mehrheit der Kongressmitglieder Millionäre sind.
- Seit 2008 haben die USA unter Präsident Obama mehr Schulden gemacht als unter allen anderen Präsidenten zusammen.
- Schon längst ist die Schuldenmarke von 100 Prozent des BIP überschritten. Die aktuelle Verschuldung beträgt irrsinnige 61 Billionen Dollar.
- Seit Gründung der FED verlor der Dollar 98 Prozent seines Wertes. Seit Aufhebung des Goldstandards 1971 betrug der Wertverlust alleine 83 Prozent.
- Seit November 2008 hat die FED an 85 Prozent aller Tage an den Finanzmärkten interveniert. Die FED besitzt stolze 32,5 Prozent aller 10-jährigen Staatsanleihen der USA und kauft monatlich weitere hinzu.
- Das Volumen der Wertpapierkäufe auf Kredit liegt mit 465 Milliarden Dollar 20 Prozent höher als vor dem Crash der Lehmann-Brothers-Bank. Das Börsen-Roulette dreht sich mit erhöhter Geschwindigkeit weiter.
- 90 Prozent der US-Amerikaner haben ein jährliches Einkommen von 30.000 Dollar, was dem Niveau von 1965 entspricht.
- Firmen wie Google oder Apple sind hochmoderne und innovative Weltmarktführer. Aber im realen Leben hat die USA eine völlig veraltete und marode Infrastruktur. Unternehmen, die reale Güter produzieren, werden immer weniger oder verlagern ihre Produktion ins kostengünstigere Ausland.

Besonders im Einzelhandel ist ein atemberaubender wirtschaftlicher Niedergang zu beobachten. 2014 schließt Radio Shack (mit MediaMarkt vergleichbar) 1.100 Filialen. Der Kaufhauskonzern Sears schloss seit 2010 bereits 500 Filialen. 2014 kommen noch einmal 300 dazu. Direkt wie indirekt sind damit Zehntausende Arbeitsplätze betroffen.

CHINA

Mit einem Handelsvolumen von mehr als 4 Billionen Dollar hat China 2013 erstmals die USA überholt. Doch im großen roten Reich liegt einiges im Argen.



Zusätzlich wurde seit Beginn der Finanz-Krise 2008 die unfassbare Summe von 16 Billionen Dollar in den Finanzsektor gepumpt. Hier nur einige wenige Beispiele:

Citigroup	2,513 Billionen Dollar
Bank of America	1,344 Billionen Dollar
Goldman Sachs	814 Milliarden Dollar
Deutsche Bank	354 Milliarden Dollar
Credit Suisse	262 Milliarden Dollar

- Chinas Eliten schaffen ihr Vermögen ins Ausland bzw. in Steueroasen. Das Volumen der letzten 13 Jahre wird auf 1 bis 4 Billionen Dollargeschätzt.
- Der Raubbau an der Natur geht unvermindert weiter. Chinas Städte

versinken im Smog -kein Land der Erde stößt mehr Kohlendioxid aus. In vielen Städten übersteigt die Luftverschmutzung die von der WHO fest-gelegten Grenzwerte um das 40-fache.

- Der Marktzugang ausländischer (u.a. auch deutscher) Autoproduzenten wird zukünftig durch Zölle und Importbeschränkungen erschwert, da sich China mittlerweile zum weltgrößten Autoproduzenten aufgeschwungen hat.
- Die Gesamtverschuldung von Staat, Unternehmen und Privathaushalten hat sich auf 215 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung entwickelt.
- Die Gesamtschulden der börsennotierten chinesischen Unternehmen belaufen sich inzwischen auf fast 235 Milliarden Euro und haben damit den Schuldenberg seit 2007 mehr als verdreifacht.
- Auch in China bläht sich eine Immobilienblase auf. 68 Millionen Wohnungen mit insgesamt 24 Milliarden Quadratmetern Wohnfläche stehen leer. Die Quadratmeterpreise schießen in den Himmel. Ein Durchschnittsverdiener muss im Schnitt 30 Jahresgehälter für eine 100 Quadratmeter-Wohnung berappen. In Ballungszentren wie Peking, Shanghai oder Shenzhen steigen die Immobilienpreise trotzdem weiter. Die Steigerungsrate allein in 2013 betrug rd. 25 Prozent.

Der Turbokapitalismus hat ein neues Zuhause gefunden

DEUTSCHLAND

Na gut. Also: Deutschland ist 2014 Fußballweltmeister geworden. Wussten Sie schon? Und wenn Sie der Aussage unserer doch so allseits beliebten Bundeskanzlerin Glauben schenken



wollen: „Deutschland geht es gut. Wir haben die Krise überwunden. Der Euro ist alternativlos.“ Auch gut, dann träumen Sie schön weiter. Ansonsten: recherchieren SIE doch selbst einmal. Schon gut -hier mal zum Aufwärmen ein paar kleine Highlights:

- Der Gesamtschuldenberg Deutschlands liegt bei 6,4 Billionen Euro.
- Das entspricht etwa 241 Prozent des BIP. Während keiner deutschen Regierungszeit wurden nach dem Krieg jemals Schulden abgebaut, dafür jedoch unzählige teure Wahlversprechen gemacht, deren Finanzierung immer in die Zukunft verlagert wurde.

Diese Schulden umfassen die **expliziten** Schulden(sind heute schon bestehende, also sichtbare Schulden) sowie die gerne durch die Bundesregierung verschwiegenen impliziten Schulden. **Implizite** Staatsschulden sind noch nicht sichtbar. Es handelt sich um alle durch das heutige Steuer-und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen, insbesondere der Sozialversicherungen (z.B. Renten und Pensionen).

Aus der Addition der expliziten und der impliziten Staatsschulden ergibt sich die sogenannte **Nachhaltigkeitslücke**. Wäre der Staat verpflichtet, wie ein Unternehmer eine Bilanz zu erstellen, müsste er entsprechende Rückstellungen in Höhe der Gesamtverschuldung bilden. Und falls Sie es noch nicht bemerkt haben sollten: Diese Nachhaltigkeitslücke wird durch unsere Politiker verantwortungslos von Jahrzehnt zu Jahrzehnt auf unsere Kinder und Enkel abgewälzt.

- Den zweitgrößte Posten aller deutschen Staatsausgaben bekleideten in 2012 mit **38,3 Milliarden die Zinszahlungen** für die **Staatsverschuldung** - noch vor den Ausgaben für Verteidigung (31,9 Mrd.).
- Durch die Zeitungen erfährt man, dass wir - zumindest die abhängig Beschäftigten - bis zum **08. Juli dieses Jahres ausschließlich für**

den Staat geschuftet haben. Mehr als ein halbes Jahr. Tendenz steigend. Tolle Aussichten.

Alles Lug und Trug von A bis Z

Der ADAC manipuliert seine Umfrageergebnisse, damit sie die (von der Autoindustrie) gewünschten Ergebnisse erzielen.

Das gebühren- und steuerfinanzierte Staatsfernsehen des ZDF dreht ebenfalls an der Manipulationsschraube. In der Show "Deutschlands Beste!" sollten die nach Umfragen beliebtesten 50 Frauen und Männer der Republik vorgestellt werden. Anschließend musste das ZDF allerdings gestehen, dass die Redaktion die Listen gezielt manipuliert hatte.

- Unsere Regierungsverantwortlichen brechen nahezu wöchentlich sanktionslos bestehende Gesetze und Verträge. Sie überschreiten hemmungslos rote Linien, die sie selbst gezogen haben.
- Namhafte deutsche Banken und Unternehmen zahlen mit Hilfe von „Steuerschluflöchern“ keine oder nur geringe Steuern in Deutschland (s. ARTE „Zeitbombe Steuerflucht“ vom 23.07.2014). Sie verlagern einfach ihre Gewinne in bekannte Steueroasen. Selbstverständlich nutzen ihre Vorstände u.s.w. alle die steuerfinanzierten Infrastrukturen in unserem Land. Und falls Sie es wiederum noch nicht bemerkt haben: Diese Steuergesetze, die so etwas ermöglichen, werden nur zu oft von Lobbyisten vorbereitet. Viele davon haben ihren Sitz sogar direkt in den Regierungsbüros in Berlin. Abgesegnet werden diese Gesetze dann von den jeweiligen Regierungsparteien. Für das deutsche Volk. Prost Mahlzeit.
- Geschätzt lagern rd. zwei Drittel aller Welt-Steuerschulden (32 Billionen) als Guthaben von Offshore-Unternehmen, Banken und

Vermögenden in Steueroasen wie Jersey, Cayman Islands, Bermudas, Liechtenstein u.s.w.

- Ein Viertel des gesamten Welt-Vermögens befindet sich in Europa - nämlich in der Schweiz. Natürlich gegenüber den jeweiligen nationalen Finanzämtern voll deklariert, oder?
- Total verrückt: Jährlich werden Güter und Dienstleistungen im Wert von **über 56 Billionen Euro** produziert. Doch unglaubliche **810 Billionen Euro** bewegen die Devisenhändler, und auf den hochriskanten Derivatmärkten werden jährlich **569 Billionen Dollar** umgesetzt.

Was ist zu tun ?

Wir benötigen neben einem einfachen, transparenten und gerechten Steuersystem endlich wieder die Geldhoheit in unserem Land. Dieses „Königsrecht“ darf nicht an nichtdemokratische supranationale Institutionen wie EZB und andere abgetreten werden. Banken dürfen Geld nicht einfach „aus dem Nichts“ schaffen können. Die Geldmenge muss über die nationalen Zentralbanken gesteuert werden und weitestgehend gedeckt sein.

Der Euro ist als Gemeinschaftswährung gescheitert. Nationale Staaten brauchen ihre nationale Währung, um ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Ab- bzw. Aufwertung erhalten zu können.

- Sie müssen erkennen, dass SIE für Ihre und die Zukunft Ihrer Kinder und Enkel verantwortlich sind. Sie erhalten die Politdarsteller, deren Partei SIE wählen. Die Quittung der letzten Jahrzehnte haben Sie bereits erhalten.

Und wenn Sie aufmerksam waren und ehrlich mit sich sind, werden Sie festgestellt haben, dass sich keine der etablierten Parteien wesentlich voneinander unterscheiden.

Immerhin haben 491 Mitglieder des Bundestages für den ESM gestimmt - der **Dolchstoß gegen die Demokratie und die Souveränität Deutschlands**. Wollen Sie wirklich eine Fortsetzung dieser Politik?

- Bei den letzten Bundestags- und Landtagswahlen war die „größte Partei“ die der Nichtwähler. Das hatte zur Folge, dass weniger als 50 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt haben.
- Wir haben also de facto eine Minderheitsregierung. Wenn Sie jedoch nicht zur Wahl gehen, überlassen Sie Ihre „Stimme“ den Parteien, die Sie nicht wählen wollten. Besser: Sie gehen zur Wahl und machen Ihren Wahlzettel UNGÜLTIG. Damit wird Ihre Stimme (als ungültig) gezählt, aber Sie verschenken Sie nicht an Parteien, die Sie nicht wählen wollten.
- Seit Jahren werden Sie durch Ihre Steuern an irrwitzigen „Rettungsschirmen“ beteiligt, durch Minizinsen und Inflation sukzessive enteignet, während Privilegierte ihr Geld in Steueroasen verstecken und mehren. Sie müssen erkennen, dass Sie etwas TUN müssen.
- Sprechen Sie mit Ihren großen Kindern über diese Themen. Verabreden Sie sich zu Montags-Demos u.s.w.
- Schreiben Sie an Ihre Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordnete über www.abgeordnetenwatch.de und stellen Sie ihnen FRAGEN. Stellen Sie sie zur Rede.

UND RAUS BIST DU!



16.10.2014

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Die Schere zwischen fleißig und reich . . .

. . . hat sich in den letzten Jahren dramatisch geöffnet. Dies führt zwangsläufig zu sozialen Verwerfungen und früher oder später zu unkontrollierten sozialen Unruhen. Die Politik schaut nicht nur dabei zu, sie ist auch ursächlich für dieses Ungleichgewicht verantwortlich.

UND RAUS BIST DU!

Arm und Reich

Nehmen Sie doch gerade mal, falls zur Hand, einen Zollstock und messen Sie einen Meter ab. Das soll in unserem folgenden Beispiel einer Millionen Euro entsprechen. Falls Sie nun gerade noch zehntausend Euro auf Ihrem mit Micro-Zinsen von weniger als einem Prozent verzinsten Sparkonto liegen haben, dann haben Sie, unserem Beispiel entsprechend, im Verhältnis gerade mal einen Zentimeter Barvermögen zur freien Verfügung. Sollte Ihr Konto dagegen nur fünftausend Euro aufweisen, sind es eben nur 5 Millimeter.

Das nebenstehend abgebildete Kreuzfahrtschiff „Celebrity Century“ ist vom Bug bis zum Heck 248 Meter lang. Fast exakt die gleiche Länge - nur in Millionen Euro - hat Frau Klatten (BMW) allein im letzten Jahr als **Dividendengutschrift** auf ihrem Konto feiern dürfen (243 Mio. Euro). Dafür muss eine alte Frau ganz schön lange stricken.



Wer ist arm und wer ist reich? Und was bedeutet arm und reich eigentlich? Diese Fragen sind nicht leicht zu beantworten, denn über die Reichen wissen wir so gut wie nichts. Die Behörden erfassen keine statistischen Daten zum Reichtum – sämtliche Daten zu Vermögensverhältnissen sind Verschlussache! Lassen Sie uns deshalb einmal hinter die Kulissen schauen.

Im Anhang auf den letzten zwei Seiten dieser Kolumne finden Sie - auch für sich selbst - die Berechnungsmodi zur Ermittlung des Netto-Äquivalenzeinkommens. Damit können Sie feststellen, ob Sie Frau Klatten schon nahe kommen oder sich mit Ihrem Einkommen wenigstens noch oberhalb der Armutsgrenze bewegen.

Hätten Sie es gewusst?

- ❖ Das Gesamtvermögen der reichsten 10 Prozent der deutschen Haushalte beträgt durchschnittlich fast **1,2 Millionen Euro pro Person**.
- ❖ Die **500 reichsten Deutschen** verfügen über ein Vermögen von insgesamt fast **590 Milliarden Euro**. Das entspricht dem 1.8-fachen des deutschen Bundeshaushalts 2013. Da stellt sich doch spontan die Frage: **Wem gehört eigentlich Deutschland?**

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben haben ein allgemeines Problem mit den Wohlhabenden.

Wer von denen ist schon erpicht darauf, den statistischen Ämtern seine Vermögensverhältnisse (inkl. Schwarzgeldkonten in Steueroasen) auf den Tisch zu legen? Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung schließt daher hohe Einkommen einfach aus, indem das statistische Bundesamt bei der Auswertung der Daten eine sogenannte „Abschneidungsgrenze“ einführt:

Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 18.000 Euro netto monatlich werden bei der Auswertung überhaupt nicht berücksichtigt. Experten gehen davon aus, dass deutsche Steuerhinterzieher alleine in der Schweiz ca. 250 Milliarden Euro „geparkt“ haben. Eine ähnlich hohe Summe dürfte in den sog. Steuerparadiesen hinzukommen. Da liegt der Verdacht nahe, dass die Ignoranz des Staates gewollt ist. Und die Frage lautet: Wem nützt es?

Wenn wir künftig über Reichtum sprechen, so sollten wir den Begriff Vermögen benutzen. Denn nicht nur das Einkommen, sondern auch signifikante Besitztümer definieren das persönliche Vermögen. Wenn jemand zwar zehntausend Euro monatliches Netto-Einkommen hat, alles davon jedoch ohne weitere Investitionen auf den Kopf haut, ist er zwar nicht arm, aber Vermögen besitzt er dadurch noch nicht.

Hätten Sie es gewusst?

- ❖ Das Gesamtvermögen der wohlhabendsten 80.000 Deutschen (0,1%) ist **16-mal so groß** wie das Vermögen der unteren 40 Millionen Deutschen zusammen.
- ❖ Das Vermögen der 800.000 wohlhabendsten Deutschen (1%) ist fast so groß wie das Vermögen der übrigen 80 Millionen.
- ❖ 16 Millionen Deutsche (20%) besitzen überhaupt kein Vermögen.
- ❖ **Deutschland** zählt im internationalen Vergleich zu den Ländern mit der **höchsten Vermögensungleichheit**.

Wer in Deutschland zu Hause ist, lebt in dem Euroland, in dem die Kluft zwischen Arm und Reich am größten ist. Selbst im weltweiten Vergleich zählt diese Vermögensungleichheit zur höchsten lt. einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Von den OECD-Staaten wird Deutschland lediglich von den USA und der Schweiz übertroffen. Haben Sie davon schon einmal im TV oder den Mainstream-Medien gehört?

Besonders seit Mitte der 1990er Jahre geht die Vermögensschere unaufhaltsam auseinander. Während die Vermögen in diesem Zeitraum um mehr als 4,4 Prozent gestiegen sind, ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur um 2,4 Prozent gewachsen. Die Reallöhne sind überhaupt nicht gestiegen. Wie kann das Vermögen schneller als die Wirtschaft wachsen? Seit 1995 ist der DAX um satte 340 Prozent gestiegen, die Realwirtschaft jedoch nur um 42 Prozent. Alleine durch Wertzuwachs (organisches

Wachstum), durch Fusionen und Expansionen ist dies jedoch nicht zu erklären.



Als Beispiel für die Umverteilung von fleißig zu reich soll die Situation im Gesundheitssektor exemplarisch dienen. Wird ein städtisches Krankenhaus privatisiert, wechselt die Klinik vom öffentlichen Besitz der jeweiligen Kommune zum privaten Krankenhausbetreiber. Floss die Rendite der Klinik bisher in den

öffentlichen Haushalt, war sie im Sinne der Vermögensverteilung neutral. Nach der Privatisierung fließt jedoch der Gewinn direkt z.B. als Dividende oder indirekt z.B. als Wertsteigerung in die Vermögensbilanz der Betreiber. Es geht jedoch noch weiter:

Politische Umverteilung - gefördert und gewollt

Das Nachkriegsdeutschland war wirtschaftspolitisch von der Sozialen Marktwirtschaft geprägt. Dieser sogenannte „**Rheinische Kapitalismus**“ war stets die kapitalistische Alternative zum angelsächsischen Modell und zeichnete sich vor allem dadurch aus, dass eine größere Beteiligung des Volkes am Vermögen angestrebt wurde.

Ironie der Geschichte:

Die vermeintliche linke Rot-Grüne Regierung übernahm im Jahr 1998 unter Gerhard Schröder in Berlin die Macht und beschleunigte eine Umverteilungspolitik, die bereits unter Helmut Kohl (CDU) begonnen hatte und unter dem Begriff „**Neoliberalismus**“ bekannt ist. Sie überholte sozusagen die konservativen Parteien sogar noch rechts auf der Autobahn des Sozialabbaus. Deutschland wurde, auch unter dem Jubel reformversessener Medien, binnen weniger Jahre von Grund auf umgekrempelt (s. Agenda 2010).



Dieser Neoliberalismus lässt sich in wenigen Punkten zusammenfassen: Senkung von Staatsausgaben, Staatsschulden, Steuern und Löhnen, Deregulierung und Liberalisierung der Märkte sowie Privatisierung des öffentlichen Sektors.

Privatisierte Kliniken sind auf Renditemaximierung getrimmt. In der Folge werden Personalkosten gesenkt bzw. Personal reduziert. Dies u.v.a.m. öffnet die Vermögensschere weiter.

Einige Beispiele:

1997

Aussetzung der Vermögenssteuer und Abschaffung der Gewerbeertragssteuer

2002

Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Unternehmensanteilen für Kapitalgesellschaften.

2002

Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer von 53 Prozent auf 42 Prozent.

2005

Gleichzeitige Anhebung der Freibeträge bei der Erbschaftssteuer in mehreren Schritten.

2008

Die Körperschaftssteuer wird von 25 Prozent auf 15 Prozent gesenkt. Gleichzeitige Einführung der Kapitalertragssteuer. Seitdem müssen Spekulationsgewinne nur noch mit 25 Prozent anstatt des jeweiligen Einkommensteuersatzes versteuert werden - das wird Frau Klatten (BMW) bestimmt gefreut haben.

Die Privatisierung ehemals öffentlichen Vermögens nahm seit 1999 rapide zu und die Finanzmärkte wurden „dereguliert“, was den ungehemmten Spekulationen Tür und Tor öffnete. Das Roulette war eröffnet. Die Reformen der Agenda 2010 führten u.a. schließlich dazu, dass besonders die niedrigen Löhne weiter sanken und immer mehr Zeitarbeitsverträge abgeschlossen wurden.

Diese Politik hatte, wie zu erwarten, immense Folgen für die Vermögensverteilung.

Hätten Sie es gewusst?

- ❖ Ein Haushalt aus dem obersten **0,1 Prozent** der Vermögensskala verfügt im Schnitt über ein Nettogeldvermögen von **19 Millionen Euro**.
- ❖ In Deutschland gibt es derzeit **123 Milliardäre**. Damit nimmt Deutschland Rang 4 hinter den USA (571), China (190) und Großbritannien (130) ein. Eine Milliarde entspricht eintausend Millionen. Der **durchschnittliche Milliardär** verfügt laut Studie über **3,1 Milliarden Dollar** und hält davon **600 Millionen in liquider Form**.
- ❖ Das **oberste Promille** der vermögendsten Haushalte Deutschlands hat ungefähr so viel Geld, wie die unteren **85 Prozent** aller deutschen Haushalte.
- ❖ Würde man allein mit dem Vermögenszuwachs der deutschen Millionäre die Staatsschulden zurückzahlen, wäre Deutschland nach etwas mehr als 6 Jahren schuldenfrei.

Während sich in den ersten Nachkriegsjahrzehnten die Vermögensschere zum ersten Mal nahezu schloss und das westliche Wirtschafts- und Finanzsystem stabil war, spreizte sich die Vermögensschere in den letzten zwei Jahrzehnten u.a. durch die politischen „Maßnahmen“ der Agenda 2010, entfesselte die Finanzmärkte und kolportierte den Arbeitsmarkt. In seinem Buch „Inequality an Instability“ beschreibt der US-Ökonom James K. Galbraith anschaulich den Zusammenhang zwischen der Vermögensverteilung und der Stabilität des Wirtschafts- und Finanzsystems. Öffnet sich die Vermögensschere, wird das System im Kern instabil und neigt zur Bildung von Finanzblasen, die irgendwann zusammenbrechen und die Realwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen.

Jackpot für Vermögensberater

Ein wahrer Jackpot für Vermögensberater und Investmenthäuser sind die sogenannten „*High Net Worth Individuals*“, kurz **HNWIs**. HNWIs

müssen über ein anlagefähiges Vermögen von mindestens einer Millionen Dollar (derzeit rd. 725.000 Euro) verfügen - selbstgenutzte Immobilien, Betriebsvermögen etc. werden nicht mitgezählt. Der Hauptgewinn für Investmentberater sind jedoch die Ultra-HNWIs, die mindestens 30 Millionen Dollar anlagefähiges Vermögen haben.

Laut der Capgemini-Studie soll es weltweit etwa **12 Millionen HNWIs**, also Dollar-Millionäre geben, die zusammen über ein **Vermögen von rd. 46 Billionen US-Dollar** verfügen. Alleine in **Deutschland** wohnen **mehr als eine Million Millionäre mit einem Vermögen von rd. 2,7 Billionen Euro**.



Hätten Sie es gewusst?

- ❖ Mit dem Vermögen der deutschen Millionäre (2,7 Billionen Euro) könnte man 11 Millionen Einfamilienhäuser zu einem Kaufpreis von jew. 250.000 Euro bauen.
- ❖ Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro/Std. müsste ein Werkstätiger 159 Millionen Jahre lang schuften, um ein Vermögen von 2,7 Billionen Euro anzusparen.
- ❖ Die rund 40 Millionen Berufstätigen in Deutschland müssten bei einem durchschnittlichen monatlichen Bruttolohn von 3.000 Euro etwa zwei Jahre lang arbeiten, um die Summe zu erwirtschaften, die eine kleine Schicht „Wohlhabender“ ihr Eigen nennt.

Erbschaften in Billionenhöhe

Schaffe, schaffe Häusle baue. Schön wär's ja. Der idealistische Lebensphasenansatz sieht so aus: Der Jugendliche verlässt zur Ausbildung bzw. Studium das Elternhaus ohne nennenswertes Vermögen. Mit Eintritt in das Berufsleben und mit etwa 30 Jahren beginnt man dann mit dem Sparen oder baut sich ein Haus, um es dann in den kommenden Jahrzehnten abzuzahlen. Man erwartet, dass das angesparte Vermögen (u.a. auf Lebensversicherungen etc.) von Jahr zu Jahr wächst, und man im Rentenalter einen Teil des angesparten Vermögens verzehrt.

Die Realität sieht aber für die Mehrheit anders aus. Zum einen ist die derzeitige Verzinsung auf Spareinlagen, auf Lebensversicherungen und staatlichen Vermögensbildungsprogrammen alles andere als gewinnbringend, zum Teil sogar mit negativer Verzinsung versehen (s. Riester-Rente). Zum anderen bieten die immer mehr zunehmenden prekären Arbeitsverhältnisse für die Mehrheit der Bevölkerung und die Inflation überhaupt keinen Spielraum, um durch Sparen Vermögen zu schaffen. Umso erstaunlicher ist es, dass nach Untersuchungen des Instituts für Altersvorsorge (DIA) die Vermögensbildung in

der Altersgruppe 40-65 Jahre einen gewaltigen Sprung nach oben macht. Erstaunlich? Nicht wirklich, denn dies ist genau das durchschnittliche Alter, in dem die Kindergeneration das Erbe der Elterngeneration antritt. Auch wenn dies in der öffentlichen Diskussion gerne unter den Tisch gekehrt wird: Vermögen werden in der Regel nicht erarbeitet, sondern ererbt.

DIA beziffert die Summe des Vermögens, das in diesem Jahrzehnt vererbt wird auf 2,6 Billionen Euro, 1,8 Billionen werden über Generationen hinweg vererbt. Davon

entfallen jedoch rund 550 Milliarden auf nur zwei Prozent der besonders großen Erbschaften - dabei bleiben sogar die Haushalte unberücksichtigt, die bei einer „Abschneidungsgrenze“ von 18.000 Euro mtl. Nettoeinkommen aus der Statistik fallen. Die nächste Generation von Millionären steht damit bereits in den Startlöchern. Für die untere Hälfte der Bevölkerung sieht das jedoch ganz anders aus: Hier sind im Schnitt nur 8.500 Euro pro Erbfall zu erwarten - immerhin dürfte das für das Begräbnis und einen Leichenschmaus reichen.



Die zwölfreichsten Deutschen

Die zwölfreichsten Deutschen besitzen lt. Wirtschaftsmagazin „Bilanz“ zusammen ein Vermögen von sage und schreibe 143,9 Milliarden Euro (Einhundertdreißigtausendmillionen). Die kommen vor lauter arbeiten ja gar nicht mehr zum schlafen.

- ❖ 18,3 Milliarden - Familie Albrecht und Heister (Aldi Süd)
- ❖ 17,6 Milliarden - Maria-Elisabeth Schaeffler und ihr Sohn Georg (u.a. Continental, LUK, FAG etc.)
- ❖ 16,5 Milliarden - Familie Theo Albrecht jr. (Aldi Nord)
- ❖ 14,6 Milliarden - Dieter Schwarz (u.a. Lidl, Kaufland)
- ❖ 14,0 Milliarden - Familie Reimann (u.a. Reckitt Benckiser, JAB, Coty)
- ❖ 11,0 Milliarden - Familie Herz (u.a. Tchibo, Beiersdorf, Maxingvest)
- ❖ 11,0 Milliarden - Susanne Klatten (u.a. BMW, Skion)
- ❖ 9,5 Milliarden - Familie Otto (u.a. Otto Versand, ECE)
- ❖ 8,2 Milliarden - Familie Würth (u.a. Schrauben, Werkzeug)
- ❖ 8,0 Milliarden - Stefan Quandt (u.a. BMW, Delton)
- ❖ 7,7 Milliarden - Fam. Oetker (u.a. Nahrungsmittel, Reederei)
- ❖ 7,5 Milliarden - Johanna Quandt (BMW)



Da stellt sich doch die Frage, ob und wieviel Geld bei der Übertragung des gewaltigen Familienvermögens an die nächste Generation über die Erbschaftssteuer an den Staat fällt. Die Antwort: gar nichts! Die Albrecht-Brüder haben ihr gesamtes Betriebsvermögen bereits zu Lebzeiten steuervergünstigt in Familienstiftungen übertragen, deren Zweck es ist, die Nachkommen zu alimentieren und den Konzern zu steuern. Dafür fällt nun alle 30 Jahre eine sogenannte Erbersatzsteuer an, die ebenfalls steuerlich begünstigt ist. Ausschüttungen der Tochterunternehmen an die Stiftung sind übrigens generell steuerfrei. Unserer Politik sei Dank. Noch schlechter fällt die gesellschaftliche Bilanz von Dieter Schwarz

aus (Lidl) aus. Er hat sein Vermögen zu Lebzeiten in eine Stiftung übertragen, die als gemeinnützige GmbH firmiert. Dadurch ist sie nicht nur nahezu komplett von der Erbschaftssteuer befreit, sondern muss auch keine Körperschaftssteuer zahlen.

Die Familie Deichmann (3,35 Milliarden Euro) steuert ihre Schuhkette über eine Vielzahl von Tochter- und Vertriebsgesellschaften, die nicht der Publizierungspflicht unterliegen und steueroptimiert von einer Familienstiftung im schweizerischen Luzern verwaltet werden. Erbschaftssteuer demnächst: Fehlanzeige.

Hätten Sie es gewusst?

- 1952 gab es in Deutschland mit dem Lastenausgleichsgesetz eine Vermögensabgabe, bei der die Superreichen bis zu 50 Prozent ihres Vermögens abgeben mussten.
- Das Gesetz zur Vermögenssteuer ist immer noch in Kraft. Die Bundesregierung verzichtet jedoch freiwillig darauf, dieses Gesetz auch anzuwenden.

Währungsreform 1948 und Lastenausgleichsgesetz

Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in Deutschland eine kurze Periode, in der die Gesellschaft gewillt war, die Vermögensschere zu schließen. Bei der Währungsreform von 1948 wurden folgende Umrechnungskurse angewendet:

- Löhne, Renten, Pensionen und Mieten = 1 : 1 (1 Reichsmark = 1 D Mark)
- Forderungen und Schuldverschreibungen = 10 : 1 (10 Reichsmark = 1 D Mark)
- Bargeld und Sparguthaben = 100 : 6,5 (100 Reichsmark = 6,50 D Mark)

Betriebsvermögen, Immobilien und Landbesitz blieben zunächst unberücksichtigt. Stetige Zuwanderungen aus den ehemaligen Ostgebieten und aus der jungen DDR brachten die junge Bundesrepublik jedoch an ihre wirtschaftliche Leistungsgrenze. Daher wurde 1952 das sogenannte Lastenausgleichsgesetz verabschiedet.

Diejenigen, die auch nach der Währungsreform noch über ein erhebliches Vermögen verfügten, wurden mit einer einmaligen Vermögensabgabe zur Kasse gebeten. Dies betraf insbesondere

Betriebsvermögen, Immobilien und Landbesitz. Sie wurden mit einem geschätzten Wert zum Stichtag 21. Juni 1948 (ein Tag nach der Währungsreform) mit einbezogen. Dabei galt ein Grundfreibetrag von bis zu 5 000 D-Mark, soweit das Gesamtvermögen die Summe von 25 000 D-Mark nicht überschritt.

Die Schuldsomme aus der Vermögensabgabe musste in 120 vierteljährlichen Raten auf maximal 30 Jahre abgezahlt werden. Die maximale Belastung daraus betrug 1.67 Prozent und konnte problemlos aus den laufenden Einnahmen getilgt werden. Da Sachvermögen kaum unmittelbar in Geldvermögen umgewandelt werden konnte, war dies die einzige sofort umsetzbare Möglichkeit einer Vermögensabgabe. Damit war das Ziel einer echten und sozial gerechten Vermögensverteilung umgesetzt.

Soziale Marktwirtschaft

In der Frühzeit der jungen Bundesrepublik gab es also durchaus den politischen Willen soziale Ungleichheiten auszugleichen. Auch die Bürger waren aufgrund ihrer Erfahrungen im Dritten Reich politisch engagiert und traten vital für ihre Rechte ein. Die Chancen, nach dem zweiten Weltkrieg eine wirtschaftlich und sozial gerechte Zukunft zu gestalten, standen nicht schlecht.

Wussten Sie eigentlich:

- Dass es im November 1948 einen **Generalstreik** gegen die Wirtschaftspolitik in der britischen und amerikanischen Besatzungszone gab, bei dem **9 Millionen Menschen** auf die Straße gingen?
- Dass in Hessen 1946 per Volksentscheid die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Großbanken und Versicherungen beschlossen wurde?
- Dass die CDU in ihrem Ahlener Programm einen christlichen Sozialismus statt einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung forderte?

Ein Beispiel:

Die verfassungsgebende Landesversammlung Hessens sah 1946 in Artikel 41 die Verstaatlichung von Großunternehmen in den Bereichen Bergbau, Metall, Energie, Verkehr, Banken und Versicherungen vor. In einem Volksentscheid stimmten die Bürger mit 76 Prozent für die Landesverfassung und 72 Prozent für den Artikel 41. Doch der damalige Militärgouverneur Lucius D. Clay setzte den Artikel ganz undemokratisch außer Kraft und verhinderte in der Folge alle Versuche der Hessen, ihn umzusetzen. Die Kohle- und Stahlbarone des Ruhrgebiets waren aufgrund ihrer Unterstützung von Hitlers Rüstungspolitik nicht nur dem deutschen Volk suspekt, auch die Briten wollten sie ursprünglich entmachten und die Montanindustrie Nordrhein-Westfalen verstaatlichen. Auch hier boykottierten die Amerikaner diese Vorhaben.

Nach Flügelkämpfen innerhalb der CDU konnte dann jedoch der damaliger Bundeskanzler Konrad

Adenauer mit Hilfe seines wirtschaftsliberaler Vordenkers Ludwig Erhard den Flügelkampf beenden. Fortan bestimmte ein Konsensmodell, die Soziale Marktwirtschaft, die wirtschaftliche Agenda der CDU. Die Soziale Marktwirtschaft setzte sich durch – sie wurde sogar zu einem echten Erfolgsmodell, da sie eine fortschreitende soziale Spaltung verhinderte und über Jahre die Klassen miteinander weitgehend versöhnte. Breite Massen

profitierten vom wirtschaftlichen Aufschwung und die Einkommens- und Vermögensschere blieb weitestgehend geschlossen.

Umsturz von oben -Ende der sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft, auch „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“ bezeichnet, funktionierte

erstaunlich gut. Das gesellschaftliche System war so durchlässig wie nie zuvor. Arbeiterkinder konnten Universitäten besuchen und die Einkommens- und Vermögensschere blieb weitestgehend geschlossen, sieht man einmal von den obersten Rängen ab. Aber bereits in den 1980er Jahren begann die Politik die Sozial Marktwirtschaft zu demontieren.

Die Ideologie der freien Märkte, der Neoliberalismus, eroberte die Köpfe der deutschen Eliten. Weshalb sollten Märkte durch den Staat reguliert werden, wenn sie ohne solche Gängelung viel effizienter sind? Ausgerechnet die SPD begann ab 1998 Deutschland und sein Wirtschaftssystem in einer Weise umzukrempeln, die man schon als Revolution von oben bezeichnen kann. Mit der „Agenda 2010“ wurden das Sozialsystem und der Arbeitsmarkt nach neoliberalen Vorstellungen umgekrempelt. Ein weiterer Kern der sozialen Kernschmelze war eine ganze Reihe von Steuersenkungen, die schon ein Jahr vor der Rot-Grünen Machtübernahme begonnen hatte.

Steuersenkungen für Reiche und Unternehmer seit 1998

	1998	2005	2014
Spitzensteuersatz Einkommensteuer	53 %	42 %	45 %
Kapitalertragssteuer	53 %	42 %	25 %
Körperschaftssteuer	45 %	25 %	15 %
Körperschaftssteuer auf Veräußerungsgewinne	45 %	0 %	0 %
Erbschaftssteuer	30 %	30 %	(30 %)*
Vermögenssteuer	0 %	0 %	0 %

**) Betriebsvermögen sind seit 2008 i.d.R. von der Erbschaftssteuer ausgenommen*

Allein die offiziellen Steuersenkungen führten im vergangenen Jahrzehnt nach Berechnungen des Ökonomen Kai Eicker-Wolf zu Ausfällen von rd. 400 Milliarden Euro. Würde man alle Steuersenkungen seit 1998 ungeschehen machen, hätte der Staat mehr als 800 Milliarden Euro mehr eingenommen.

Und so berechnen Sie Ihre eigene Vermögenssituation

Armut wird statistisch über das Einkommen definiert. Die Berechnungsmodi dafür sind kompliziert und berücksichtigen die jeweilige Familiengrößen = Netto-Äquivalenzeinkommen.

Vereinfacht bedeutet dies: Wessen Einkommen mehr oder weniger unter dem sogenannten Median bzw. „Mittleren Einkommen“ liegt, gilt mehr oder weniger als armutsgefährdet bzw. arm. Im Jahr 2012 lag der Median des Netto-Äquivalenzeinkommens (= Mittleres Einkommen) bei 1.633 Euro pro Monat.

Berechnen Sie doch mal Ihr eigenes NETTO-ÄQUIVALENZEINKOMMEN:

Mein MONATS-NETTOEINKOMMEN

Mein BEDARFSGEWICHT

Liegt Ihr persönliches Netto-Äquivalenzeinkommen bei 1.633 Euro oder höher, liegen Sie damit in der oberen Hälfte der Einkommensbezieher. Liegt Ihr Netto-Äquivalenzeinkommen jedoch bei 1.143 Euro oder darunter, gehören Sie bereits zu der armutsgefährdeten, relativ einkommensarmen oder sogar zu den armen Einkommensbezieher.

Galt die Beispielfamilie oben statistisch gesehen nun schon als armutsgefährdet oder arm? Nein, es „fehlten“ ihr noch 204 Euro, um „armutsgefährdet in sozialen Risikosituationen“ zu sein (70 Prozent vom Mittleren Einkommen in 2012).

Beispiel:

Hatte eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren im Jahr 2012 ein Netto-Einkommen von 3.000 Euro pro Monat, dann hatte es rechnerisch ein sog. „Netto-Äquivalenzeinkommen“ von 1.429 Euro. Wie denn das? Das Netto-Äquivalenzeinkommen errechnet sich aus der Familiengröße bzw. dem sogenannten „Bedarfsgewicht“.

Die Gewichtungen:

- Erste erwachsene Person = **1,0**
- Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren = **0,5**
- Kinder unter 14 Jahren = **0,3**

Das „Bedarfsgewicht“ dieser Familie betrug also 2,1. Das „Netto-Äquivalenzeinkommen“ daraus wird so berechnet:

- ❖ Familien-Nettoeinkommen (3.000 Euro) geteilt durch des „Bedarfsgewicht“ (2,1). In diesem Fall also 3.000 Euro durch 2,1 = 1.429 Euro.

Die EU definiert Armut nach folgenden Kriterien:

- ❖ weniger als 70 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens = armutsgefährdet in sozialen Risikosituationen
- ❖ weniger als 60 Prozent = armutsgefährdet
- ❖ weniger als 50 Prozent = relativ einkommensarm
- ❖ weniger als 40 Prozent = arm

BIEDERMANN UND DIE BRANDSTIFTER



15.12.2014

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

An meinem achten Geburtstag . . .

wurde das Theaterstück „Biedermann und die Brandstifter“ des Schweizer Schriftstellers Max Frisch im Schauspielhaus Zürich uraufgeführt. Rund neun Jahre später behandelten wir das Drama im Schulunterricht.

BIEDERMANN UND DIE BRANDSTIFTER

Die sicherste Tarnung ist die blanke Wahrheit

Das Drama „Biedermann und die Brandstifter“ handelt von einem Bürger namens Biedermann, der zwei Brandstifter in sein Haus aufnimmt, obwohl sie von Anfang an erkennen lassen, dass sie es anzünden werden.

Die heutigen Brandstifter sind unsere eigennützigsten, gewissenlosen, parasitären und lobbyhörigen Politdarsteller. Wer heute 30, 40 oder sogar 50 Jahre alt ist, wird spätestens im Rentenalter schmerzhaft erkennen, dass die Rente seit Bestehen der Bundesrepublik nie so unsicher war wie heute. Nie jedoch lagen die Wahrheiten aber so offen auf dem Tisch wie heute. Bisher verschlossen unsere Politmarionetten aller Parteien die Augen vor den Gesetzmäßigkeiten der Demographie (Bevölkerungsentwicklung) und ihren Folgen.



„Da tickt eine Zeitbombe und das heißt: wir haben durch Schulden der Vergangenheit einen Großteil unserer Zukunft verfrühstückt.“

Hans Eichel, Finanzminister 1999 bis 2005. Quelle: ARD Sendung Panorama von 2002

Wenn immer weniger Kinder geboren werden und gleichzeitig die Menschen immer älter werden, dann gibt es eigentlich nur fünf Möglichkeiten das Finanzierungsproblem künftiger Renten in den Griff zu bekommen.

1. Beitragssatzsteigerung
2. Verschiebung des Renteneintrittsalters
3. Rentenkürzung
4. Höheren Steuerzuschuss für die Rentenkasse
5. Beteiligung aller Einkommensbezieher an der gesetzlichen Rentenversicherung (z.B. nach Schweizer Vorbild).

Als ich im Jahr 1982 Eberhard Pohlmann, damaliges Mitglied des Bundestages, anschrieb und auf die Unverhältnismäßigkeit zwischen Renten und Pensionen und Rentenbeziehern des Öffentlichen Dienstes mit Zusatzversorgung hinwies, erhielt ich folgende Antwort (s. nächste Seite):



Eberhard Pohlmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

53 Bonn

Bundeshaus

Fernruf 16. 3357

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 181 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

14. Mai 1982

Herrn

Dieter-Georg Jürgens
DBV-Beauftragter für den
öffentlichen Dienst

Am Todtenberg 4

3251 A e r z e n 2

Sehr geehrter Herr Jürgens,

als DBV-Beauftragter für den öffentlichen Dienst kennen Sie die unterschiedlichen Altersversorgungssysteme für Beamte, Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst und Angestellte und Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft sicherlich sehr gut. Sie wissen, daß die Alterssicherungssysteme historisch gewachsen sind und sich auch nicht ohne weiteres vergleichen lassen. Bei der Beamtenversorgung handelt es sich um eine Gesamtversorgung, bei den Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst ebenfalls, während für eine Vielzahl der Angestellten und Arbeiter in der Rentenversicherung zu den von Ihnen angegebenen Summen noch die zweite Säule der Alterssicherung, die Betriebsrente, hinzuzurechnen ist und eventuell sonstige Vorsorgemaßnahmen. Ein sauberer Vergleich ist deshalb kaum möglich.

Daß es unter den Alterssicherungssystemen in der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Unterschiede in den Leistungen, mehr aber noch in der Finanzierung und in Nebenbedingungen gibt, ist weitgehend bekannt und im politischen Raum mehren sich die Stimmen, die zumindest eine Harmonisierung fordern. Eine

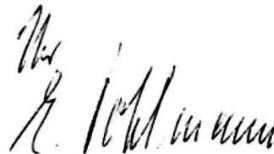
-2-

-2-

Harmonisierung darf aber nach meiner Auffassung keine Vereinheitlichung bedeuten. Die Bundesregierung hat die sog. Alterssicherungskommission eingerichtet, die sich mit Fragen der Harmonisierung der Alterssicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt und voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres ein Gutachten über die Unterschiede und Möglichkeiten zur Beseitigung dieser Unterschiede vorlegen wird. Innerhalb der CDU/CSU haben wir uns in unserer zuständigen Arbeitsgruppe schon wiederholt mit dieser Problematik beschäftigt. Wir warten zunächst das Gutachten der Alterssicherungskommission ab.

In Bezug auf die Überversorgung der öffentlich Bediensteten sind die Tarifpartner im öffentlich Dienst gefordert, denn der Abbau einer Überversorgung erfolgt auf dem Satzungswege und der Gesetzgeber hat hier keine Eingriffsmöglichkeiten.

Mit freundlichen Grüßen



Es überrascht wenig, dass die von MdB Pohlmann angekündigte Alterssicherungskommission, die „sich im Frühjahr des kommenden Jahres“ (1983) mit Fragen der Harmonisierung der Alterssicherungssysteme beschäftigen wird“ bis heute (2014) noch immer keine brauchbaren Ergebnisse erzielt hat. Dieser Antwortbrief ist ein weiterer Beleg für die Unfähigkeit (Unwillen?) unserer Politiker, dem deutschen Volk zu dienen und Schaden von ihm abzuwenden.

Ganze Berufsstände wie zum Beispiel Ärzte, Apotheker, Architekten, Steuerberater, Freiberufler, Selbstständige, Vorstände von Aktiengesellschaften, zahlen seit Jahrzehnten in **eigene Altersversorgungssysteme** ein oder entrichten gar **keine eigenen Beiträge zur Alterssicherung** wie z.B. Beamte oder auch etliche Politiker, die von der Mitte der Gesellschaft alimentiert werden. Sie fallen somit als Beitragszahler für das umlagefinanzierte Rentensystem aus. Das gleiche trifft in abgewandelter Form z.T. auch für die Beitragspflicht zur Krankenversicherung zu.

Die jetzige Generation weiß, was offensichtlich Politiker in ihrem intellektuellen Vakuum nicht begreifen können/wollen: die Rente wird zukünftig weniger und gleichzeitig teurer. Die Niedrigzinspolitik der EZB vernichtet Jahr für Jahr das Geld von abhängig Beschäftigten wie auch von

Selbständigen und Freiberuflern, die durch Sparen, also Konsumverzicht heute, für ihre Alterszukunft Rücklagen gebildet haben. Die Inflation zehrt zusätzlich diese Rücklagen auf.

- 800 Mrd. Euro stecken allein in den 90 Millionen Lebensversicherungsverträgen.
- 89 Prozent davon sind in festverzinslichen Wertpapieren angelegt, deren Verzinsung durch die Geldpolitik der EZB vernichtet wird. Dabei garantieren heimische Lebensversicherungen ihren Kunden noch Garantiezinsen von bis zu 4 Prozent, obwohl eine zehnjährige Bundesanleihe nur noch eine Rendite von 0,72 Prozent abwirft. Selbst wenn sie es wollten, könnten die Versicherer nicht wesentlich anders ihre Beitragseinnahmen anlegen, die Anlagevorschriften der Regierung zwingen sie in vermeintlich sichere Zinspapiere.

Zitat Frank Scheffler (FDP) „Ihnen allen drohen japanische Verhältnisse. Dort hat die lang andauernde Niedrigzinspolitik der japanischen Zentralbank nicht nur die Staatsverschuldung auf über 240 Prozent zur Wirtschaftsleistung hochgetrieben, sondern auch in den 2000er Jahren zum Zusammenbruch von fünf Lebensversicherern geführt. Hohe garantierte Verzinsungen für Lebensversicherungsverträge konnten am Markt für festverzinsliche Wertpapiere nicht mehr erwirtschaftet werden. Die Folge war, dass der Gesetzgeber den Lebensversicherungen gestattete, ihre Garantieverzinsung für bestehende Lebensversicherungsverträge rückwirkend zu reduzieren.“

Damit ist die Frage beantwortet, wer am Ende die Politik des billigen Geldes bezahlt. Was private und staatliche Schuldner gleichermaßen freut, wird für die Anleger in deren Schulden, also die Lebensversicherungshalter, zu einer Katastrophe. Seit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise 2010 in Europa haben deutsche Anleger rund 23 Milliarden Euro an Zinseinnahmen verloren, allein 2014 werden es 5,4 Mrd. Euro sein. Dagegen ist das Rentengeschenk der Regierung für die Mütter und die Frührentner mit 3 Milliarden Euro in 2015 geradezu ein Schnäppchen.“

Im Jahr 2012 kündigte Mario Draghi an, die EZB werde „alles Notwendige tun“, um den Euro zu erhalten. „Und glauben Sie mir, es wird genug sein.“ Vielleicht glaubt der deutsche Michel ja an eine positive Wende im Euro-Dilemma. Was bedeuten Draghis Worte? Immer wieder Geld drucken, Und wo das hinführt, hat uns die Geschichte mit der jahrelang andauernden Depression ab 1929 und den anschließenden Währungsreformen hinlänglich gezeigt. Es wird schon nicht so schlimm.



Wie war das doch im Drama von Max Frisch „Biedermann und die Brandstifter“? Als die Brandstifter in der Nacht schon die Benzinfässer ins Haus brachten und Biedermann (dt. Michel) sie fragte: „Ist wirklich Benzin in den Fässern?“ Da antwortete Brandstifter Eisenring (Draghi): „Wofür halten Sie uns, Herr Biedermann, offen gesprochen: wofür eigentlich?“ Biedermann: „Sie müssen nicht denken, mein Freund, dass ich keinen Humor habe, aber ihr habt eine Art zu scherzen, ich muss schon sagen.“ Brandstifter Eisenring darauf: „Wir lernen das.“ Biedermann: „Was?“ Brandstifter Eisenring: „Scherz ist die drittbeste Tarnung. Die zweitbeste Sentimentalität. Aber die beste und sicherste Tarnung ist immer noch die blanke und nackte Wahrheit. Komischerweise. Die glaubt niemand.“ **Am Ende brannte Biedermanns Haus lichterloh.**